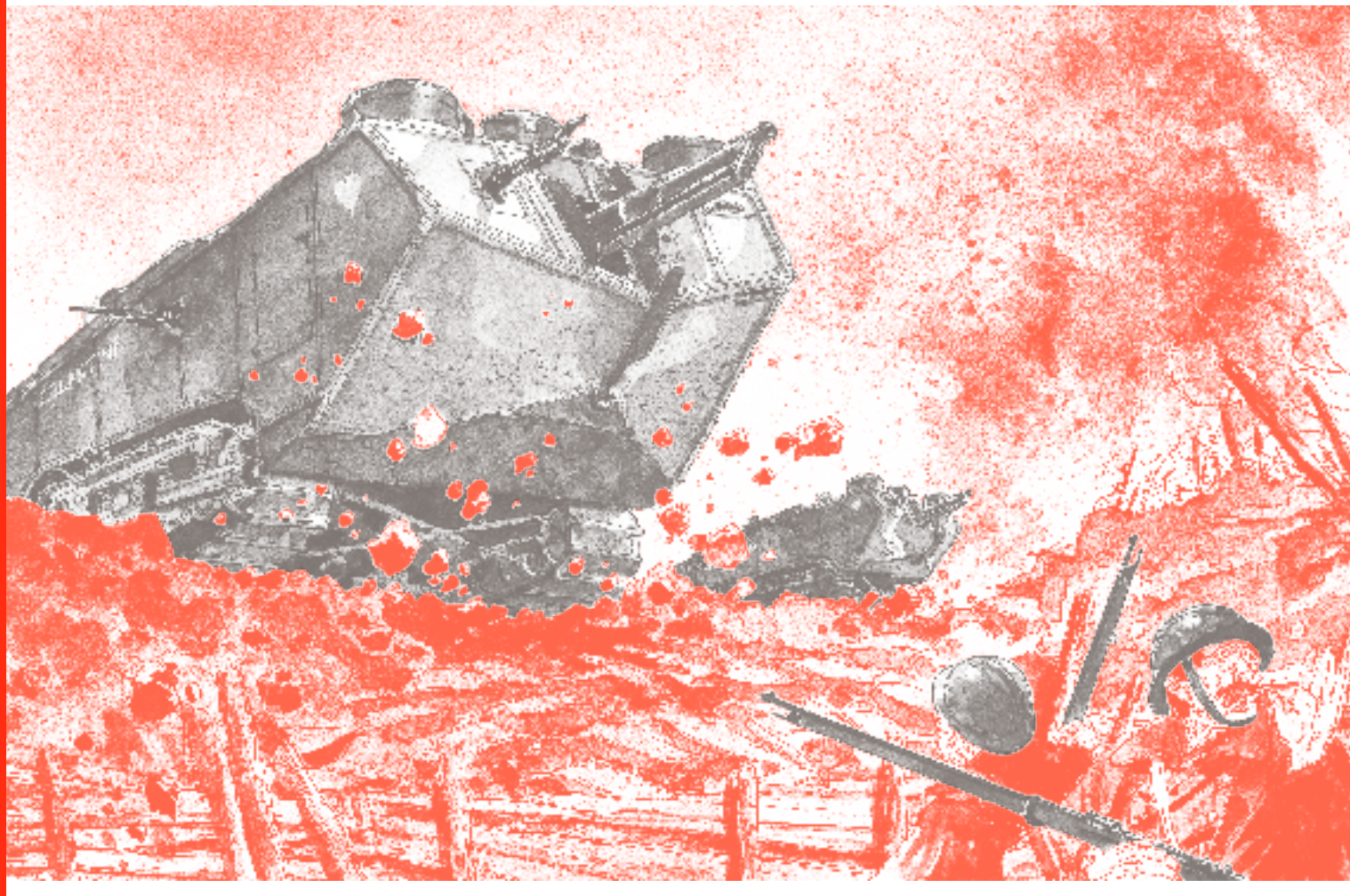
ROSALUX

JOURNAL DER ROSA LUXEMBURG STIFTUNG AUSGABE 1-2014



NACHHALL DER GESCHICHTE

THEMA VOR 100 JAHREN BEGANN DER ERSTE WELTKRIEG – UM SEINE DEUTUNG WIRD ERBITTERT GERUNGEN

BLICKPUNKT OLYMPIA UND WM: SPORT ALS SPEKTAKEL

REPORTAGE NORDSYRIEN ZWISCHEN KRIEG UND EMBARGO

ANALYSE NSU-PROZESS – AUFKLÄRUNG SIEHT ANDERS AUS

INTERNATIONAL BLUTIGE PROTESTE IN KAMBODSCHA

INHALT

Motiv «Witwe» aus der französischen Comicserie «Notre Mere la Guerre». Mehr im Thema ab Seite 15. Bild: Kris & Mael/Futuropolis

EDITORIAL 3

BLICKPUNKT
Sport-Großereignisse: Brasiliens Polizei rüstet zur WM auf 4
Rio 2016: Volkskomitees informieren über Rechtsbrüche 5
Olympia, WM, Commonwealth Games: Spektakel der Sponsoren 6
Spielstätten in Sotschi: Das Werk von MigrantInnen 8
Interview: Brigitte Wolf zum Münchner Olympia-«Nein» 9
Pro & Contra: Sport im TV – abschalten oder gucken? 10
Syrien: Kurdisches Gebiet zwischen Krieg und Embargo 11
Kommunales: Energieversorger in öffentlicher Hand 13
Interview: Michael Schäfer zu gescheiterten Gebietsreformen 14

THEMA «NACHHALL DER GESCHICHTE»
Gedenkflut zum Ersten Weltkrieg folgt zweifelhaften Motiven 15
Gezielte Eskalation: Wer nach wie vor die Kriegsschuld trägt 16
Südosteuropa: Empörung über Versuche zur Revision 17
Sarajevo 2014: Wieder geht es um die Zukunft Europas 18
«Nieder mit den Waffen» – Geschichtspolitische Angebote 19–22
Enttäuschte Hoffnung: Rosa Luxemburgs Vorkriegsanalyse 23
Landraub und Freihandel sind auch heute miteinander verknüpft 25
Erstarkende Rechte: Vom Ersten Weltkrieg zum Faschismus 26

ANALYSE
Fehlende Aufklärung: Zwischenfazit zum NSU-Prozess 27
Interview: Sebastian Schneider über Initiative «NSU-Watch» 28
Deutschland versus EZB – Zank um die Eurorettung 29
Kommentar: Höhere Löhne statt Exportfixierung 30
Ohne Worte – welche Begriffe die Große Koalition nicht kennt 31
Beyond Aid: Echte Solidarität muss Wohltätigkeit ersetzen 31
Interview: Barbara Fried über «Sorgearbeit» und Vernetzung 32

INTERNATIONALES
Tiefe politische Krise in Kambodscha 33
Interview: Marielle Palau über Kämpfe gegen die Agroindustrie 34
Marsch durch die Wüste: Flüchtlingsproteste in Israel 35
Linke in Costa Rica: Raus aus der Marginalität 36

STUDIENWERK
Über den Gesprächskreis «Bildungspolitik» 37

LESENSWERT
Buch klärt über individualisierte Medizin auf 38

Dagmar Enkelmann Florian Weis

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

politische Stiftungen spüren die Wirkung internationaler Krisen und Umbrüche schnell und direkt. Auslandsbüros und Kooperationspartnerinnen und Partner sind betroffen, die Nachfrage nach Analysen und ReferentInnen im Inland steigt, mitunter nehmen auch die Sondermittel der finanzierenden Ministerien zu. Dies war der Fall in Nordafrika nach dem «arabischen Frühling», gilt ähnlich für den (Bürger-)Krieg in Syrien und wiederholt sich in der Ukraine.

In Syrien ist eine unmittelbare Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf absehbare Zeit unmöglich. Wir bereiten jedoch Projekte mit und Analysen zur Situation syrischer Flüchtlinge vor. Zudem leistet die Stiftung mit Studien wie «Mapping the Arab Left» (www.rosalux.de/publication/40325) einen Beitrag dazu, linke politische Akteure in der arabischen Welt zu beschreiben, denn von Deutschland aus fällt die Einschätzung sehr schwer, wer «links» oder sozialistisch in dieser Region ist. Unser Regionalbüro für Nordafrika, das im Oktober 2014 offiziell in Tunis eröffnet wird, widmet sich ebenfalls dieser Fragestellung.

Die Entwicklung in der Ukraine hat den größten Teil der Aufmerksamkeit für internationale Themen in Deutschland auf sich gezogen. Zum ersten Mal seit den Kriegen und Konflikten im Auflösungsprozess Jugoslawiens in den 1990er Jahren findet eine internationale Krise in direkter Nachbarschaft der EU und Deutschlands statt. Durch die unmittelbare Beteiligung der Großmacht Russland ist sie ungleich komplexer. Historische Vergleiche (keine Gleichsetzungen – ein Unterschied, der zu Unrecht oft übergangen wird) im «Erinnerungsjahr» 2014 mit Gedenkdaten wie 100 Jahre Erster Weltkrieg, 75 Jahre Zweiter Weltkrieg und 25 Jahre «Wende» in der DDR drängen sich auf. Sie sollten zu erhöhter Sensibilität führen, ohne vorschnelle und oft einseitige Urteile zu fällen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist mit einer lokalen Mitarbeiterin in der Ukraine vertreten. Wir bemühen uns um eine differenzierte Sicht zunächst auf die inneren Entwicklungen in dem Land selbst. Es greift zu kurz, Schwarz-Weiß-Bilder mit eindeutigen Zuordnungen zu zeichnen. Wahlweise zeigen sie eine idealisierte demokratisch-westliche Volksbewegung gegen eine prorussische autoritäre Elite und einen russischen Imperialismus – oder den Umbruch als in erster Linie westlich gesteuertes Unterfangen faschistischer Kräfte mit dem Ziel der Einkreisung Russlands. Beide Sichtweisen enthalten richtige Elemente, beide verkürzen aber die Komplexität der Situation zu Gunsten einer eindeutigen und einseitigen Parteinahme. So ist es richtig und wird von der Stiftung seit längerem kritisch beobachtet, dass es massive rechtsradikale Akteure in der Maidan-Bewegung gab, die nun auch bedenklichen Einfluss in der Übergangsregierung haben. Sie lange Zeit übersehen oder kleingeredet zu haben ist eine Schwäche vieler JournalistInnen und aller Bundestagsparteien mit Ausnahme der LINKEN. Die Proteste gegen die gestürzte Regierung Janukowitsch waren aber breiter und heterogener, als dass sie sich auf den «rechten Sektor», auf Klitschko und die Timoschenko-Partei beschränkten. Es gab zudem Gründe, gegen Korruption und Autoritarismus zu demonstrieren.

Die Funktionen der Stiftung sind eigenständige Analyse und politische Bildungsvermittlung. Wir werden daher auch weiterhin Sichtweisen aus der Ukraine selbst, aber auch über unsere Büros in Moskau und Warschau in die deutsche politische Debatte einbringen. Dabei muss es der Politik immer darum gehen, eine weitere Eskalation in der Ukraine und zwischen Russland und der EU und den USA zu vermeiden. Geschichte sollte sich nicht wiederholen – weder als Tragödie, noch als Farce.

DAGMAR ENKELMANN IST VORSTANDSVORSITZENDE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG. FLORIAN WEIS IST GESCHÄFTSFÜHRENDES VORSTANDSMITGLIED

UKRAINE Tote auf dem Kiewer Maidan, der Präsident entmachtet und geflohen, Nazis in der neuen Regierung, die Krim abtrünnig – der postsowjetische Staat im Osten Europas ist in Aufruhr. Und die Weltpolitik ebenso: Der Konflikt zwischen USA, EU und Nato einerseits und Russland andererseits droht zu eskalieren. Analogien zur Lage vor 100 Jahren mögen übertrieben klingen, ganz aus der Luft gegriffen erscheinen sie nicht. «Zwölf Stunden Frist für Russland zum Rückzug» – der Ton dieser deutschen Zeitungsschlagzeile vom 1. August 1914, wenige Stunden vor dem Beginn des Ersten Weltkriegs, klingt beängstigend aktuell. Die Stiftung verfolgt das Geschehen zwischen Lwiw, Donezk und Simferopol und die Entwicklung der internationalen Beziehungen mit eigenen Analysen und Veranstaltungen. Mitte März etwa berichteten KünstlerInnen und RedakteurInnen der ukrainischen Zeitschrift «Prostory» in Berlin über die Protestkultur des Maidan und deren Widerspiegelung in den Medien. Mehr unter www.rosalux.de/ukraine.

OLYMPIA & CO **Immer häufiger werden internationale Sportereignisse dazu genutzt, einen Umbau städtischer Metropolen in großem Stil vorzunehmen. Dies ist ein Effekt der extremen Kommerzialisierung des Sports. Damit nicht genug: Brasilien bereitet sich mit Drohnen, Panzern und Wasserwerfern auf die Fußball-WM der Männer und auf Olympia 2016 vor. Dagegen regt sich vor Ort massiver Widerstand.**

Schwer bewaffnete Polizisten einer Sondereinheit in der Nähe des Maracanã-Stadions in Rio de Janeiro. Foto: picture alliance/Demotix

CHRISTIAN RUSSAU

FIFA FORDERT FEUERWAFFEN

IM VORFELD DER FUSSBALLWELTMEISTERSCHAFT RÜSTET BRASILIENS POLIZEI AUF

In Brasilien laufen derzeit die Vorbereitungen für die Fußball-Weltmeisterschaft der Männer im Juni und Juli sowie die Olympischen Sommerspiele 2016 in Rio de Janeiro. Der Real rollt: Für Konzerne sind die beiden sportlichen Großereignisse ein Bombengeschäft.

Die Rede ist nicht nur von Firmen, die am Stadionbau verdienen. Brasilien erwirbt auch jede Menge neue Sicherheitstechnik. Wie in vielen anderen Staaten der Welt wappnen sich die Regierenden gegen potenzielle «Terroristen» und für die «Gefahrenabwehr», wie es offiziell dann häufig heißt. Vor allem aber geht es gegen DemonstrantInnen. Das Land lässt sich nicht lumpen: Für 70 Millionen US-Dollar (rund 50 Millionen Euro) wurde Militärtechnik im Ausland bestellt: Drohnen, ferngesteuerte Roboter mit Kameras und Chemie-Detektoren sowie Panzer zur Boden-Luft-Abwehr. Lieferanten sind die USA und Israel. Die innere Aufrüstung beschert aber auch Firmen aus Deutschland und Österreich glänzende Geschäfte.

Zum Beispiel mit einem Wasserwerfer mit Hochdruckstrahl. Groß und schwarz lackiert, setzt die Staatsmacht das Gerät seit Juni 2013 gegen die Masse der Protestierenden ein. Die Militärpolizei von Rio etwa trieb damit Demonstrierende auseinander. Vom Gefechtssitz oben auf dem Fahrzeug wird der Wasserstrahl auf sein Ziel ausgerichtet. Wen der Strahl trifft, der wird von der Straße gespült. Verletzungen sind nicht ausgeschlossen. *Globo Extra*, eine Tochter der größten Tageszeitung Brasiliens, berichtete auf dem vorläufigen Höhepunkt der Massendemonstrationen Mitte vergangenen Jahres: «Wer an diesem Samstag im Zentrum der Stadt war, konnte das Fahrzeug sehen, eskortiert von vier Motorrädern, als es in Richtung des Sitzes des Batalhão de Choque im Stadtteil Cidade Nova fuhr.» Das Blatt verwies in dem Beitrag darauf, dass «die Türken, die in Istanbul auf die Straßen gingen, die Kraft dieses Wasserstrahls sehr gut kennen». Auf dem Foto des Wasserwerfers prangen, deutlich zu erkennen, die Buchstaben «VW» – das Logo von Deutschlands größtem Autobauer.

In Deutschland orderte Brasilien zudem 34 gebrauchte Exemplare des Flugabwehrpanzers Gepard 1A2. Die ersten trafen bereits im Mai 2013 ein und wurden erstmals zum Besuch des Papstes auf dem katholischen Weltjugendtag in Rio de Janeiro eingesetzt. «Wir benötigen die Panzer, um bei Großereignissen die Menschen in den Stadien zu schützen», argumentierte der General der Luftwaffe Marcio Roland Heise. Der Gesamtpreis für die von Krauss-Maffei, Blohm + Voss und Siemens gefertigte Panzerflotte soll bei knapp 40 Millionen US-Dollar liegen.

Die Anschaffung der Panzer geht nach einem Bericht der Tageszeitung *Folha de São Paulo* ausdrücklich auf eine Anforderung des Fußballweltverbands FIFA zurück. Auch der Soziologe und Stadtplaner Professor Carlos Vainer weist darauf hin, dass die bevorstehenden Mega-Events der Militarisierung der öffentlichen Sicherheit neue Impulse verliehen. Zudem gefährde die Einrichtung eines besonderen Sekretariats für Öffentliche Sicherheit von Großveranstaltungen das föderale Prinzip und damit die demokratische Ordnung Brasiliens. «Diese technischen Innovationen im Namen des Fußballs werden dauerhaft antidemokratische und verfassungswidrige Veränderungen hinterlassen», befürchtet Vainer.
Diese Sorge teilen offensichtlich auch viele soziale Organisationen und Bürgerbewegungen. Sie warnen seit Jahren vor der Militarisierung des öffentlichen Raums. Angesichts der nun bekannt gewordenen Waffenkäufe durch den Staat wächst ihre Sorge, dass Rio de Janeiro bis zu den Olympischen Spielen 2016 «komplett militarisiert» wird, wie es in einer Analyse des Basiskomitees zu den Olympischen Spielen und der Weltmeisterschaft in Rio de Janeiro heißt. Dazu passen jüngste Meldungen über die vom brasilianischen Verteidigungsminister Celso Amorim am 19. Dezember 2013 unterzeichnete gesetzliche Bestimmung über die «Gewährleistung von Gesetz und Ordnung». Sie bezieht sich explizit auf den Zeitraum vor oder während der sportlichen Großevents. Amorim ist nicht zimperlich: Proteste während der WM können als «terroristische Akte» eingestuft und mit bis zu 30 Jahren Haft bestraft werden.
Bereits Ende Juni 2013 berichteten brasilianische Medien über die Befürchtungen der internationalen Sponsoren, durch die Proteste könnte ihr Markenimage leiden. Brasília reagiert nun offensichtlich mit allen verfügbaren gesetzlichen Mitteln. Im Land des Fußballs kann nicht sein, was nicht sein darf: Protest gegen Fußball und gegen die WM, gegen die Milliardenausgaben des Staates, gegen die Vertreibungen infolge des WM-Baubooms an den zwölf Spielorten. Dennoch: War die Beteiligung an WM-Vorhaben für Unternehmen in der Vergangenheit stets mit einem Imagegewinn verbunden, so steht dies angesichts der latenten Protestwelle in Brasilien in Frage. Die beteiligten Firmen und Konzerne sollten sich ihrer Sache daher nicht zu sicher sein. «Brasilien ist nichts für Anfänger», besagt das Bonmot des brasilianischen Komponisten Tom Jobim.

CHRISTIAN RUSSAU IST MITARBEITER BEIM FORSCHUNGS- UND DOKUMENTATIONSZENTRUM CHILE-LATEINAMERIKA (FDCL)

DER BEITRAG ist ein Vorabdruck aus dem Sammelband «Fußball in Brasilien: Widerstand und Utopie», herausgegeben unter anderem von Gerhard Dilger und Stefan Thimmel. Das Buch erscheint im VSA Verlag (www.vsa-verlag.de). Die AutorInnen beschäftigen sich mit Mythos und Massenkultur rund um die Lederkugel, den Ballhelden Afonsinho, Reinaldo und Sócrates und nicht zuletzt mit dem Traum von einem demokratischen, progressiven Fußball.

LUCIE MATTING

MEGAWUT AUFS MEGAEVENT

INITIATIVEN PROTESTIEREN GEGEN DIE FOLGEN VON OLYMPIA UND DER WM IN BRASILIEN

Nur noch ein Vierteljahr ist es bis zur Eröffnung der Fußballweltmeisterschaft der Männer in Brasilien. Die glitzernden Neubauten an den zwölf Spielorten überdecken die Narben eines höchst fragwürdigen Strukturwandels.
Das Jahr 2013 hat es gezeigt: Tausende BrasilianerInnen haben genug davon, dass auf Kosten der Allgemeinheit Millionensummen für protzige Großevents investiert werden. Die Parolen «Não vai ter Copa» (Es wird keine Fußball-WM geben) und «O Maracanã também é nossa casa» (Das Maracanã-Stadion ist auch unser Zuhause) begleiteten die Massendemonstrationen des vergangenen Sommers.
Doch inzwischen ist es ruhiger geworden in Brasilien: Es gibt weniger Protestaktionen – und wenn dann nur mit geringer Beteiligung. Einer der Hauptgründe ist die immense polizeiliche Repression gegen die Bewegung. Die Aktionen und Proteste auf Brasiliens Straßen wurden begleitet von einer Flut von Einträgen und Bildern auf Twitter und Facebook. Die Social-Media-Kanäle haben eine große Bedeutung als unabhängige Medien. Sie bilden das Gegengewicht zu den privaten Medien und ihrer kapitalfreundlichen Berichterstattung. Zum Jahreswechsel kursierten auf den digitalen Plattformen unzählige Videos und Fotoreportagen, die an die Solidarität zwischen den Menschen, an die Dynamik und die Errungenschaften des Jahres 2013 erinnerten. Diese Kanäle können bei der Demokratisierung des Landes noch eine wichtige Rolle spielen. Eine wichtige Aufgabe wäre etwa die längst fällige Aufarbeitung der brasilianischen Militärdiktatur von 1964 bis 1985. Die Ausgrenzung der Ärmsten, der Staatspaternalismus und die Kriminalisierung von Protestbewegungen stehen gewissermaßen in der Tradition der Zeit der Militärdiktatur. Die (Re-)Militarisierung des öffentlichen Raums unter dem Deckmantel der Befriedung von Problemvierteln weckt bei vielen AktivistInnen dunkle Erinnerungen an vergangene Tage.
Die Fußball-WM startet im Juni, zum Jahrestag der Proteste. In den zwölf Spielorten gibt es inzwischen Initiativen, die Informationen über Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Weltmeisterschaft sammeln, aufbereiten und verbreiten. Zentraler Multiplikator ist das jeweilige Comitê Popular da Copa wie das Olímpidas no Rio de Janeiro, das Volkskomitee der Fußball-WM und der Olympischen Spiele in Rio de Janeiro. Ihre Arbeit koordinieren die Comitês in erster Linie über das nationale Webportal www.portalpopulardacopa.org.br, auf dem sie auch Videos und Artikel veröffentlichen. Bereits im Jahr 2007, vor der Austragung der Panamerikanischen Spiele, gründete sich das Comitê, um auf Menschenrechtsverletzung im Kontext von Megaevents aufmerksam zu machen. Im Vorfeld der Fußball-WM von 2010 erarbeitete es ein erstes Dossier über die Missstände. Im Comitê engagieren sich neben Personen aus dem akademischen Bereich und Betroffenen der WM-Vorbereitungen auch Nichtregierungsorganisationen und Bewegungen wie Justiça Global, Amnesty International Brasil, aber auch nationale Gewerkschaften und Hausbesetzerbewegungen. Neben der Publikation der Dossiers – im Mai 2014 soll ein drittes erscheinen – gehören auch zwei international bekannte Kampagnen

zum Repertoire: «Rio Sem Remoções» (Rio ohne Räumungen), eine Kampagne, die auf die Zwangsräumungen und -umsiedlungen an den WM-Austragungsorten aufmerksam macht, und «O Maracanã é Nosso» (Das Maracanã gehört uns), die die Teilprivatisierung des Fußballstadions kritisiert. Das bekannteste und größte Stadion in Rio de Janeiro wurde für 316 Millionen Euro renoviert. Wie die beiden Kampagnen zeigen, steht Rio de Janeiro aufgrund der beiden Megaevents in den Jahren 2014 und 2016 im Fokus der Arbeit.
Eine brasilianische Besonderheit ist die enge Zusammenarbeit zwischen Universitäten und sozialen Bewegungen. In zahlreichen Arbeitsgruppen ist ein reger Austausch zwischen Theorie und Praxis zu beobachten. Zu diesen Strukturen gehört auch das Observatório das Metrópoles an der Universidade Federal do Rio de Janeiro, das seit mehreren Jahren zu den Negativauswirkungen von Großevents arbeitet. Ende Dezember 2013 organisierte es im Zentrum Rio de Janeiros ein Seminar mit landesweiter Beteiligung, das die Probleme und Folgen der Vorbereitungen der Fußball-WM und der Olympischen Sommerspiele 2016 ins Visier nahm. Hierbei ging es zum einen um die Wohnungsfrage und die Zwangsräumungen, den öffentlichen Transport und Fragen der urbanen Mobilität. Außerdem wurden die landesweiten Proteste analysiert und Überblicke über alle zwölf Austragungsstädte erarbeitet. Eine Besonderheit war der internationale Austausch über Erfahrungen mit Fußballweltmeisterschaften in Südafrika, Deutschland und Russland mit internationalen Gästen wie dem Stadtforscher Volker Eick.
Ende April ist nun in Rio de Janeiro ein weiteres Seminar geplant. Die Comitês planen viele Aktionen im Juni 2014 – die brasilianische Regierung rüstet sich aber ebenfalls. So beschloss sie bereits im Januar, dass während der Fußballweltmeisterschaft keine Demonstrationen erlaubt sind. Zudem rüsten Polizei und Armee massiv auf. Angesichts der intensiven und kreativen Proteste im vergangenen Jahr ist auch mit einigen Überraschungen seitens der BrasilianerInnen zu rechnen.

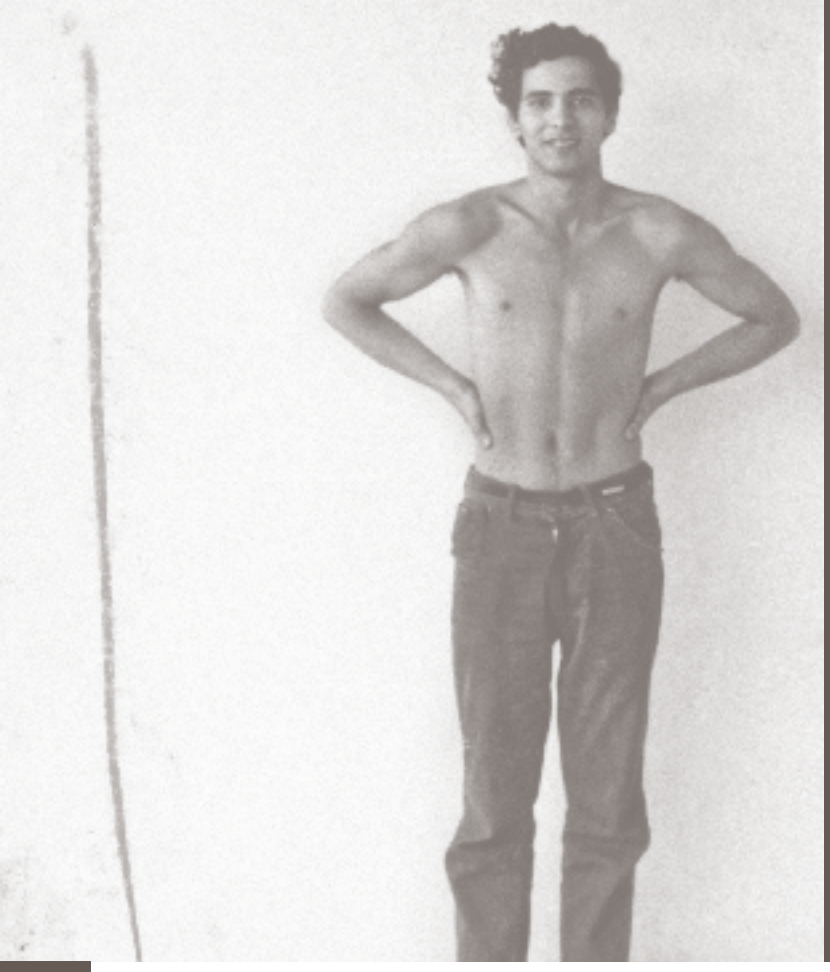
LUCIE MATTING STUDIERT KULTURWISSENSCHAFTEN UND FORSCHT IN BRASILIEN ZUM THEMA «MEGAEVENTS UND MEGAGENTRIFICATION»

ALBERT SCHARENBERG

SPEKTAKEL DER SPONSOREN

SPORT-GROSSEREIGNISSE SIND WELTWEIT INSTRUMENTE DER VERDRÄNGUNG

Sport und Vermarktung sind geradezu zu einem sportindustriellen Komplex verschmolzen. Dieses Thema griff eine internationale Konferenz des New Yorker Büros der Stiftung im vergangenem Herbst auf.
Die Unterscheidung zwischen «gutem Sport» und «schlimmer Vermarktung» ist kaum noch möglich. Dies gilt selbst für den vermeintlichen Amateursport, der beim genaueren Hinsehen längst keiner mehr ist. Dazu gehören die Umwandlung von Fußballvereinen in Kapitalgesellschaften oder gar ihre direkte Übernahme durch Milliardäre, das alle, zumindest die einigermaßen attraktiven Sportarten beherrschende Sponsorenwesen sowie die gnadenlose Überbezahlung internationaler Sportstars. Insbesondere sportliche Großereignisse wie Fußballweltmeisterschaften und Olympische Spiele dienen als Anlässe, die Regionen um die Austragungsorte in Wert zu setzen und die weniger zahlungskräftigen BewohnerInnen zu verdrängen.
Stadt- und Landesregierungen erscheint eine Bewerbung als Austragungsort für solche Großereignisse als äußerst attraktiv. Sie sehen «ihre» Stadt und «ihr» Land im gleißenden Scheinwerferlicht weltweiter Event-Vermarktung erstrahlen und hoffen auf die Zugkraft der Wettbewerbe für mehr Tourismus und vor allem neue Investoren. Allerdings erweisen sich diese Hoffnungen zumeist als Illusionen. Denn nur in den seltensten Fällen gelingt es einer Stadt, nachhaltige Erfolge durch die Austragung von Sportgroßereignissen zu erzielen. Im Gegenteil: Sobald die Sport-Karawane und mit ihr die medialen Scheinwerfer weitergezogen sind, bleiben sündhaft teure, aber nur wenig genutzte Sportarenen zurück, und der erhoffte Ansturm von TouristInnen und Investoren verebbt.
Die massiven Proteste in Brasilien gegen die Fußball-WM haben zuletzt besonders deutlich gemacht, wer den Preis für die Umgestaltung der Städte zahlt. Eloisa Varela und Samuel Queiroz von den brasilianischen WM-Volkskomitees berichteten über die massive Verdrängung durch Stadionneubauten für die Fußball-WM und die 2016 folgenden Olympischen Spiele. Immer wieder sind es die Siedlungen der Armen und Ärmsten, die Favelas, die den Planungen weichen müssen. Die Armen, die ihren Landbesitz formal oft nicht dokumentieren können, werden aus der Innenstadt an den Stadtrand gedrängt. Dort aber gibt es weder Jobs noch einen funktionierenden öffentlichen Nahverkehr. Auf diese Weise drohe die Fußball-WM in Brasilien, die ohnehin tiefen sozialen Spaltungen im Land weiter zu verschärfen, schlussfolgert Joana Barros von der «Föderation für soziale und Bildungsunterstützung» in Rio de Janeiro. Gerade deshalb seien die Proteste gegen die Fußball-WM im fußballverrückten Land zu einem Flächenbrand geworden, der die etablierten politischen Kräfte überrascht hat.
Ähnliche Prozesse der Verdrängung hätten seinerzeit auch die Ausrichtung der Fußball-WM 2010 in Südafrika begleitet, betonen Muziwakhe Gerald Ndlalose, der Vorsitzende von Abahlali baseMjondolo, der größten Selbstorganisation von SlumbewohnerInnen in Südafrika, und David Ntseng vom Church Land Programme. Um die Betroffenen dennoch für die Umstrukturierungen zu gewinnen oder zumindest zum Stillhalten zu bewegen, stellte man den Bau neuer Wohnungen in Aussicht und versprach, dass alle BürgerInnen von dem Großereignis profitieren würden. Dieses neoliberale Trickle-Down-Versprechen erwies sich jedoch als Fata Morgana. Einmal mehr profitierten bloß diejenigen, die ohnehin immer profitieren, und keineswegs jene, die gerade erst aus ihren Wohnungen gedrängt wurden. Es ist ein Muster, das die Lebensrealität im heutigen Südafrika insgesamt prägt, resümieren Ndlalose und Ntseng. Das gilt auch für den Umgang mit Widerstand. Um den Protest im Vorfeld der WM zu unterdrücken, seien demokratische Freiheiten außer Kraft gesetzt worden, betont Patrick Bond von der University of KwaZulu-Natal.
Vergleichbar insbesondere mit der Fußball-WM in Südafrika ist die Entwicklung im Umfeld der Commonwealth Games in Indien 2010. Paul Divakar, Generalsekretär von Dalit Human Rights/NCDHR, berichtet von den Verdrängungsprozessen im Zuge der baulichen Vor-



1970

Alex de Paula Xavier Pereira. Geboren1949 in Rio de Janeiro. Als Jugendlicher Mitglied der Kommunistischen Partei (PCB), später der Nationalen Befreiungsaktion ALN. Am 20.1.1972 wurde er in São Paulo vermutlich verhaftet, gefoltert und ermordet.

2012

ABWESENHEITEN Kaum öffentliches Interesse löst im Jahr der Fußball-WM bislang ein Ereignis in Brasilien vor 50 Jahren aus: Die Errichtung einer Militärdiktatur unter Marschall Branco im März 1964. Auf das Konto der Generäle, die erst im Jahr 1985 von der Macht ließen, gehen schwere und bis heute ungesühnte Verbrechen. Sie ließen politische GegnerInnen verschwinden, foltern und umbringen (www.rosalux.de/news/40272). Der Fotograf Gustavo Germano hat das Schicksal der Verschwundenen und die Trauer ihrer Angehörigen einfühlsam in seiner Bilderserie «Ausências – Abwesenheiten» dokumentiert. Die Originale sind vom 31. März bis 9. April im Foyer des Bürogebäudes am Franz-Mehring-Platz 1 in Berlin ausgestellt, die RosaLux zeigt mehrere Motive als Fotostrecke in dieser Ausgabe. Die Ausstellung gehört zu den «Brasilientagen», die vom Bündnis «Initiative Nunca Mais – Nie Wieder» in Berlin, Köln, Frankfurt am Main und weiteren deutschen Städten sowie in Brasilien veranstaltet werden. Mehr Infos finden sich im Netz unter http://nuncamaisde.wordpress.com.

bereitung des drittgrößten Sportereignisses der Welt. In Neu-Delhi sticht der Widerspruch zwischen dem Vorhaben, die Hauptstadt in eine glitzernde Weltmetropole zu verwandeln, und dem Elend von Millionen Menschen besonders krass ins Auge. Hier kam es zu massiver Verfolgung von Obdachlosen, die man oft in ihre Heimatprovinzen zurückschickte, während gleichzeitig Tausende ArbeiterInnen in die Stadt geholt wurden. Von den Verdrängungsprozessen seien in erster Linie die Dalits, die im traditionellen indischen Kastenwesen unterste Kaste, betroffen gewesen. Man habe sie mitunter mit vorgehaltener Waffe verjagt. Auf diese Weise seien, wie Miloon Kothari, der frühere UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf angemessenes Wohnen, ausführt, Hunderttausende obdachlos geworden. Allein im Zuge des größten Teilprojekts, für das die Regierung Häuser entlang des Yamuna-Flusses abreißen ließ, wurden über 35.000 Familien aus ihren Wohnungen geräumt.

Aber die Menschen lassen sich nicht ohne weiteres verdrängen, sondern sie setzen sich zur Wehr. Daher werden die internationalen Sportereignisse nicht nur für Umstrukturierungsvorhaben «von oben» genutzt, sondern immer öfter von Protestbewegungen «von unten» begleitet – wie in Brasilien, Südafrika und Indien. Auf diese Weise werden die in der Selbstinszenierung der städtischen Eliten «Unsichtbaren», die von Verdrängung Betroffenen, plötzlich sichtbar. Damit stören die Proteste zugleich die reibungslose Vermarktung der Großereignisse – und machen deutlich, dass die falschen Prioritäten gesetzt werden: Denn statt Glitzerfassaden und Profite für wenige brauchen wir bezahlbaren Wohnraum und Gemeinwohl für alle.

ALBERT SCHARENBERG LEITET DAS BÜRO DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN NEW YORK CITY

MEHR ZUR KONFERENZ mit AktivistInnen aus Indien, Brasilien und Südafrika findet sich unter www.rosalux-nyc.org/de/urban-convergences im Internet. Kurz vor den Olympische Winterspielen in Sotschi ging es dort um Sport-Events als Ausdruck des Spektakel-Kapitalismus: www.rosalux.de/news/40201.

1947

João Haas Sobrinho. Geboren1941 in São Leopoldo. Er war Vorsitzender eines Studentenbunds und arbeitete als Arzt.
Lebte ab 1968 im Untergrund und setzte sich für die medizinische Versorgung der Guerilla ein. Bei einem Kampf im September 1972 getötet.

2012

VLADIMIR FOMENKO

BAUEN WIE BEI STALIN

SOTSCHI SOLLTE RUSSLANDS GRÖSSE ZEIGEN – ES WAR MIGRANTINNEN-ARBEIT

Er wolle das Land aufrütteln, vertraute der russische Präsident Wladimir Putin vor Olympia in Sotschi einem internationalen Journalistenteam an.

Nach Jahren des bedrückenden Pessimismus, die auf den Zerfall der Sowjetunion folgten, und den blutigen Ereignissen im Kaukasus solle die Gesellschaft nun erleben, dass sie wieder zu Großem fähig sei. Nicht nur im Militärischen. Was ist dabei herausgekommen? Auf der einen Seite stehen die unbestrittenen Vorteile für die Infrastruktur der südlichen Kuban-Region, eine teils echte, teils simulierte Sportbegeisterung und der Aufschwung des Massensports, der auch statistisch belegt werden kann. Diesen positiven Nachrichten, die das öffentliche und mediale Sotschi-Bild prägen, steht ein Katalog kritischer Meldungen gegenüber. Diese reichen von Unsicherheiten über die weitere Verwendung der Sportanlagen über Alltagschaos für die EinwohnerInnen bis zum absoluten Kostenrekord des Olympia-Projekts, dem ein strenger Korruptionsgeruch anhaftet. Ein solches Projekt habe es seit Stalin nicht gegeben, vermeldete dagegen stolz der verantwortliche Olympia-Bauherr, Vize-Bauminister Jurij Rejljan. Die meisten RussInnen, die Nachrichten aus dem Ausland verfolgen, finden die Sotschi-Kritik aus dem Westen übertrieben. Für so manchen Oppositionellen wie Michail Deljagin sind die Spiele ein «Symbol des gegenwärtigen russischen Skandals». Doch auch ihm wird mulmig, wenn professionelle Anti-KorruptionskämpferInnen wie Alexej Navalny ans Mikrofon treten oder passionierte Russland-KritikerInnen wie Volker Beck das westliche Sotschi-Bild mit Boykottforderungen zu prägen versuchen. Wir können alle dazulernen, rechtfertigt sich Vize-Bauminister Rejljan in Anspielung auf ein weiteres Jahrhundertvorhaben, die Fußballweltmeisterschaft 2018, die in elf russischen Städten stattfinden soll.

Wenn Sotschi für Rejljan ein großer Lernerfolg ist, dann auch deshalb, weil es vor allem MigrantInnen ohne legalen Status waren, die das Lehrgeld gezahlt haben. Sie haben Sotschi gebaut, meint Renat Karimov, Vorsitzender der Gewerkschaft werktätiger MigrantInnen in Moskau. Russland ist nach UNO-Angaben das zweitwichtigste Zielland für Arbeitsuchende. In Moskau leben gegenwärtig etwa zwei Millionen EinwandererInnen, die Mehrheit von ihnen stammt aus dem postsowjetischen Raum. Das gewaltige Kontingent großteils inoffizieller MigrantInnen diene, so Karimov, als Rammbock gegen die soziale Absicherung russischer ArbeitnehmerInnen. Der durchschnittliche Arbeitsmigrant muss jetzt schon 57 Stunden pro Woche schuften. Diesen und viele andere Fakten hat das Moskauer Zentrum für soziale und Arbeitsrechte im vergangenen Jahr in einer Studie zusammengetragen. 60 Prozent der MigrantInnen und 22 Prozent der ArbeitnehmerInnen mit russischem Pass hätten

keinen Arbeitsvertrag, schreiben die ForscherInnen. Der Stundenlohn betrage im Schnitt umgerechnet zwischen zwei und 3,50 Euro. Ausländische Frauen würden mit durchschnittlich umgerechnet weniger als zwei Euro pro Stunde noch schlechter bezahlt. ArbeitnehmerInnen würden durchgehend aus dem Standardarbeitsverhältnis hinausgedrängt, egal ob sie einen russischen Pass haben oder nicht. Doch während russische ArbeiterInnen bei Rechtsverletzung häufig klagten, blieben ArbeitsmigrantInnen aus Angst um ihren rechtlichen Status meist passiv. Diesen Faktor machten sich die ArbeitgeberInnen gern zu nutze, sie setzten ihn als Druckmittel gegen die Kernbelegschaften ein.

Die arbeitsrechtlichen Missstände auf den Baustellen von Sotschi sind in den russischen Medien ausgiebig thematisiert worden. Lohnkürzungen oder gar nicht gezahlte Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen und rechtliche Defizite sind nunmehr Teil der olympischen Geschichte. Es gilt nun, Lehren für die Zukunft zu ziehen. Im Sommer 2013 unterschrieb Präsident Putin das Gesetz FZ-108 «über die Vorbereitung der Fußball-WM 2018». Das Gesetz hebt selbst minimale Rechtsgarantien gegen ungeregelte Arbeitszeit, Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit auf und schafft die Kontrolle des Staates über den Einsatz ausländischer ArbeiterInnen gleich ganz ab. Man braucht, so sah es das Gesetz vor, auf den WM-Baustellen der kommenden fünf Jahre weder eine Arbeitserlaubnis vom Migrationsdienst noch die übliche Benachrichtigung von Steuerämtern. Bis zu 100.000 ArbeiterInnen dürften beim Bau neuer WM-Stadien beschäftigt werden. Sie begeben sich in ein regelrechtes Rechtsvakuum. Die Konföderation der Arbeit Russlands (KTR), ein unabhängiger Gewerkschaftsverband und Partner der Rosa-Luxemburg-Stiftung, befürchtet ein Anwachsen der mit Menschenhandel und Arbeitszwang verbundenen Kriminalität, auch in Bezug auf Minderjährige. Sklavenarbeit sei auf den WM-Baustellen de facto legal, der nationale Arbeitsmarkt werde ausgehöhlt. In der Folge würden Löhne weiter sinken, arbeitsrechtliche Garantien würden abgebaut, die Arbeitslosigkeit werde steigen, so der KTR-Aktivist Alexander Lechtman. Ähnliches war während der Vorbereitung auf die Europameisterschaft 2012 in der Ukraine zu beobachten. Damals hatten alle EntscheidungsträgerInnen, auch der europäische Fußballverband UEFA, ein Auge zugedrückt. Die Show war wichtiger. Die KTR setzte während der Beratungen der Trilateralen Kommission (Staat-Arbeitgeber-Gewerkschaften) Ende 2013 durch, dass das Skandalgesetz neu verhandelt wird – ein Hoffnungsschimmer für Zehntausende potenzielle WM-Beschäftigte. Die Diskussion um das «Sklavenarbeitsgesetz» zeigt, dass das sportliche Mega-Event doch einiges wachgerüttelt hat. Solche Zeichen geschärfter sozialer Optik sind die vielleicht wichtigsten Lernerfolge aus den olympischen Tagen – hierin besteht Sotschis eigentliche innenpolitische und gesellschaftliche Leistung.

VLADIMIR FOMENKO IST STELLVERTRETENDER LEITER DES REGIONALBÜROS OSTEUROPA DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN MOSKAU

FUSSBALLKRITIK Zur WM veranstalten bayerische Landesstiftung und Fangruppen ab 9. Mai eine Reihe zu «Fußball und Kapitalismus». Infos unter www.bayern.rosalux.de/news/40354. In Niedersachsen geht es ab 6. Mai um «Fußball und Gesellschaft». Den Auftakt macht eine Veranstaltung zu Nationalismus: www.nds.rosalux.de/event/50409.

«BELASTUNG FÜR LAND UND LEUTE»

LINKE STADTRÄTIN WOLF ÜBER DIE GESCHEITERTEN OLYMPIA-PLÄNE FÜR MÜNCHEN UND DIE ALPEN

Vier bayerische Kommunen – München, Garmisch-Partenkirchen sowie die Landkreise Berchtesgadener Land und Traunstein – entschieden sich im Herbst gegen olympische Winterspiele 2022. Brigitte Wolf, Landesvorstandsmitglied der LINKEN und Münchner Stadträtin, über die Hintergründe.

Hat dich das Ergebnis der Volksentscheide überrascht?

Wolf: Kritik in allen Veranstaltungsorten gab es bereits bei der gescheiterten Bewerbung für 2018. Dass daraus nun jeweils eine Mehrheit in den vier Kommunen wurde, war aber schon eine Überraschung. Am meisten vielleicht bei den Befürwortern, wo sich ja so ziemlich alles tummelte, was Rang, Namen, Geld, Macht oder wenigstens ein bisschen Glamour hat.

Was gab den Ausschlag für das Votum?

Wolf: Stark befeuert wurde das Ergebnis sicherlich durch die Knebelverträge des IOC. Diese Fehlentwicklung hat auch bei sportbegeisterten Menschen für massiven Unmut gesorgt. Anders als noch bei der Sommerolympiade 1972 war die aktuelle Bewerbung zudem nicht in ein zukunftsweisendes Konzept der Landes- und Stadtentwicklung eingebettet. München ist kein Wintersportort. Die Stadt liegt auf einer Kiesebene, immer öfter sind die Winter frostfrei. Die Fremdenverkehrsorte in der Alpenregion wiederum müssen auf den Klimawandel reagieren. Winterspiele mit Kältetechnik und Betonbaukunst durchzupowern – das belastet Land und Leute. Bleibende ökologische und wirtschaftliche Schäden waren zu befürchten.

Welche politischen Konsequenzen hat das Ergebnis?

Wolf: Viele Menschen aus aller Welt besuchen das südliche Bayern, die Alpenregion, die Stadt München. Stadt und Region brauchen eine Kultur der Gastlichkeit, die sich nur entwickeln kann, wenn genau bedacht wird, was deren starke und liebenswerte Seiten sind. Die Vorstellung ist hoffentlich passé, dass sich markante und weltweit bekannte Orte für x-beliebige Großereignisse vermarkten lassen.

Welche Bedeutung hat das Votum für linke Politik?

Wolf: Die Bürgerinnen und Bürger stehen derartigen, mit Macht, Geld und Trallala aufgezogenen Werbekampagnen nicht mehr hilflos gegenüber. Linke Politik kann sich als Frühwarnsystem nützlich machen, denn zivilgesellschaftliche Bewegungen brauchen Zeit, um ihre Argumente zu entwickeln. Schön wäre eine gründliche Diskussion über die soziale und kulturelle Funktion solcher Großereignisse.

FRAGEN: HENNING HEINE

Brigitte Wolf

DIE GLOTZE BLEIBT AUS?!

SPORT-GROSSEREIGNISSE IM FERNSEHEN – SOLLEN WIR SIE BOYKOTTIEREN?

JA Ich war nicht nur für einen Boykott der Spiele in Sotschi, ich bin für einen Boykott aller Olympischen Spiele. Olympia kommt mir nicht in die Glotze. Ich finde es einfach verkehrt, einerseits bestürzt zu sein über unmenschliche Arbeitsbedingungen beim Bau der Anlagen, die Zerstörung der Umwelt durch den Bau der Anlagen und Zwangsumsiedlungen für den Bau der Anlagen – und dann zu sagen, gut, jetzt steht ja sowieso alles, jetzt kann ich auch gucken. Das ist wie in den Billigflieger steigen, weil der sowieso fliegt.

Denn das tut er nicht. Er fliegt nur, weil auch ich einsteige. Und die Sportereignisse sind nur deshalb ein Riesengeschäft, weil auch ich die Glotze einschalte. Wenn keiner mehr hinguckt, lässt sich mit TV-Rechten auch kein Geld verdienen. Und die sind die Haupteinnahmequelle des Internationalen Olympischen Komitees (IOC). Die weltweiten Fernsehrechte für die Olympischen Spiele 2014 und 2016 haben dem IOC mehr als vier Milliarden US-Dollar eingebracht. Glaubt irgendjemand, die Sender würden solche Summen zahlen, wenn die Quote nicht stimmt?

Wenn niemand mehr hinguckt, werden sich auch keine Sponsoren finden. Die Unternehmen, die exklusive Rechte für Sotschi und Rio erworben haben, werden keinen Cent locker machen, wenn sich das nicht rentiert. Man sieht es am Frauenfußball. Die wichtigsten Einnahmen zur Finanzierung der Gehälter der Spielerinnen und Spieler sind Fernsehrechte und Sponsorengelder. Machen wir einen Vergleich: Frauenfußball 2011: Fatmire Bajramaj, Mittelfeld, 47 Spiele, acht Tore, Jahresgehalt 150.000 Euro. Männerfußball 2011: Mesut Özil, Mittelfeld, 26 Spiele, vier Tore, Jahresgehalt sechs Millionen Euro.

Das soll nicht heißen, guckt mehr Frauenfußball. Das soll heißen, wenn schon sportliche Großveranstaltungen, dann sollen sich die Veranstalter wenigstens an ihre eigenen Regeln halten. Zum Beispiel an Regel 2 der Olympischen Charta: «Die Rolle des IOC besteht darin, (…) einen verantwortungsvollen Umgang mit Umweltbelangen zu stärken, (…) gegen jeden politischen oder kommerziellen Missbrauch des Sports und der Athleten vorzugehen, (…) für eine positive bleibende Wirkung der Olympischen Spiele in den Gastgeberstädten und Gastgeberländern zu sorgen.» Soll heißen, sie sollen dafür sorgen, dass der Gastgeber Menschenrechte einhält, dass Schwule schwul sein dürfen, dass ArbeitsmigrantInnen Aufenthaltsgenehmigungen bekommen und mindestens einen Mindestlohn, dass Niedrigenergiestadien gebaut werden. Dass die Menschen vor Ort nicht Haus und Hof verlieren, dass JournalistInnen frei über alles berichten dürfen. Das ist doch nicht zu viel verlangt. Und dann, aber auch wirklich erst dann, schalte ich die Glotze wieder an. *Dorit Riethmüller*

Foto: stockwerk23/ photocase.com

NEIN Das Fernsehen ist auch beim Sport und dessen Großereignissen eine unersetzliche Informationsquelle und Verstärker wichtiger Nachrichten. Woher sonst wüsste die breite Öffentlichkeit von der Wut der BrasilianierInnen auf Fifa und die politischen Eliten im eigenen Land, erführe von der Ausbeutung auf den Großbaustellen in Russland und Katar, könnte sich dank Liveschaltung davon überzeugen, was so mancher Münchner Olympiabefürworter von direkter Demokratie hält? Was den ökologischen Irrsinn angeht, reichen ein, zwei TV-Bilder von der jüngsten Winterolympiade als Beweis: die Skilangläuferin bei frühsommerlichen Temperaturen im ärmellosen T-Shirt, ein Fahnenträger noch spätabends im Stadion in Bermudashorts.

Aber auch auf die Übertragungen von Wettkämpfen sollte niemand verzichten, solange genügend Skepsis mit im Spiele ist. Der Hochleistungssport ist Konzentrat gesellschaftlicher Verhältnisse, somit gutes Anschauungsmaterial und Grundlage für Kritik. Wie viel etwa der einzelnen AthletIn im Zweifel «ihre Nation» wert ist, lässt sich gut abschätzen, wenn sich zwei Skisportler in schwarz-rot-goldner Kluft bei der Hatz um olympisches Einzelgold gegenseitig über den Haufen fahren. Oder was Leistungsdruck ist – siehe «Verlierer»-Debatten schon bei kleinsten Fehlern oder das leidige Thema Doping. Mit einem Augenzwinkern lassen sich auch Anregungen für die kommende Gesellschaft holen. Dazu mal bitte Curling gucken und von Kleidermode und Frisuren absehen: Bei diesem Sport machen Männer mit dem Schrubber in der Hand schweißtreibende «Hausarbeit», gebietet die Fairness das Melden eigener Regelverstöße – und die GewinnerInnen geben den Unterlegenen nach dem Spiel eine Runde Drinks aus. Was jedoch häufig definitiv abgedreht gehört ist der Ton. Ein Moderatorenspruch im nationalistischen Überschwang wie «Wir haben da vorne eine ganz große Waffe» wie jüngst bei den Winterspielen geht gar nicht.

Nicht zuletzt kann Sport im Fernsehen ein Katalysator für progressive Entwicklungen sein. Die Fäuste reckenden Black Panther auf dem Siegerpodest von Mexiko-City 1968 gehören zweifellos zu Ikonen gesellschaftlichen Fortschritts im 20. Jahrhundert, fest im kollektiven Bewusstsein verankert. Vergleichbares lassen die sozialen Kräfteverhältnisse heute zwar nicht zu – für subtile Botschaften aber reicht es allemal. In Sotschi lief der Kunstlauf-Olympiasieger dezent-auffällig geschminkt und in animiertem Kleidchen aufs Eis. Die Goldmedaillengewinnerin im Snowboard-Cross rauschte mit aufgemaltem Schnurrbart die Piste hinunter und ins Ziel. Mehr noch als die paar tausend ZuschauerInnen vor Ort gesehen hat das: ein Millionen-Publikum vor den TV-Geräten. *Henning Heine*

REPORTAGE **Anfang Januar konnte unser Autor mit einer kleinen Delegation den überwiegend von KurdInnen bewohnten Nordosten Syriens besuchen. Dort hat sich inmitten des blutigen Bürgerkriegs eine demokratisch organisierte Selbstverwaltung gebildet, die von außen massiv bedroht wird: Militärisch durch das Assad-Regime und durch Dschihadisten, ökonomisch durch ein striktes Embargo der Nachbarländer.**

Kämpferinnen einer Miliz im kurdisch besiedelten Teil Nordsyriens. Foto: Büro van Aken/Alexander Lurz

JAN VAN AKEN

INSEL DER HOFFNUNG

DAS KURDISCHE NORDSYRIEN ZWISCHEN KRIEG, EMBARGO UND BASISDEMOKRATIE

Mitte 2012 vertrieben kurdische Milizen das Assad-Regime weitgehend aus den drei überwiegend kurdisch bewohnten Gebieten mit insgesamt vier Millionen EinwohnerInnen im Norden Syriens. Auf kurdisch heißt dieses Gebiet Rojava, Westkurdistan. Seitdem hat sich dort ein Selbstverwaltungssystem entwickelt, das fast modellhaft für ein neues, freies, föderales Syrien sein könnte. Demokratisch gewählte Komitees in den Dörfern und Städten sichern die Versorgung und die Verwaltung, über allem steht ein Hoher Kurdischer Rat mit VertreterInnen der meisten Parteien. Für Mai/Juni 2014 sind Wahlen geplant. Eine Frauenquote von 40 Prozent im neu zu wählenden Regionalparlament ist beschlossen. Auch für alle ethnischen Gruppen in der Region sind Mindestquoten vorgesehen, 10 Prozent für KurdInnen, AraberInnen und AssyrerInnen, 5 Prozent für die kleineren Gruppen. Schon heute sind die verschiedenen Bevölkerungsgruppen an den Selbstverwaltungskomitees beteiligt. Die kurdischen Milizen sichern die Gebiete, sie schaffen innerhalb eines Verteidigungsringes Inseln relativer Normalität. Eine Frau erzählt, dass sie vor dem Krieg Hausfrau war, Mutter zweier Kinder. Jetzt verteidigt sie ihr Dorf mit der Waffe in der Hand gegen die Angriffe der Dschihadisten und der Assad-Truppen. Das zeigt, wie nahe sich Alltag und Krieg längst gekommen sind. Wozu der Krieg Menschen zwingt, die eigentlich etwas ganz anderes vorgehabt haben mögen, nur um zumindest eine gewisse Sicherheit für sich und ihre Familien herzustellen. Wer auch immer dabei an Revolutionsromantik und Spanischen Bürgerkrieg denken mag, der irrt. Das hier ist vor allem ein Überlebenskampf.

Eines der drängendsten Probleme in der Region ist das strikte Embargo der Nachbarländer. Die autonome kurdisch-irakische Regionalregierung unter Masud Barzani verweigert der kurdisch-syrischen Bevölkerung jegliche Hilfe und macht die Grenze dicht. Über die Gründe kann nur spekuliert werden, wahrscheinlich steht dahinter der Druck der Türkei, des wichtigsten Wirtschaftspartners Barzanis. Auch die türkische Regierung hält die Grenzen fest verschlossen. Sie versucht, dieses Experiment kurdischer Selbstverwaltung durch das Embargo in die Knie zu zwingen – wohl auch, weil eine treibende Kraft im Norden Syriens die Partei der Demokratischen Union (PYD) ist, die aus Sicht der Türkei zu viel Nähe zur PKK hat. Die Menschen in Nordsyrien haben dennoch Glück im Unglück: Hier liegt die Kornkammer Syriens, auch 60 Prozent der syrischen Ölreserven liegen in der Region. Wegen des Embargos kann kein Öl exportiert werden, aber in selbstgebauten Raffinerien lässt sich Heizöl und Benzin für den Eigenbedarf gewinnen, wenn auch in schlechter Qualität. Das Stra-

1959

Virgílio Gomes da Silva. Geboren1933 in Santa Cruz. Zunächst in der Gewerkschaftsführung. Leitete ab 1967 ein Kommando der ALN. Verantwortlich für die Entführung des US-Botschafters in Brasilien. Starb am 29.9.1969 unter der Folter.

2012

ßenbild in der Hauptstadt Qamishli erscheint fast normal, viele Läden haben geöffnet, die Kinder gehen zur Schule. Eine Nacht schlafen wir bei einer wohlhabenden Bauernfamilie, sie gibt uns einen Einblick in ihren Alltag: Die Selbstverwaltungskomitees sorgen dafür, dass sie ausreichend Treibstoff für ihre Maschinen haben, damit die Ernte sichergestellt ist. Einige Waren kosten heute sehr viel mehr als zur Vorkriegszeit, zum Beispiel Tomaten. Aber Grundnahrungsmittel und Heizöl werden billiger als früher angeboten. Problematisch könnte die Ernährungssituation allerdings bereits in diesem Jahr werden. Es gibt zwar fruchtbare Äcker und landwirtschaftliche Maschinen, aber alles hier ist auf eine großflächige, industrielle Landwirtschaft ausgelegt – und dafür fehlt es zum Beispiel an Düngemitteln. Die Selbstverwaltung hat zwar Dünger im Ausland gekauft, bislang ist es aber nicht möglich, ihn ins Land zu bekommen.

An einigen Dingen fehlt es sowieso. Zucker, Öl, Reis und Tee sind Mangelware. Und vor allem Medikamente. Wir besuchen eine Zweigstelle des kurdischen Roten Halbmondes, das Gegenstück zum Roten Kreuz. Dort gibt es fast nur noch privat gespendete Medikamente, die über die Grenze geschmuggelt und dann umsonst an die Bedürftigen ausgegeben werden. Chronisch Kranke können kaum noch versorgt werden; die Pharmazeutin beim Roten Halbmond sagt, dass die chronisch Nierenkranken Qamishlis entweder geflüchtet oder gestorben sind. Und das, obwohl die Türkei nur einen Katzensprung entfernt liegt. Doch selbst Hilfsgüter werden nur in wenigen Ausnahmefällen in den Norden Syriens gelassen. «Das einzige, was die türkisch-syrische Grenze noch passieren darf, sind Waffen und Kämpfer der Dschihadisten», sagt einer unserer Gastgeber.

Die Vertreibung des Assad-Regimes im Sommer 2012 wurde maßgeblich von der PYD organisiert. Seitdem versucht sie, möglichst viele Organisationen in das Selbstverwaltungssystem zu integrieren. Im Hohen Kurdischen Rat stellt die PYD die Hälfte der Mitglieder, die andere Hälfte kommt aus anderen Parteien, die fast das gesamte politische Spektrum Westkurdistans abdecken. Im irakischen Teil Kurdistans hörten wir immer wieder den Vorwurf der «Einparteienherrschaft» in Nordsyrien. Dieser Vorwurf kann nicht richtig sein, denn einerseits ist der Hohe Kurdische Rat paritätisch besetzt, und zum anderen sind Wahlen für dieses Frühjahr geplant. Die Sicherheitskräfte und Milizen werden zumindest formal vom Hohen Rat kontrolliert und nicht nur von einer Partei.

Niemand spricht sich offen für eine Sezession aus. In jedem Gespräch wurde uns versichert, dass das Ziel eine autonome kurdische Region innerhalb eines demokratischen, föderalen Syriens sei. Die zentrale politische Forderung vor Ort ist die Beteiligung einer kurdischen Delegation an den Genfer Friedensgesprächen, mit folgendem Argument: «Wir Kurden sind ein Teil Syriens und müssen deshalb auch Teil der Lösung sein.» Ob diese Äußerungen taktisch begründet oder aus Überzeugung geschehen, mag dahin gestellt sein. Ganz praktisch allerdings agiert die Selbstverwaltung in genau diese Richtung. So hören wir, dass an den Schulen weiterhin auf arabisch unterrichtet wird, nur 10 Prozent des Unterrichts werden jetzt zusätzlich auch auf kurdisch gegeben. Dem Assad-Regime gegenüber versucht der Hohe Rat eine Gratwanderung – einerseits wurde es vor Ort weitestgehend entwaffnet und entmachtet, andererseits wird der Flughafen von Qamishli als letzte Bastion des Assad-Regimes in der Region nicht angetastet. Man versucht, militärisch defensiv zu agieren, Angriffe von Assad oder Dschihadisten zwar abzuwehren, den Konflikt jedoch nicht selber weiter zu eskalieren. Die kurdischen Milizen, die so genannten Volksverteidigungseinheiten (YPG), bestehen zum größten Teil aus Freiwilligen aus der Region. Sie haben 35.000 aktive KämpferInnen, ein Drittel davon Frauen, sowie 10.000 ReservistInnen. Sie beschränken sich meist darauf, die Außengrenzen gegen Angriffe zu verteidigen und gemeinsam mit den polizeilichen Sicherheitskräften das Eindringen von Attentätern in die Region zu verhindern. Eigene Geländegewinne sind nach ihren Aussagen nicht das Ziel, mit wenigen Ausnahmen. So wurde im Oktober der Grenzübergang Al Yaroubiah zum arabischen Teil des Irak erobert, weil die Islamisten von dort ihre Angriffe auf Rojava koordiniert hatten. Aktuell befürchten die

syrischen KurdInnen eine neue Offensive vereinter islamistische Gruppierungen gegen die Region, obwohl diese sich anderswo in Syrien blutig bekämpfen. Kaum vorstellbar, aber tatsächlich kämpft Al Qaida in Syrien auch mit deutschen Waffen. Bei den Gefechten um Al Yaroubiah fielen der YPG unter anderem Reste einer deutsch-französischen Milan-Rakete in die Hände, wovon wir uns vor Ort überzeugen konnten. Hier ist auch die Bundesregierung gefordert. Deutschland muss – endlich – mehr dafür tun, dass die ständigen Waffenlieferungen aufhören. Die Bundesregierung sollte außerdem für die sofortige Aufhebung des Embargos eintreten. Der Westen sucht händeringend nach DialogpartnerInnen in Syrien, wischt aber jede Kooperation mit der Selbstverwaltung in Nordsyrien mit Verweis auf die «PKK-Nähe» weg. Dabei gibt es hier eine demokratische Struktur jenseits von Assad und Al Qaida, die auch in der Lage ist, eine Verteilung der Hilfsgüter zu organisieren. Die Menschen im Norden Syriens haben ihr Schicksal in die eigene Hand genommen – und das mitten im Krieg, unter ständigen militärischen Angriffen und trotz eines strikten Embargos. Sie versuchen unbeirrt, ein multiethnisches, säkulares, demokratisches System aufzubauen. Das verdient – bei allen Unzulänglichkeiten – unsere Anerkennung und Unterstützung. Eines ist aber auch klar: Eine Friedenslösung wird es auch für den Norden nur geben, wenn es eine Friedenslösung für ganz Syrien gibt. Deshalb sind die Genfer Verhandlungen zentral. Auch die KurdInnen sollten an den Genfer Gesprächen beteiligt werden.

JAN VAN AKEN IST AUSSENPOLITISCHER SPRECHER DER LINKSFRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

ÜBER SEINE REISE berichtete van Aken im Januar vor gut 100 Gästen im Salon der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin. Der Vortrag mit zahlreichen Bildern ist unter www.rosalux.de/documentation/50016 dokumentiert.

TADZIO MÜLLER

EFFIZIENZ UND DEMOKRATIE

WAS BEI DER REKOMMUNALISIERUNG DER ENERGIENETZE UNVERZICHTBAR IST

Aus linker Perspektive sind Rekommunalisierungen im Energiesektor eine gute Sache. Gegen die Privatisierung setzen sie das Öffentliche, gegen fossile Energieträger die dezentrale und gerechte Energiewende.

Ob sinkende Preise und bessere Qualität, mehr regionale Wertschöpfung und mehr gute Arbeitsplätze, ob mehr Demokratie und ökologische Steuerungsfähigkeit – es gibt wenig Wahres, Schönes und Gutes, das in der linken Aufzählung der positiven Effekte von Rekommunalisierungsvorhaben fehlt.

Hamburg und Berlin haben im vergangenen Jahr über kommunale Stromnetze abgestimmt. In Deutschlands größten Städten gab es Volksentscheide über den Rückkauf der privatisierten Stromnetze durch die öffentliche Hand. Während das Vorhaben in Berlin knapp scheiterte, votierten die HamburgerInnen für die Rekommunalisierung, den vollständigen Rückkauf des Stromnetzes vom Vattenfall-Konzern. Die Initiativen in Hamburg und Berlin wurden mit großem Aufwand von sozialen Bewegungen vorangetrieben und zogen viel Aufmerksamkeit auf sich. Deutlich weniger Beachtung finden Rekommunalisierungen von Regierungsseite, die im weitgehenden Einvernehmen mit den verkaufenden Unternehmen stattfinden. Die Rede ist von Thüringen, wo der regionale Netzbetreiber (vormals Eon) seit Frühjahr 2013 in kommunaler Hand ist. Wie kam es dazu, dass der Prozess, der in Hamburg und Berlin so umkämpft ist, in Thüringen auf so wenig Widerstand stieß? Die relativ konfliktfreie Rekommunalisierung ist ein spezifisch ostdeutsches Phänomen. Um das zu verstehen, müssen wir den Prozess betrachten, der in Thüringen Pate stand: die Überführung des mecklenburgischen Netzbetreibers Wemag in kommunale Hände. Die Geschichte beginnt in der Nachwendezeit. Da die Kommunalverfassung von Mecklenburg-Vorpommern, der DDR-Verfassung folgend, die örtliche Energieversorgung als Gemeindeaufgabe definierte, standen den Kommunen Anteile an den alten Bezirksenergiekombinaten zu. Weil die Treuhandanstalt mit der Zuteilung der Anteile überfordert gewesen wäre und die Kommunen Schwierigkeiten gehabt hätten, sie zu verwalten, wurde ein kommunaler Zweckverband gegründet. Ihm wurden die Anteile übereignet. Diese Rechtsform erlaubte es den Kommunen, einen energiewirtschaftlich kompetenten Kollektivakteur zu schaffen, der ein Gegengewicht zum Mehrheitsaktionär Vattenfall bilden konnte.

Die Ausgangslage vor der Rekommunalisierung in den Jahren 2008 und 2009 war: Die Vattenfall Europe AG hielt 80,29 Prozent der Wemag-Anteile, der kommunale Anteilseignerverband 19,71 Prozent. Im Sommer 2008 entschied sich Vattenfall, seine Anteile zu veräußern. Warum? Firmen wie Vattenfall sind nicht bloß daran interessiert, profitabel zu wirtschaften, sondern ihre Profite zu maximieren. Eine Sparte wie die lokalen Netze, die – von der Bundesnetzanstalt garantiert – sechs bis acht Prozent Rendite erzeugen, kann für klamme Kommunen attraktiv sein, aber für große Konzerne, die ganz andere Profitmargen gewöhnt sind, auch eine Last. Vattenfall brauchte seinerzeit Geld für eine Investition in den Niederlanden, außerdem war die Wemag aufgrund der kommunalen Beteiligung nie voll in die Vattenfall-Unternehmenssteuerung integrierbar. Am Ende sah ein verkaufswilliger Netzbetreiber, mit dem es nach fast 15 Jahren gemeinsamer Eigentümerschaft gute

KOMMUNALES Anders als in Hamburg und Berlin verläuft in den ostdeutschen Ländern die Rückübertragung von Energieversorgern in den Besitz der öffentlichen Hände überwiegend reibungslos. Nicht konfliktfrei sind dagegen Gebietsreformen bei Städten und Gemeinden – und sie bringen nicht die versprochene Kostenersparnis, wie eine Studie zeigt.

Beziehungen gab, in der Rekommunalisierung die einfachste Möglichkeit, eine ungeliebte Tochter loszuwerden. So mussten sich die mecklenburgischen Rekommunalisierer (eine breite Koalition aus Kommunen, Gewerkschaften, Finanzakteuren, Parteien und Landesregierung) nicht mit den Gegenstrategien herumschlagen, die die großen vier Energiekonzernen (RWE, Eon Vattenfall und EnBW) hierzulande oft gegen solche Vorhaben ins Feld führen, zum Beispiel die Veröffentlichung eines völlig überhöhten Kaufpreises. Und die Resultate? Eigentlich scheint bei der Wemag alles gut zu laufen. Die KundInnen sind zufrieden, die Stiftung Warentest lobt das angebotene Ökostrompaket, es laufen Investitionen in den Ausbau der Produktion und Speicherung erneuerbarer Energien. Sogar Dividenden an die Kommunen hat das Unternehmen ausgeschüttet. Die Thüringer Allgemeine urteilt, das Beispiel aus Mecklenburg-Vorpommern zeige, «dass Kommunen sehr wohl in der Lage sind, erfolgreich die Marktführerschaft auf dem regionalen Energiesektor erst zu kaufen – und dann zu verteidigen. Im Jahr 2010 erwarben rund 500 Kommunen den Energieversorger Wemag von der Vattenfall AG. Seitdem ist die Mitarbeiterzahl gestiegen, die Umsätze auch, und der Gewinn blieb konstant.» Wirtschaftlich und ökologisch ist die Rekommunalisierung der Wemag also beinahe ein Erfolg auf ganzer Linie. Aber was ist mit der Bürgerbeteiligung? Die Volksentscheide in Berlin und Hamburg warben für ihre Vorhaben auch mit dem Versprechen, die Energieversorgung zu demokratisieren. Hier fällt die Bilanz der Wemag zwiespältiger aus. Ein Aktivist der BioEnergieDörfer-Bewegung beklagte jüngst im Gespräch, die Wemag sei mittlerweile so groß und so weit weg: «Die sind fast schon wie Vattenfall.» Ob man die Rekommunalisierungen für erfolgreich hält, bemisst sich also vor allem an den Erwartungen an ihre Effekte. Während in Mecklenburg-Vorpommern ein ökologisch arbeitender und wirtschaftlich leistungsstarker kommunaler Energieversorger geschaffen wurde, wurde in der Berliner Bewegung für den Energie-Volksentscheid sicherlich ungleich mehr basisdemokratische Energie freigesetzt – allerdings ohne dass am Ende ein kommunaler Energieversoger stand.

Aus linker Sicht ist beides unverzichtbar, sowohl die Existenz eines betriebswirtschaftlich effizienten Energieversorgers als auch die Frage, ob ein solcher eine echte Demokratisierung der Energieversorgung ermöglicht. Zum Gelingen sollte eine linke Praxis in diesem Bereich beitragen.

TADZIO MÜLLER FORSCHT ALS POST-DOC IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG ZU ENERGIE- UND KLIMAFRAGEN

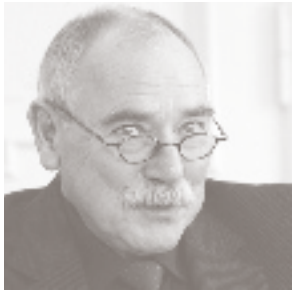
«EINSPARZIELE NICHT ERREICHT»

EXPERTE SCHÄFER ZU EFFEKTEN VON KOMMUNALEN GEBIETSREFORMEN

Wie können Kommunen trotz knapper Kassen die öffentlichen Dienstleistungen erbringen? Michael Schäfer, Professor für Kommunalwirtschaft an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde, forscht zu dieser Frage im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung und von drei Landtagsfraktionen der LINKEN. Seine Studie erscheint im Mai.

Welchen konkreten Forschungsansatz verfolgen Sie?

Schäfer: Die Kommunalverfassungen der Länder definieren relativ übereinstimmend jene Felder, in denen Kommunen Pflichtaufgaben im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung oder als übertragene Aufgaben erfüllen müssen. Außerdem gibt es «freiwillige Leistungen». In diesem Gesamtkanon spielt nach meinem Verständnis die Daseinsvorsorge eine herausgehobene Rolle. Hier geht es um die Befriedigung existenzieller Bedürfnisse – und zwar nicht nur im materiellen Bereich. Auch Bildung und Kultur gehören zu den elementaren Angeboten. Unstrittig ist, dass die Kommunalwirtschaft einen Großteil dieser Leistungen erbringen muss. Ob dafür heute, vor allem aber auch morgen und übermorgen auf kommunaler Ebene Strukturen existieren, die diese Aufgabe bewältigen können, ist die zentrale Fragestellung der Studie.



Michael Schäfer

Lassen sich bei den Kommunalreformen in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen seit 1990 positive Effekte erkennen?

Schäfer: In den genannten Ländern ging es vor allem um Veränderungen bei Gemeinden und Kreisen, die in erster Linie die Größe und Einwohnerzahlen betrafen, den Zusammenhang von Aufgaben und Strukturen aber weniger im Blick hatten. Nach meiner Auffassung ist aber die Daseinsvorsorge die kommunale Aufgabe mit der höchsten Priorität. Ergo muss jede Reform das Ziel haben, Strukturen zu etablieren, die dieser Priorität gerecht werden. Diesen für mich zwingenden Ansatz kann ich bei bisherigen Reformen kaum erkennen. Ob andere positive Effekte eingetreten sind, ist nicht Gegenstand meiner Studie. Ich kenne allerdings keine belastbaren Bestandsaufnahmen, die nachweisen, dass nach Gebietsreformen die angestrebten Ziele – im Vorfeld ist vor allem von Einsparungen bei den Verwaltungskosten die Rede – tatsächlich erreicht wurden.

Einerseits sollen die Kommunen die öffentliche Daseinsvorsorge garantieren, andererseits klagen sie über leere Kassen. Was können die Kommunen in dieser Situation überhaupt tun?

Schäfer: Die Erfüllung dieser Aufgabe wird schwieriger. Darauf müssen künftige kommunale Reformen eingehen. Sie müssen sich fragen: Wie befördere ich interkommunale Kooperationen? Muss jede Kommune wirklich alles von A–Z leisten, oder können wir uns regionale Differenzierungen vorstellen? Mehr Effizienz bei der Erledigung der Aufgaben ist ein wichtiger Aspekt. Das Problem der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen lässt sich damit aber nicht lösen

Welche Bedeutung hat die kommunale Ebene gegenüber der Landes- und der Bundesebene für die BürgerInnen?

Schäfer: Ich sage: Die Kommune ist deine Heimat. Dort wird alles, was für dich wichtig, ja lebenswichtig ist, erbracht. Wenn du darauf Einfluss nehmen willst, dann nutze die vielen demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten an der kommunalen Basis und kämpfe dafür, dass die grundrechtlich verbriefte Selbstverwaltung nicht ausgehöhlt, sondern gestärkt wird.

FRAGEN: AXEL KRUMREY

Bild: Kris & Maëj/Futuropolis

«Deutscher Angriff»

NACHHALL DER GESCHICHTE

VOR 100 JAHREN, IM AUGUST 1914, BRACH DER ERSTE WELTKRIEG AUS. DIE GEGENWÄRTIGE GEDENKFLUT ZUM JAHRESTAG FOLGT DURCHAUS ZWEIFELHAFTEN MOTIVEN

En masse erscheinen neue Bücher und Filme, räumen die Medien dem Geschichtsdatum ungewöhnlich viel Platz ein. Der Krieg soll heute eine Mahnung für den Frieden in Europa sein. Es scheint allerdings, als ob in Deutschland auch noch eine andere Motivation erkennbar ist. «Die Deutschen tragen Schuld am Ersten Weltkrieg – aber nicht mehr als andere», hieß es bereits im Herbst im *Spiegel* zum Bestseller «Die Schlafwandler» des Historikers Christopher Clark. Damit ist die Diskussion über die Kriegsursachen wieder auf dem Stand von vor über 50 Jahren. Westdeutsche Lesart seinerzeit: Die Großmächte sind in den Krieg «hineingeschlittert» und niemand ist so richtig für den Ausbruch des Kriegs verantwortlich. Der Hamburger Historiker Fritz Fischer führte indes in seinem Buch «Griff nach der Weltmacht» von 1961 den Beweis, dass das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn durch ihren Expansionsdrang den Krieg entfesselten. Die angespannte Weltlage im Jahr 1914 sei nicht zuletzt Folge der deutschen Politik gewesen. Jede lokale militärische Auseinandersetzung in Europa unter Beteiligung einer Großmacht barg demnach die Gefahr eines allgemeinen Krieges. Deutschland habe den österreichisch-serbischen Krieg gedeckt und es im Vertrauen auf seine militärische Überlegenheit bewusst auf einen Konflikt mit Russland und Frankreich ankommen lassen. Daher trage «die deutsche Reichsführung einen erheblichen Teil der historischen Verantwortung für den Ausbruch des allgemeinen Krieges». Eine Diagnose mit politischer Sprengkraft, die sich nach langen Kontroversen unter HistorikerInnen weitgehend durchsetzte.

Wenn derzeit von der «Katastrophe von 1914» wie von einem Naturereignis die Rede ist, dann wird all das überdeckt, was mit der menschengemachten Geschichte einer militarisierten Klassengesellschaft, mit der nach Krieg zur Markteroberung strebenden kapitalistischen Ökonomie zu tun hat. Eine entpolitisierende Sicht mit großem Nutzen für ihre ProtagonistInnen. Deutschland strebt wieder nach größerem Gewicht in der Weltpolitik – Mahnungen an die Konsequenzen vergangener Großmachtambitionen stören dabei nur. *J. O. Arps, B. Kanzleiter, S. Oberhaus*

SALVADOR OBERHAUS

GEZIELTE ESKALATION

DEUTSCHES REICH UND ÖSTERREICH-UNGARN TRAGEN HAUPTSCHULD AM KRIEG

Die Fragen nach den Ursachen und Verantwortlichkeiten für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges werden im Grunde schon seit August 1914 kontrovers diskutiert. Die Antworten fallen je nach politischem Standpunkt und Betroffenheit von den Ereignissen sehr unterschiedlich aus – damals wie heute.

Gleichwohl hatte sich in den 1930er Jahren die Auffassung des britischen Kriegspremiers David Lloyd George etabliert, die Staatsmänner der Großmächte seien gewissermaßen in den Krieg geschlittert. Fritz Fischer und seinen SchülerInnen gelang es Anfang der 1960er Jahre, diese These nachhaltig zu erschüttern und eine deutsche Hauptverantwortung für den Krieg nachzuweisen. In wichtigen Fragen besteht inzwischen ein breit getragener Konsens in der Geschichtswissenschaft. Hierzu gehört zunächst die keineswegs banale Feststellung, dass dem Ersten Weltkrieg ein Ursachengeflecht zugrunde liegt, das nur in einer europäisch vergleichenden Perspektive aufgelöst werden kann. Dass Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich aufgrund ihrer Eskalationspolitik gemeinsam die Hauptverantwortung für den Kriegsausbruch tragen, ist – von wenigen Ausnahmen abgesehen – in der Forschung ebenso anerkannt, wie eine Mitverantwortung der Regierungen in Sankt Petersburg, London und Paris.

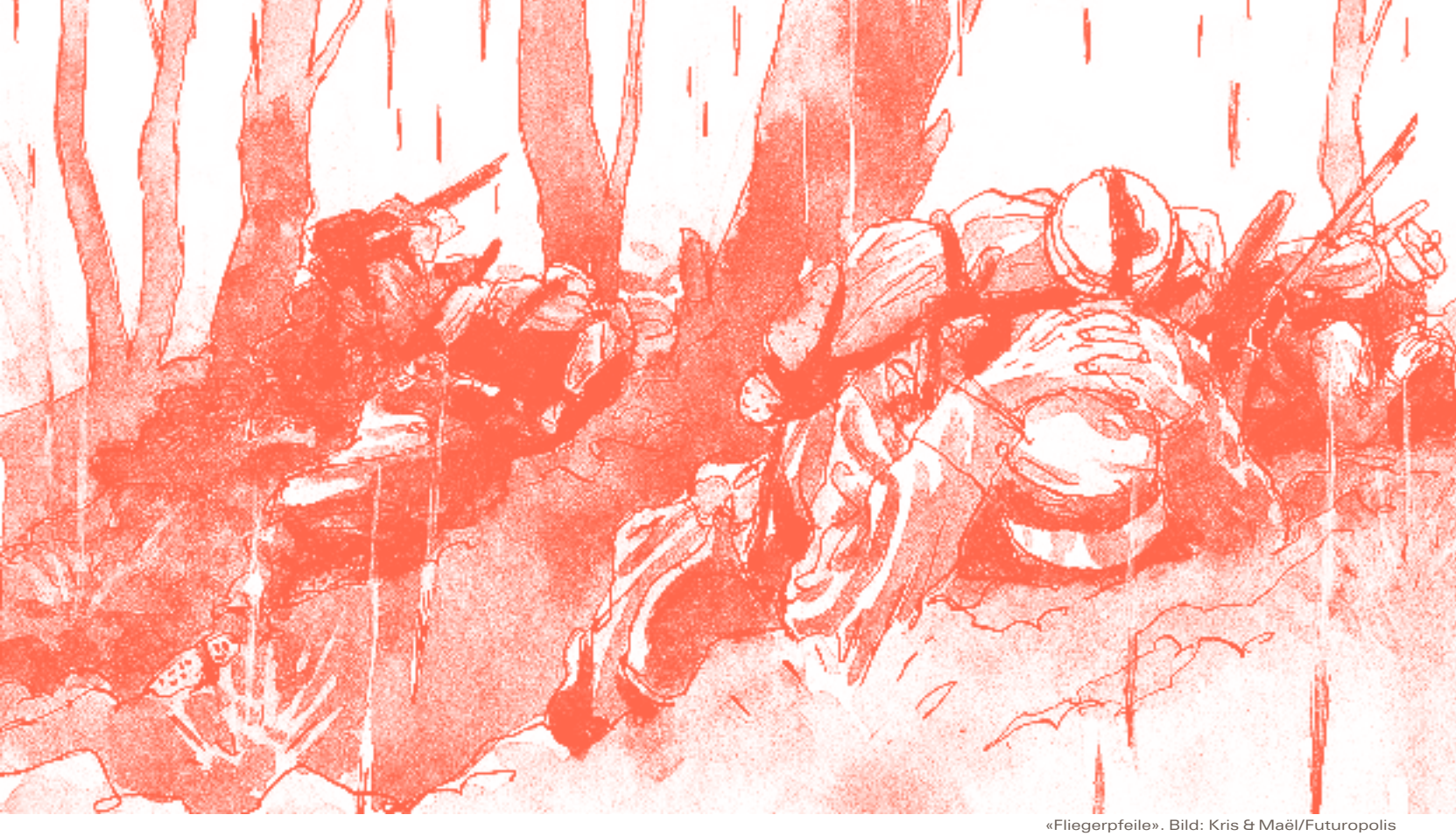
Weitgehend Einigkeit besteht in der Einschätzung, dass der Kriegsausbruch eine Konsequenz des Hochimperialismus und der sich hieraus zwischen den Großmächten seit etwa 1900 verschärfenden Konflikten ist. Der Kriegsausbruch wird in diesem Kontext auch als eine Folge der an Spannung zunehmenden Mächterivalität zwischen Österreich-Ungarn, Serbien und Russland auf dem Balkan interpretiert, welche die Friedensfähigkeit zwischenstaatlicher Bündnissysteme und den Friedenswillen der europäischen Großmächte zunehmend unterminierten. Im Sommer 1914 war keine europäische Regierung ernsthaft bereit, den sich abzeichnenden neuerlichen Krieg auf dem Balkan zu verhindern. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Besonders die Zweibundmächte Deutschland und Österreich-Ungarn nahmen einen großen Krieg als Mittel der Politik nicht nur in Kauf, sie provozierten ihn bewusst. Österreich-Ungarn, indem es Belgrad ein unannehmbares Ultimatum im Zusammenhang mit der Aufklärung des Attentats vom 28. Juni stellte. Das kaiserliche Deutschland durch seine bedingungslose Unterstützung («Blankoscheck») des Zweibundpartners sowie durch eine diplomatische Risiko-Strategie, die die Kriegsbereitschaft der Entente-Mächte, besonders Russlands, ausloten sollte. Der Historiker Gerd Krumeich bezeichnet die auf «Lokalisierung» des zu erwartenden militärischen Konfliktes zwischen der Donaumonarchie und Serbien abzielende deutsche Krisenpolitik gegenüber den Entente-Mächten treffend als Erpressungsversuch. Europa ist weder in den Krieg «hineingeschlittert» noch geschlafwandelt. Die Akteure kalkulierten einen allgemeinen Krieg ein.

Für das Deutsche Reich bot sich im Juli 1914 die Gelegenheit, die selbst verursachte internationale Isolierung zu durchbrechen und in einem militärstrategisch noch günstig scheinenden Augenblick irgendwie zur Weltmacht aufzusteigen, anstatt sich mit dem Status einer kontinentalen Großmacht zufrieden zu geben. Dieses Motiv gewann allerdings erst im Rahmen der Kriegszieldiskussion in den Wochen nach Kriegsbeginn an Bedeutung.

Die Argumentation von Christopher Clark weicht gerade hinsichtlich der Einschätzung der Politik der Mittelmächte erheblich von der vorherrschenden Forschungsmeinung ab. Es ist ein Verdienst seines viel diskutieren Buches «Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog», die bisher nur schwer zu durchdringenden Prozesse von Meinungsbildung und Entscheidungsfindung in den Hauptstädten Europas während der Juli-Krise nachvollziehbar zu machen. Clarks Interesse richtet sich allerdings vor allem auf die Abfolge der Ereignisse bis zum Kriegsausbruch. Dieser Ansatz verleitet ihn dazu, den Auslöser des Kriegs als dessen Ursache zu interpretieren. Clark will sich folgerichtig nicht zur Schuld- und Verantwortungsfrage positionieren. Er geht vielmehr davon aus, dass die europäischen Staatsmänner sich der Tragweite ihres Handels nicht voll bewusst waren. Indem er subtil Sympathien lenkt und an zentralen Stellen Thesen konstruiert, wo Quellenbelege für seine Beweisführung fehlen, zeichnet Clark allerdings ein Szenario, in dem Serbien, Russland und Frankreich als Hauptverantwortliche für den Krieg erscheinen. Hier erinnert seine Argumentation bedenklich an die «Schuldabwehrpropaganda» in der Weimarer Republik. Besonders deutlich wird Clarks bisweilen unbekümmerter Umgang mit den historischen Fakten bei seiner These von den «balkanischen Ursprüngen» (Lothar Machtan) des Krieges. Russland und Frankreich hätten bewusst auf die Auslösung eines europäischen Krieges hingearbeitet und den Krisenherd Balkan hierfür ein weiteres Mal eskalieren wollen. Für die Politik Österreich-Ungarns bringt Clark hingegen Verständnis auf. Die Rolle Berlins wird bagatellisiert. Clark urteilt milde über die Unzulänglichkeiten der deutschen Entscheidungsträger. Die «Schlafwandler-Metapher» schließt hier verblüffend an die «Schlitter-These» Lloyd Georges an – als hätte es Weltkriegsforschung nicht gegeben.

Kein Wunder, dass sich sein Buch besonders in der Bundesrepublik hoher Verkaufszahlen erfreut. Lothar Machtan, Professor für Neuere Geschichte an der Uni Bremen, spricht treffend von dem Bedürfnis einer «geschichtspolitischen Entlastung» der Deutschen, das Clark bedient. Die Thesen sind auch anschlussfähig an eine Argumentation, die den Ersten Weltkrieg als eine Art Betriebsunfall in der Entwicklung einer per se friedensfördernden bürgerlich-demokratischen Gesellschaft kapitalistischer Prägung interpretiert. Die Zeit von 1914 bis 1945 sowie 1989 erscheint als temporäre Unterbrechung dieser kontinuierlichen Entwicklung. Diese Idee dient auch dazu, alternative – sozialistische – Lebens- und Gesellschaftsentwürfe zu delegitimieren – Schlagwort «Ende der Geschichte». Zudem können Clarks Thesen als Legitimationshilfen für militärische Konfliktinterventionen im Ausland gelesen werden, wenn mal wieder ein zweites Sarajevo in Afghanistan, Syrien, Mali oder wo auch immer verhindert werden soll. Trotz dieser erheblichen Mängel und Probleme ist Clarks Studie insgesamt eine lohnenswerte Lektüre, die gleichwohl die volle kritische Aufmerksamkeit der LeserInnen erfordert.

SALVADOR OBERHAUS IST HISTORIKER UND LEITET DAS REGIONALBÜRO RHEINLAND-PFALZ DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN MAINZ



«Fliegerpfeile». Bild: Kris & Maël/Futuropolis

BORIS KANZLEITER

VERGIFTETE ATMOSPHÄRE

REVISIONISMUS SORGT IN SÜDOSTEUROPA FÜR EMPÖRUNG

Christopher Clark relativiert in seinem Buch die deutsche Kriegsschuld – und behauptet zudem, dass Serbien eine größere Verantwortung für den Kriegsausbruch im Jahr 1914 trage als bisher angenommen.

Derartige Neubewertungen des Ersten Weltkriegs erzeugen in Deutschland kaum Emotionen. In Serbien und Bosnien-Herzegowina dagegen sorgen revisionistische Diskurse über den Ersten Weltkrieg für eine vergiftete Atmosphäre. Und das aus mindestens zwei Gründen. Einerseits ist im europäischen Geschichtsbewusstsein kaum verankert, dass die vom Deutschen Reich unterstützte österreich-ungarische Armee auf dem Balkan unglaubliche Kriegsverbrechen verübte. Das Königreich Serbien hatte mit 1,1 Millionen Kriegstoten, gemessen an seiner damaligen Einwohnerzahl (4,5 Millionen), unter allen Kriegsteilnehmern die höchsten Verluste zu beklagen. Andererseits werden die Diskussionen über die Ursachen des Ersten Weltkriegs auf dem Balkan unmittelbar mit tagespolitischen Konfliktkonstellationen verbunden. Speziell in Bosnien-Herzegowina werden sie in den Antagonismus zwischen «bosnischen Serben» und «bosnischen Muslimen» eingespeist, welcher in diesem Land auch 18 Jahre nach dem Ende des Bürgerkriegs der 1990er Jahre das politische Leben dominiert.

Einen Kristallisationspunkt finden die aktuellen Kontroversen in der Bewertung des «Attentats von Sarajevo» vom 28. Juni 1914, als Mitglieder der Gruppe «Junges Bosnien», darunter der letztlich erfolgreiche Schütze Gavrilo Princip, den Österreich-Ungarischen Erzherzog Franz Ferdinand erschossen. Inspiriert durch Clark sehen nationalistische muslimische und kroatische Intellektuelle in Gavrilo Princip, ganz im Stil der historischen deutsch-österreichischen Propaganda während und nach dem Ersten Weltkrieg, einen «serbischen Mörder» und «Terroristen». Teilweise stellen sie Princip sogar in eine Linie mit Kriegsverbrechern der 1990er Jahre. Wie sie habe Princip für ein «Großserbien» gekämpft. Dagegen steht eine «serbische» Gegenerzählung. In dieser ist Princip in erster Linie ein «serbischer Freiheitskämpfer».

Beide Positionen sind aus geschichtswissenschaftlicher Sicht schlichtweg falsch. Sie verschweigen, was HistorikerInnen auf der Grundlage eindeutiger Quellen geklärt haben. Gavrilo Princip war zwar serbischer Herkunft, seine FreundInnen aus der Gruppe «Junges Bosnien» waren aber alles andere als serbische Nationalisten. Im Gegenteil, im «Jungen Bosnien» wirkten serbische, kroatische und muslimische Mitglieder gemeinsam. Ihr international wohl prominentestes Mitglied war der spätere Literaturnobelpreisträger Ivo Andrić, ein bosnischer Kroate. Das Hauptziel der Gruppe war die Beendigung der kolonialen Herrschaft des Habsburger Reiches über Bosnien-Herzegowina und eine Vereinigung der südslawischen Völker in einem neu zu schaffenden Jugoslawien. Diese Idee war bei den Teilnehmenden in unterschiedlicher Weise mit zeitgenössischen anarchistischen und sozialrevolutionären Ideen verbunden.

Ein mindestens genauso wichtiges Thema wird in den Diskussionen über den Ersten Weltkrieg in Serbien und Bosnien-Herzegowina allerdings bisher noch nicht einmal am Rande behandelt. Es handelt sich um die Erinnerung an die sozialistische Opposition gegen den Ersten Weltkrieg auf dem Balkan, eine Bewegung, die heute als leuchtendes Vorbild für den Kampf gegen Nationalismus

und Krieg gelten könnte. Die sozialistische Bewegung propagierte seit der Ersten Sozialistischen Balkan Konferenz 1910 in Belgrad die Idee einer Demokratischen Balkan Föderation. Sie setzte auf die Kooperation der Bevölkerungen der Region und den gemeinsamen Widerstand gegen imperiale Projekt der Großmächte. Sie stellte sich gegen die nationalistischen und expansionistischen Projekte der lokalen Eliten. Während der Balkankriege 1912/13 und während des Ersten Weltkriegs war die sozialistische ArbeiterInnenbewegung die führende Kraft der Friedensbewegung. Heute ist kaum bekannt, dass die Abgeordneten der serbischen Sozialisten am 8. August 1914 in einer Atmosphäre der nationalistischen Mobilmachung gegen die Kriegskredite stimmten. Auch in Griechenland, Bulgarien und Rumänien mobilisierten sozialistische Gruppen gegen den Krieg.

BORIS KANZLEITER IST HISTORIKER UND LEITET DAS AUSLANDSBÜRO SÜDOSTEUROPA DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN BELGRAD

IGOR ŠTIKS

FEUER VON SARAJEVO

DAS AKTUELLE BOSNIEN ZEIGT EIN BILD VON DER ZUKUNFT EUROPAS

Die Menschen von Bosnien und Herzegowina zeigen gegenwärtig Europa, was aus ihm geworden ist und was es sein könnte. Ihr Vorschlag ist das genaue Gegenteil von «schlafwandelnd in die Katastrophe» steuern.

Exakt 30 Jahre, nachdem die Olympische Flamme 1984 in Sarajevo entzündet wurde, geht wieder ein Feuer durch die Stadt. In den letzten Wochen stürmten Protestierende in ihrer Wut über ihre soziale Situation, die anschwellende Armut, die erstarrte ökonomische Entwicklung und das stagnierende soziale und politische Leben mehrere Gebäude der öffentlichen Verwaltung. Als die Flamme 1984 angezündet wurde, war ich sieben und lebte direkt gegenüber vom Olympischen Stadion. Wir konnten zwei Wochen nicht schlafen, so hell war das Licht. Doch wir waren zugleich so glücklich: Es war die Flamme des Erfolgs, des Friedens und unendlicher Möglichkeiten. Damals entwarf Sarajevo ein Bild, von dem, was die Europäische Union für ihre Mitgliedsstaaten will: erfolgreich, divers und säkular, mit funktionierenden Industrien, sozialer Gerechtigkeit, beneidenswerter sozialer Mobilität und beständigem Wachstum. Die Union, wie wir sie jetzt erleben, hat versagt, diese Verheißungen zu erfüllen. Es gibt aber auch noch eine andere Szene aus der Vergangenheit. Zehn Jahre nach Olympia, lag Sarajevo in Ruinen, ein Bild, das Europa längst hinter sich glaubte: eine belagerte und zerstörte Stadt, Opfer erwachender Nationalismen und Teilungsbestrebungen. Bosniens Landschaft war übersät mit Konzentrationslagern und Massengräbern. Europa schaute tatenlos zu, als ob das Bild, das man längst vergangen glaubte, alle hypnotisierte.

Jetzt halten Sarajevo und Bosnien Europa erneut den Spiegel vor, sie zeigen darin die Gegenwart und die Zukunft. Die bosnischen Städte ähneln London im Sommer 2011 und den Vororten von Paris 2005. Eine Explosion der Wut, verbunden mit der anarchischen Zerstörung aller Symbole der politischen, sozialen und ökonomischen Macht. Fast 20 Jahre nach dem Friedensabkommen von Dayton, scheint es, als hätten sowohl lokale Eliten als auch die internationale Gemeinschaft Übereinstimmung nur in einem Punkt erreicht: beim Ziel, auf dem schnellsten Weg den Kapitalismus zu errichten im Land. Noch immer ist es die enorme Privatisierungskampagne, die zur totalen Deindustrialisierung und Abhängigkeit von Importwaren geführt hat. Finanziert wird sie durch einen enormen Schuldenberg der Bevölkerung und ihres schwachen Staates.

Das Ergebnis ist, dass ethno-nationalistische Eliten, zum größten Teil Verantwortliche für den Krieg der 1990er Jahre, erneut zum Zuge kamen, nicht nur durch ethnische Segregation, sondern auch durch den Reichtum der von ihnen kontrollierten Gebiete. Sie waren diejenigen, welche die internationale Gemeinschaft und die Europäische Union als wichtigste Partner ansahen. Die BürgerInnen spielten keine Rolle.

Doch es gibt auch einen großen Unterschied zu den Unruhen in anderen europäischen Städten, und der liegt in der Art und Weise, wie Bosnien direkt das gängige europäische Vorurteil durchbricht. Es ist kein Aufstand der diskriminierten und ghettoisierten Gruppen, die an die Ränder der großen Städte abgedrängt wurden. Es ist ein Aufstand der gesamten Bevölkerung, die ökonomischer Verarmung, sozialer Verwüstung und auch politischer Armut ausgesetzt ist. Bosnien enwirft damit ein Bild von Europas Zukunft: eine unregierbare Bevölkerung, ermüdet von den Sparmaßnahmen und zurückgeworfen auf ihre eigenen Mittel nach dem Zusammenbruch der letzten Reste eines Wohlfahrtsstaates – ein Staat ohne Wachstumsperspektive, regiert von kaum legitimierten Eliten, die sich mit Hilfe schwerbewaffneter Polizeieinheiten vor ganz normalen BürgerInnen schützen.

Aber Bosnien und Herzegowina zeichnen heute auch ein anderes Bild. Im ganzen Land haben sich Volksversammlungen etabliert. Ein besonders bemerkenswertes Beispiel ist das Bürgerforum in Tuzla, welches mittlerweile schon mit der lokalen Verwaltung vehandelt und Vereinbarungen trifft. Wir sprechen hier von normalen Menschen, die verzweifelt und verärgert sind, aber zugleich für ein besseres Leben kämpfen, trotz aller institutioneller Hindernisse. Sie reden nicht nur darüber, wie Demokratie aussehen sollte, sie praktizieren sie einfach. Bosnien zeigt uns die gleichen Bilder des Widerstands wie andere europäische Städte. Zugleich weist es uns aber auch einen Ausweg: den Kampf seiner BürgerInnen für soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und Demokratie. Bosnien bietet ein Bild an, dass auch Europa zeichnen sollte, will es nicht wieder schlafwandelnd in die Katastrophe schlittern, wie damals vor hundert Jahren, als das Attentat an Franz Ferdinand in Sarajvo den Ausbruch des Ersten Weltkrieges markierte. Europa hat damals nicht hingehört, so wie es auch dem Bild nicht folgte, dass die Flamme 1984 auf mein Fenster warf. Will Europa heute wieder nicht die Nachricht der bosnischen Bürger verstehen? Will Europa wieder nur das Feuer löschen um es später an anderer Stelle aufflammen zu sehen, und zwar schon bald, wenn es auch dann wieder zu spät ist?

IGOR ŠTIKS FORSCHT AN DER UNI EDINBURGH UND IST MITORGANISATOR DES SUBVERSIVE FESTIVAL IN ZAGREB. ÜBERSETZUNG: DORIT RIETHMÜLLER, SEBASTIAN HORN

KULTUR DES FRIEDENS

STIFTUNG BEI MEHRTÄGIGEM «PEACE EVENT» DABEI

SARAJEVO Ein buntes Programm soll vom 6. bis 9. Juni 2014 die Straßen, Plätze und Kulturzentren Sarajevos in ein «Peace Event» verwandeln. Ein Jugendcamp, Ausstellungen; Konzerte und eine Konferenz sind geplant. Die Nobelpreisträger Mairead Maguire und Adolfo Perez Esquivel werden die Veranstaltung eröffnen. Anlass des «Peace Event» ist der 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkriegs. Das Attentat auf den österreichischen Erzherzog Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 in Sarajevo wurde von der Habsburger Monarchie genutzt, um einen Monat später Serbien den lang geplanten Krieg zu erklären. Mit dem vom Deutschen Reich unterstützen Angriff setzte Österreich-Ungarn die Kettenreaktion in Gang, welche in den Weltkrieg mündete. Das «Peace Event» soll dagegen ein Zeichen für internationale Kooperation und Solidarität setzen. Im Vordergrund werden Themen wie Frieden und soziale Gerechtigkeit, Geschlechterverhältnisse und Diskriminierung, Umgang mit der Vergangenheit und Alternativen zu Militarismus und Krieg stehen.
Die BewohnerInnen Bosnien-Herzegowinas haben im 20. Jahrhundert nicht nur den Ersten und Zweiten Weltkrieg sondern auch den Bürgerkrieg der 1990er Jahre erlebt und erlitten. Die nationalistischen Kriegseliten der 1990er Jahre halten das Land und seine BewohnerInnen noch immer im Würgegriff. In den vergangenen Jahren hat sich die ohnehin desolate soziale und wirtschaftliche Lage weiter verschlechtert. Gegen diese Situation richtet sich seit Februar der Aufstand der BürgerInnen in Bosnien. Neben vielen anderen Organisationen unterstützt auch die-Rosa Luxemburg-Stiftung das «Peace Event». Im Kammertheater auf der Tito-Straße bietet sie vier Workshops an: zur Geschichte der sozialistischen Antikriegsopposition auf dem Balkan während des Ersten Weltkriegs, der Position Rosa Luxemburgs zum imperialistischen Krieg, zur aktuellen Situation im Nahen Osten sowie zu den Sozialproteste in Bosnien-Herzegowina. Mehr Informationen unter www.p2014.eu. *Boris Kanzleiter*

NEUE NATIONEN

KONFERENZ ZU STAATSGRÜNDUNGEN NACH DEM ERSTEN WELTKRIEG

ŁÓDŹ In der öffentlichen Wahrnehmung aller Länder, in denen das Büro Warschau der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit ProjektpartnerInnen zusammenarbeitet, spielt die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg eine große Rolle. Allerdings ist diese Erinnerung ganz anders ausgerichtet als in Deutschland oder im Westen Europas. Hier stehen meist jene Vorgänge im Mittelpunkt, die am Ende des Krieges zur Errichtung nationalstaatlicher Republiken geführt haben. Erstmals in ihrer Geschichte konnten sich Estland, Lettland und Litauen 1918 infolge des Zusammenbruchs des Russischen Reichs für staatlich unabhängig erklären und eigene Republiken gründen. Die Niederlage Österreich-Ungarns ermöglichte es auch TschechInnen und SlowakInnen Ende Oktober 1918 eine gemeinsame Republik zu gründen. Und schließlich wurde im November 1918 nach über 100 Jahren Fremdherrschaft die neue Republik Polen ausgerufen. Einzige Ausnahme ist Ungarn, das nach dem Untergang der Doppelmonarchie an der Donau in den Strudel der europäischen Nachkriegs- und Konterrevolutionen geriet und große Gebiete verlor. Rosa Luxemburg rechnete immer mit den revolutionären Folgen eines umfassenden, viele Länder ergreifenden Krieges, wobei sie die Arbeiterbewegung konsequent davor warnte, deshalb im politischen Spiel mit einer Kriegsoption zu kalkulieren. Dennoch hatte sie mit einem solchen Ausgang des Weltkriegs nicht gerechnet, stattdessen hoffte sie auf eine europaweite Revolution und kämpfte für sie. Was die Bourgeoisie trenne, so ihre fest Überzeugung im Januar 1919, werde das in der Revolution siegreiche Proletariat wieder zusammenfügen. Dieser Stoff soll im Herbst 2014 auf einer internationalen Konferenz in der einstigen Industriemetropole Łódź widergespiegelt werden. *Holger Politt*

INTERNATIONAL Das globale Großmachtstreben des Deutschen Reiches nach 1900 sowie der Ausbruch des Ersten Weltkriegs im August 1914 und dessen regionale Folgen stehen im Mittelpunkt mehrerer Veranstaltungen der Stiftung in diesem Jahr im Ausland. Drei Schlaglichter.

DEUTSCHER MASSENMORD

BESCHÄFTIGUNG MIT DEUTSCHEN KOLONIALVERBRECHEN

DAR ES SALAAM Der 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkriegs gibt Anlass, auf das Wirken des deutschen Kolonialismus in Ostafrika aufmerksam zu machen. Die Kolonie «Deutsch-Ostafrika» umfasste von 1885 bis 1918 die heutigen Länder Tansania, Burundi und einen kleinen Teil von Mosambik. Immer wieder kam es in dieser Zeit zu Rebellionen gegen die deutschen BesatzerInnen, die bekannteste war der «Maji-Maji-Krieg» von 1905 bis 1907. Zur Niederschlagung setzten die deutschen «Schutztruppen» die Strategie der Verbrannten Erde ein. Sie brannten Felder und Dörfer nieder und trieben auf diese Weise bis zu 300.000 Menschen in den Hungertod. Dieses deutsche Kolonialverbrechen ist heute noch weniger bekannt als der Völkermord an den Herero und Nama in «Deutsch-Südwestafrika» (heute Namibia), der 1904 begann.
Heute auf diese Zeit angesprochen, reagieren viele TansanierInnen mit Desinteresse. Andere weisen auf die «guten Taten» der Deutschen hin und meinen damit die Errichtung von Schulen, Verwaltung und Infrastruktur. Zudem wird der Vorwurf geäußert, dass das heutige Verhalten Deutschlands oder des Westens generell eine neue Variante des Kolonialismus sei. In einer Veranstaltungsreihe wird die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Dar es Salaam daher Filme und Ausstellungen zeigen, die die öffentliche Debatte zur deutschen Kolonialgeschichte in Ostafrika anregen sollen. Darin werden Fragen des Widerstandes und der Erinnerungskultur in den Blick genommen: Wie kann beispielsweise der Widerstand der ostafrikanischen Bevölkerung gegen die Inbesitznahme durch Kaufleute, Missionare, Kolonialtruppen und -beamte gewürdigt werden? Können oder sollten in Tansania in historischen Kolonialgebäuden Erinnerungsstätten eingerichtet und wiederbelebt werden? Die Erfahrungen mit einer Veranstaltungsreihe im November 2013 zeigen, dass diese ein breites Publikum erreichen und Kooperationen mit neuen PartnerInnen auf den Weg bringen können. *Siegfried Schröder*

JENNY MARX Dauerausstellung. Eine couragierte Frau zwischen Salzwedel und London. Bis 30. Dezember. Salzwedel. Mehr unter www.rosalux.de/event/49977.

ICH KAM ALS GAST IN EUER LAND GEREIST Wanderausstellung. Deutsche Hitlergegner als Opfer des Stalinterrors. Ab 1. April in Chemnitz, ab 6. Mai in Magdeburg und Paris, ab 23. Juni in Berlin, ab 1. September in Kiel, ab 1. Oktober in Mainz, ab 1. November in Ludwigshafen. Infos unter www.rosalux.de/news/40179.

KRIEG UND [POPULÄR]KULTUR Vorträge und Lesungen. Ab 3. Mai Ausstellung «Tout le monde kaputt» mit Comics von Kris und Maël. Hannover. Siehe dazu www.nds.rosalux.de/event/50076.

ERSTER WELTKRIEG: URKATASTROPHE UND WIDERSTAND Konferenz. Imperialistischer Charakter des Krieges, Versagen der Sozialdemokratie, spontane und organisierte Gegenwehr. 14. Mai. Berlin. Infos unter www.rosalux.de/event/50385.

WISSENSCHAFT ZWISCHEN KRIEG UND FRIEDEN Militarismus und Militarisierung von Wissenschaft und Forschung damals und heute. Konferenz. Ohne eine massive Indienstnahme von Wissenschaft und Forschung wären die Weltkriege nicht möglich gewesen. 16. bis 18. Mai. Potsdam. Siehe www.rosalux.de/news/40196.

PEACE EVENT: KRIEG UND FRIEDEN IN EUROPA Konferenz. 6. bis 9. Juni. Sarajevo. www.peaceeventsarajevo2014.eu. Siehe auch den Beitrag auf Seite 19.

DIE WAFFEN NIEDER

VIELE MUTIGE FRAUEN stellten sich vor 100 Jahren dem Krieg entgegen. Ihre Forderu Ächtung militärischer Konflikte und dem Verbot von Waffenproduktion und -export sind ers aktuell. Der Kurt-Eisner-Verein und das Münchner Regionalbüro der Stiftung erinnern mit V die Frauen. Details im Netz unter www.bayern.rosalux.de/event/50177. Kooperationspartneri Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (www.wilpf.de), das Kommunikationszentr zur Arbeits- und Lebenssituation (www.kofra.de) und die Frauen bei Ver.di.

FRIEDEN ALS GLÜCKSZIEL

«Frieden ist die Grundlage und das Endziel des Glückes», sagte Bertha von Suttner im Jahr 1905 bei der Verleihung des Friedensnobelpreises. Sie war die zentrale Frauenfigur am Beginn der organisierten Friedensbewegung. Bereits in ihrem Roman «Die Waffen nieder!» von 1889 hatte sie eindringlich vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges gewarnt, den sie nicht mehr erlebte. Sie starb am 21. Juni 1914.

KRIEG DEM KRIEGE

Früh demaskierte Clara Zetkin das Wettrüsten und die Kriegshetze. Auf dem internationalen Sozialistenkongress in Basel 1912 klagte sie die europäischen Kriegstreiber an und rief dazu auf, alle Kräfte zu vereinen, um den bevorstehenden Krieg zu verhindern: «Erst wenn auch die große Mehrheit der Frauen hinter die Losung tritt: Krieg dem Kriege, erst dann kann den Völkern der Friede gesichert werden.» Sie wandte sich gegen die Bewilligung von Kriegskrediten, demonstrierte 1914 gegen den Krieg, initiierte 1915 die Berner Frauenfriedenskonferenz. Die Kriegsjahre waren für Zetkin eine Zeit der Halblegalität – sie verbrachte mehrere Monate in Haft.

FRIEDENSSTIMMEN AUS MÜNCHEN

Mehr als 1.000 Pazifistinnen aus kriegführenden und neutralen Ländern trafen sich im Jahr 1915 zum ersten internationalen Frauen-Friedenskongress in Den Haag. Darunter waren auch Anita Augspurg (Foto) und Lidia Gustava Heymann sowie Margarete Leonore und Constanze Hallgarten. Sie mobilisierten unter anderem in München gegen den Krieg.

LUXEMBURG LESEN LOHNT

WAS «DIE AKKUMULATION DES KAPITALS» UNS SAGT

Warum lohnt heute noch ein Blick in Rosa Luxemburgs «Die Akkumulation des Kapitals»? Was tragen ihre Analysen bei zur Auseinandersetzung mit Fragen unserer Zeit?

Wer zur «Akkumulation des Kapitals» greift, sollte sich die besondere Herausforderung der Lektüre vergegenwärtigen. Sie haben mit Rosa Luxemburgs Verständnis von sozialistischer Politik zu tun, mit erbitterten Auseinandersetzungen in der polnischen, russischen, deutschen, europäischen und internationalen Arbeiterbewegung: darum, welche Fragen und Probleme auf welche Weise zu formulieren, wie historische Ereignisse und politische Kräftekonstellationen zu bewerten seien, welcher Blick auf die Unterdrückten im «eigenen» Land und weltweit, aber auch auf die potenziellen politischen Partner einzunehmen sei. Aus diesen Gründen muss die Lektüre der «Akkumulation des Kapitals» historisch-kritisch sein. Auch ein begleitender Blick in den zweiten Band des Marxschen «Kapital» empfiehlt sich, denn für viele Fragen greift Rosa Luxemburg auf die von Marx' auf allgemeiner Ebene formulierte Analyse davon zurück, wie sich Einzelkapitale zum gesellschaftlichen Gesamtkapital zusammenfügen und in diesem zirkulieren. Rosa Luxemburg, die um theoretisch begründete Fragen und Antworten «für unseren praktischen Kampf mit dem Imperialismus» rang, hat diese «allgemeinen» Analysen bisweilen vorschnell mit den aktuellen Fragen ihrer Zeit vermengt. Das hat dennoch

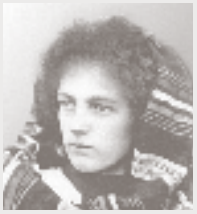
STIFTUNG ERINNERT IN DIESEM JAHR UNTER ANDEREM AN FRIEDENSAKTIVISTINNEN DES 20. JAHRHUNDERTS

ngen nach
schreckend
Vorträgen an
nnen sind die
um für Frauen

ANFANG MÄRZ widmeten sich auch die Rosa-Luxemburg-Bildungstage in Berlin mehreren Antikriegsfrauen. In Kooperation mit dem Förderverein der Clara-Zetkin-Gedenkstätte Birkenwerder gab es am internationalen Frauentag in Berlin eine Matinee mit Vorträgen, Ausstellung und Gesang sowie einer szenischen Lesung von GymnasiastInnen aus Berlin-Lichtenberg. Mehr unter www.rosalux.de/event/50262.

ÜBER GIFTGAS

Die Zeitgenossinnen Gertrud Woker und Clara Immerwahr waren Naturwissenschaftlerinnen, die über den Einsatz von Chemiewaffen aufklärten. Immerwahr protestierte gegen den Missbrauch der Wissenschaft, wurde von ihrem Ehemann als Vaterlandsverräterin gebrandmarkt und in den Selbstmord getrieben. Die Schweizer Frauenrechtlerin und Friedensaktivistin Gertrud Woker engagierte sich mit Flugblättern, Vorträgen und Schriften gegen den Giftgaskrieg.



KASSANDRA DES KRIEGS

Rosa Luxemburg hat vor einem verheerenden europäischen Krieg gewarnt und frühzeitig die Ursachen zu analysieren gesucht. «Die Mißachtung des Lebens und die Brutalität gegen den Menschen lassen die Fähigkeit des Menschen zur Unmenschlichkeit erkennen. Sie kann und darf kein Mittel irgendeiner Konfliktlösung sein und bleiben», schrieb sie. Sie wurde sie jahrelang eingesperrt, später ermordet.

POLITISCHE KÜNSTLERIN

Käthe Kollwitz (1867–1945) ist eine der wenigen anerkannten Frauen in der Kunst und eine der wenigen, die eine klare politische Botschaft hatte. Sie zeigte in ihrem Leben und Werk stets ihre Solidarität mit den Schwachen der Gesellschaft und schaffte eine aufrüttelnde Anklage gegen Gewalt und Krieg.

ZUSAMMENGESTELLT VON JULIA KILLET UND YANNICK PASSEICK

DIE «URKATASTROPHE» – EIN IMPERIALISTISCHER KRIEG! Konferenz. Zum 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkriegs. Ursachen, Propaganda, aktuelle Geschichtsschreibung. 11. Juni. Berlin, Russisches Haus der Wissenschaft und Kultur.

DAS ENDE DES KALTEN KRIEGES UND DER WEG IN DIE DEUTSCHE EINHEIT Sichtweisen in europäischen Nachbarländern. Konferenz. Potsdam. 18. Juni. Mehr unter www.rosalux.de/event/50343.

LIEBKNECHT – KRIEGSKREDITE Szenische Lesung. Kooperation mit der Linksfraktion im Deutschen Bundestag. 28. August. Berlin, Deutscher Bundestag.

KRIEG UND FRIEDEN IN EUROPA IM 20. JAHRHUNDERT Kolloquium. Mit Positionierungen zu beiden Weltkriegen und deren Ursachen. Aktuelle Bezüge zu Europa und Weltfrieden. 29. August. Potsdam, Altes Rathaus.

WERNER SCHOLEM Lesung und Ausstellung. Präsentation jüngster Forschungsergebnisse. 13. September. Berlin, Salon der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

HISTORY DOES RHYME Konferenz. Vom Ersten Weltkrieg zur Herrschaft des Nationalsozialismus. 19.–21. September. Wuppertal, Die Börse.

25 JAHRE SED/PDS-SONDERPARTEITAG Konferenz. 29. November. Berlin.

AKTUELLE INFORMATIONEN
www.rosalux.de/geschichtsjahr2014

wissenschaftlich und politisch Produktives hervorgebracht: Ihre Schrift zwingt dazu, unentwegt das «kulturgeschichtliche Moment» im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess, «die kulturhistorische Verknüpfung zwischen Mensch und Natur» im Blick zu halten. Sie verlangt, kapitalistische Vergesellschaftung zugleich als «Zersetzung der europäischen Bauernwirtschaft und des Handwerks» und als «Zersetzung der verschiedensten primitiven Produktions- und Gesellschaftsformen in außereuropäischen Ländern» zu sehen. Diese «Zersetzung» geht mit Gewalt einher, ist Realisierung des Expansionsdranges des Kapitals. Luxemburgs Analysen zur «Kapitalherrschaft auf der Weltbühne» haben unter anderem gezeigt, wie sich der «ökonomische Stoffwechsel zwischen der kleinasiatischen, syrischen und mesopotamischen Bauernschaft und dem deutschen Kapital vollzieht» und wie in diesem Prozess eine konkrete Interessensphäre entsteht. Wie diese als Vorwand dient «für die weitere politische und wirtschaftliche Expansion des deutschen Kapitals in der Türkei». Und wie der Ausbau von Eisenbahnen und Warenverkehr wiederum zum Ruin «der asiatischen Bauernwirtschaft durch den Staat sowie der wachsenden […] Abhängigkeit des türkischen Staates vom europäischen Kapital» führt. Auch wer heute Globalisierung, Finanzialisierung und «imperiale Lebensweise» verstehen will, um sozialistische Strategien gegen das globalisierte Kapital zu erarbeiten, findet bei Luxemburg viel: nicht zuletzt einen kompromisslosen Internationalismus und die Überzeugung, dass Solidarität und politische Strategiearbeit Ressourcen wissenschaftlicher Erkenntnis sind. Mehr zum Thema findet sich im Internet unter www.rosalux.de/documentation/50128. *Judith Dellheim*

KATRIN SCHÄFGEN

BLINDE FLECKEN

KOLLEG WILL LINKE GESCHICHTE AUFARBEITEN

Für ein Promotionskolleg ab Oktober vergibt die Stiftung vier Promotions- und ein Habilitationsstipendium. Thematisch geht es um die Geschichte linker Politik in Deutschland jenseits von Sozialdemokratie und Parteikommunismus.

Bewerbungsschluss ist der 15. April. Mit dem Kolleg sollen die «blinden Flecken» der Geschichtsschreibung linker sozialer Bewegungen des Kalten Krieges, bei der in der Bundesrepublik und der DDR jeweils eine – die sozialdemokratische bzw. die kommunistische – Perspektive dominierte, aufgearbeitet werden. Diese Geschichtsschreibung brachte zwei Großerzählungen hervor, die sich wechselseitig ausgeblendet haben und sich bis heute kaum aufeinander beziehen. Um diesen Zustand zu überwinden, wird sich das Kolleg den Traditionen linker sozialer Bewegungen zuwenden. Die Einzelpromotionen sollen sich mit Themen wie Syndikalismus, Rätekommunismus, Trotzkismus, unorthodoxen KommunistInnen und ihrem Verhältnis zur Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), zur KPD, SPD und zu den Gewerkschaften, mit linken Intellektuellen in der Bundesrepublik, linker Dissidenz in Ost- und Ostmitteleuropa sowie der Entwicklung der Linken nach 1989 einschließlich der PDS und der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) beschäftigen. Dabei sollten alle Einzelprojekte nicht nationalstaatlich enggeführt werden, sondern eine europäisch vergleichende Perspektive einnehmen.

Das Kolleg soll eine differenzierte organisationszentrierte Betrachtung alternativer linker Bewegungen zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus im 20. Jahrhundert liefern und damit auch Möglichkeiten einer sich neu positionierenden Linken im 21. Jahrhundert aufzeigen – ein ambitioniertes Vorhaben, von dessen Ergebnissen nicht nur die Rosa-Luxemburg-Stiftung profitieren wird. Betreut wird es von Stefan Berger vom Institut für soziale Bewegungen an der Ruhr-Universität Bochum und von Mario Kessler vom Zentrum für zeithistorische Studien der Universität Potsdam. Sie werden sich thematisch eng mit HistorikerInnen in der Stiftung und deren Umfeld abstimmen.

Auch wird es eine enge thematische Definition der Einzelpromotionen sowie eine Anwesenheitspflicht der DoktorandInnen an den beteiligten Hochschulen in Bochum und Potsdam geben – Konsequenzen aus Erfahrungen mit dem ersten Promotionskolleg der Stiftung zum Thema «Demokratie und Kapitalismus». Es war bei Vernetzung, Themensetzung und Output hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Doch das Interesse an themengebundenen Promotionen wächst, sowohl in der Stiftung als auch in linken, akademisch geprägten Netzwerken. Denn sie bieten die Möglichkeit, Themen zu setzen, die etwa im Mainstream marginalisiert sind. Unter www.rosalux.de/studienwerk/promotionskolleg.html finden sich im Internet weitere Informationen zum Kolleg.

KATRIN SCHÄFGEN IST DIREKTORIN DES STUDIENWERKS DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

BERND HÜTTNER

KRITISCHER RUNDGANG

KONFERENZ ZUR GESCHICHTSPOLITIK IN BERLIN

Anfang Dezember fand in Berlin die Konferenz «History is unwritten» statt, Untertitel «Linke Geschichtspolitik und kritische Wissenschaft: Gestern, Heute und Morgen».

Es war ein Tag mit Vorträgen, Panels und Workshops, der von einer Text-Musik-Performance und einem kolonialismuskritischen Rundgang durch das Deutsche Historische Museum umrahmt wurde. Nach der Begrüßung unter anderem durch Till Sträter vom Arbeitskreis Loukanikos wies der Bereichsleiter Politik und Planung bei der Ver.di-Bundesverwaltung, Wolfgang Uellenberg, auf die große Bedeutung hin, die die Beschäftigung mit Geschichte für die Gewerkschaften haben sollte. Der Wiener Wissenschaftler David Mayer hielt die Keynote. Er promovierte über marxistisch inspirierte Geschichtsdebatten in Lateinamerika in den «langen 1960er» Jahren. In Berlin durchschritt Mayer in einem dichten Eröffnungsvortrag über 100 Jahre linke Geschichtsschreibung. Danach folgten weitere Vorträge. Cornelia Siebeck aus Berlin sprach über Möglichkeiten linker Gedächtnispolitik, Florian Grams (Hannover) über die Auseinandersetzung mit historischen Befreiungsbewegungen jenseits von Legendenbildung. Dominik Nagl (Mannheim) rief die Debatten im britischen Marxismus der 1970er Jahre in Erinnerung. Susanne Götze (Paris/Berlin) referierte über die historischen Analysen des französischen Philosophen Henri Lefebvre, Anton Tantner (Wien) über kritische Geschichtswissenschaft und ihre Rolle bei der Konstruktion einer europäischen Identität.

In allen Vorträgen wurden vor allem Theorien der New Left (Edward P. Thompson, Henri Lefebvre) und der Postmoderne (Francois Lyotard) debattiert. In Workshops stellten neun geschichtspolitische Initiativen ihre Arbeit vor, darunter Audioscript aus Dresden und «Berlin postkolonial». Auf dem Abschlussplenum diskutierten Bini Adamczak, Ralf Hoffrogge und Renate Hürtgen (alle Berlin) gemeinsame Fluchtlinien kritischer Geschichtspolitik. Hier schlug der innerlinke Pluralismus allerdings in Beliebigkeit um. Ein Erfolg war die Tagung dennoch: Mit mehr als 170 TeilnehmerInnen kamen doppelt so viele Interessierte wie von den VeranstalterInnen erwartet. Komplett ausgeblendet blieben leider die Handlungsspielräume und materiellen Grundlagen der kritischen HistorikerInnen, also Fragen der beruflichen oder anderweitiger Existenzsicherung, die als dunkle Seite kritisch-linken Engagements zumindest in den Individuen permanent präsent sind. Ob die Tagung wie angestrebt ein Brücke von der Wissenschaft zur Bewegung schlagen konnte, wird sich erst noch zeigen müssen. Ein Anfang ist auf jeden Fall gemacht. Wer Interesse an einer Fortsetzung hat, kann sich gerne per Mail an huettner@rosalux.de sowie unwrittenhistory@riseup.net wenden.

Mehr Infos und Publikationen zur Tagung unter **www.historyisunwritten.wordpress.com.**

BERND HÜTTNER IST REFERENT FÜR ZEITGESCHICHTE IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

«Deutsche Kriegsgefangene». Bild: Kris & Maël/Futuropolis

HOLGER POLITT

ENTTÄUSCHTE HOFFNUNG

ROSA LUXEMBURG UND DAS AUSBLEIBEN EINER REVOLUTION FÜR DEN FRIEDEN

Als überzeugte Kriegsgegnerin setzte Rosa Luxemburg noch am Vorabend des Ersten Weltkriegs auf die revolutionäre Aktion des Proletariats – eine Spurensuche in den Schriften der Sozialistin.

Ihre Überzeugung war unerschütterlich: Entweder wird der Kapitalismus aus der Welt geschafft, oder die Kriegsgefahr wird bleiben. Wie schwierig es sein würde, die kapitalistische Wirtschaftsordnung abzuschaffen, hatte Rosa Luxemburg im Verlauf der Revolution 1905/06 im Russischen Reich mehrfach unterstrichen. Zwar war in ihrem Verständnis dieser letzte Ausbruch der europäischen Revolutionen des 19. Jahrhunderts bereits durch umfassende Hegemonie der proletarischen Aktion gekennzeichnet, eine Besonderheit gegenüber den illusionsgeschwängerten Revolutionen im Westen Europas. Doch musste auch diese bereits weitgehend proletarisch geprägte Revolution letztlich im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft bleiben, weil die Eigentumsfrage noch nicht gestellt werden konnte.

Doch das Tor zu weitergehenden Aktionen schien ihr trotz der Niederlage in Russland weit aufgestoßen. Die zunehmende Kriegsgefahr in den Folgejahren in Europa nährte ihre Hoffnung, dass der nächste Revolutionsausbruch in der bürgerlichen Gesellschaft schneller kommen müsse und dann bereits weitergehende Fragen auf die Tagesordnung setzen werde. Im Mai 1911 schrieb sie: «Unsre Aufgabe besteht nicht bloß darin, die Friedensliebe der Sozialdemokratie jederzeit kräftig zu demonstrieren, sondern in erster Linie darin, die Volksmassen über das Wesen des Militarismus aufzuklären und den prinzipiellen Unterschied zwischen der Stellung der Sozialdemokratie und derjenigen der bürgerlichen Friedensschwärmer scharf und klar herauszuheben. […] Die Friedensfreunde aus bürgerlichen Kreisen glauben, dass sich Weltfriede und Abrüstung im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung verwirklichen lassen, wir aber […] sind der Überzeugung, dass der Militarismus erst mit dem kapitalistischen Klassenstaate zusammen aus der Welt geschafft werden kann.» (Gesammelte Werke, Band 2, S. 492f.)

Hier scheint die Überzeugung durch, das europäische Proletariat sei bereits gereift, das geschichtliche Werk zu vollbringen. Dass die Zeit dafür wahrscheinlich sehr viel kürzer sei, als viele meinten, hänge damit zusammen, dass nur noch das Proletariat selbst in der Lage sei, die in den Klassenkämpfen des 19. Jahrhunderts gewonnenen Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft zu verteidigen – allerdings nun nicht mehr innerhalb der Grenzen der bürgerlichen Gesellschaft. Fast nahtlos knüpft Rosa Luxemburg im Jahr 1913

«Verwundeter französischer Soldat»
Bild: Kris & Maël/Futuropolis

an Erfahrungen an, die sie in der Revolution im Russischen Reich mit dem Scheitern des bürgerlichen Liberalismus machen konnte. Ihre damalige Diagnose: Zwei Lager stünden sich gegenüber, das der Arbeiterrevolution und das der Gegenkräfte. So stelle sich eine klare Alternative; der historische Entscheidungskampf sei näher gerückt. Luxemburg im Mai 1914: «Es ist […] eine gefährliche Illusion, sich einzubilden, dass irgendwelche diplomatischen Bündnisse Garantien des Friedens sein können. Alle Bündnisse haben nur den Zweck, irgendeinen Außenstehenden desto besser abmurksen zu können. Wenn wir Klarheit schaffen wollen, müssen wir betonen, dass keine Bündnisse der kapitalistischen Staaten imstande sind oder auch nur den Zweck haben, den Frieden zu sichern. Das einzige Bündnis, das den Weltfrieden sichern kann, ist die Weltverbrüderung des internationalen Proletariats.» (GW, Bd. 3, S. 450)

Eine solche Verbrüderung aber lasse sich nur durch die revolutionäre Aktion herstellen, so wie die zwischen dem russischen und dem polnischen Proletariat im Russischen Reich nach dem Ausbruch der Revolution im Januar 1905. Noch im Juli 1914 klingt Rosa Luxemburgs Diagnose alles andere als resigniert: «Der Dreibund hat sich diesmal genauso ohnmächtig gezeigt, einen österreichischen Kriegsvorstoß zu verhindern, wie er vor drei Jahren außerstande war, Italien vor dem blutigen Abenteuer in Tripolis zurückzuhalten. […] Fragt man freilich, ob die deutsche Regierung kriegsbereit sei, so kann die Frage mit gutem Recht verneint werden. Man kann den kopflosen Leitern der deutschen Politik ruhig zugestehen, dass ihnen in diesem Augenblick jede andere Perspektiv in lieblicherem Lichte erscheint als die, um des habsburgischen Bartes willen alle Schrecken und Wagnisse des Krieges mit Russland und Frankreich oder gar am letzten Ende mit England auf sich zu nehmen. Diese Kriegsunlust ist aber […] ein Grund mehr, das Treiben dieser unverantwortlichen Lenker der deutschen Geschicke vor das strengste Gericht der Volksmassen zu ziehen. Denn was hat mehr zu der heutigen Kriegslage beigetragen als das wahnwitzige Rüsten, als die ungeheuren Militärvorlagen, die in Deutschland in den letzten Jahren förmlich einander jagten?» (GW, Bd. 3, S. 476 f.)

Einhundert Jahre später ist die Welt weder von Kriegsgefahr noch Rüstungswahn befreit. Militärische Bündnisse ließen sich noch immer auf ähnliche Weise beschreiben. Allein die welthistorische Alternative, von der Rosa Luxemburg sich leiten ließ, ist verschwunden. Der Zusammenbruch des sowjetischen Staatssozialismus in Europa ist unwiderruflich, das «sozialistische Weltsystem» passé. Luxemburgs damalige Vision war ohnehin weiter gefasst; ein Sozialismus, der der Weltentwicklung hinterherlaufen muss, war ihr nicht vorstellbar.

So bleibt uns die Friedensfrage, die nun vorerst innerhalb einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung gelöst werden muss, die in allen Weltteilen ohne Ausnahme immer kräftiger ihre Wurzeln ausbildet. Diese Möglichkeit hatte Rosa Luxemburg seinerzeit ausgeschlossen. Zu den verlässlichsten StreiterInnen für die Friedensfrage sind unterdessen jene von ihr belächelten «bürgerlichen Friedensschwärmer» geworden, die mit ihrer entschiedenen pazifistischen Grundhaltung aus der Friedensproblematik heute gar nicht wegzudenken sind. Viel skeptischer indes – und das nun wieder korrespondiert sehr mit Rosa Luxemburgs Überzeugungen – fällt der Blick auf jede Art geopolitischer Machtspiele aus, gleich ob in Washington, Brüssel, Peking oder Moskau.

HOLGER POLITT IST REFERENT FÜR EDITORISCHE UND HISTORISCHE ARBEIT ZU ROSA LUXEMBURG IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

THERESE WENZEL

IMPERIALISMUS – LETZTER AKT?

WIE LANDRAUB UND FREIHANDEL AUCH HEUTE NOCH ZUSAMMENHÄNGEN

Kolonialer Landraub ist ohne Freihandel nicht denkbar. Wie beides miteinander verknüpft ist, beschrieb Rosa Luxemburg bereits am Vorabend des Ersten Weltkrieges.

Seit einem guten Jahrzehnt wird Land weltweit im großen Maßstab umverteilt. Bestätigt wurden über eintausend transnationale Geschäfte mit Ländereien größer als 200 Hektar seit dem Jahr 2000. Allein daraus ergeben sich veränderte Landnutzungsrechte auf einer Fläche von über 35 Millionen Hektar – das Doppelte der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Bundesrepublik.

Für die Umverteilung sind weder Landreformen noch ein supranational abgestimmtes Programm die Ursache, sondern der ungebremste Kapitalfluss. Wer sind die neuen Junker, und woher kommt ihr gewachsenes Interesse an der Ackerkrume? Nach dem durch die US-Immobilienkrise 2007 ausgelösten Finanzcrash wandten BankerInnen sich von mehrfach geschnürten und weitergereichten Versicherungspapieren ab und Nahrungsmitteln sowie den dafür wichtigsten Produktionsmitteln Land und Wasser zu. Weil einerseits die natürlichen Ressourcen zur Nahrungsmittelproduktion begrenzt sind und andererseits die durch Technologie erzielten Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft immer geringer ausfallen, scheint die mittel- wie langfristige Preis- und Wertsteigerung landwirtschaftlicher Flächen gewiss. Die Prognose einer weiter wachsenden Weltbevölkerung wurde von einer Bedrohung zur Verheißung für InvestorInnen. Ob Nahrungsmittelspekulation oder Investitionsfonds, mit denen AnlegerInnen gezielt in Agrarkonzerne investieren, die Finanzjongleure schwangen sich in wenigen Jahren zu den Junkern des 21. Jahrhunderts auf. Transnationale Unternehmen der Agrar- und Lebensmittelindustrie erhalten seither immense Summen an Investitionskapital, das sie schlagkräftig zur Aneignung von Land- und Wasserressourcen einsetzen.

Die gewaltvolle Aneignung von natürlichen Ressourcen wie Land und Wasser (aber auch von fossilen Mineralen, Öl und Gas) ist keine neue Geschichte. Die koloniale ökonomische Unterwerfung, verbunden mit einer rassistischen Ideologie, hatte ihren Ausgangspunkt in der Expansion kapitalistischer gegenüber nicht-kapitalistischen Staaten. Heute geben sich westliche Regierungen hingegen mehr als Verwalter denn als unmittelbare Akteure des Landraubs. Dagegen sind die Golfstaaten und China mit dem Ziel der nationalen Ernährungssicherung im Mantel halbstaatlicher Unternehmen auf die globale Arena getreten. Doch die neuen Herren der Welt sind zweifelsohne die Führungsriegen der transnationalen Konzerne. Sie verzichten vordergründig auf einen rassistischen Diskurs zur Legitimation ihrer Unternehmensexpansion. Das ökonomische Argument allein reicht aus, wenn Agrarkonzerne ihre Produktion zur unterstellten Steigerung globaler Wohlfahrt auf vermeintlich ungenutztes Land ausweiten. Vermeintlich, weil Land- und Wasserressourcen fast überall ökonomisch genutzt werden und lediglich der Grad der Sichtbarkeit – die Nutzungsintensität – variiert. So entpuppt sich die Behauptung, durch erhöhte Produktion für den Weltmarkt zu globaler Gerechtigkeit beizutragen, als Heuchelei, die andere Produktionsmodelle, ja ganze Lebensweisen als überflüssig diskriminiert. Der gegenwärtige Ausverkauf von Land ist mit Grundprinzipien wie Wahlfreiheit von landwirtschaftlichen ProduzentInnen oder Minderheitenschutz nicht zu vereinbaren. Wenn die Produktion und der Handel einerseits und die kapitalistische Expansion auf bisher noch nicht durchkapitalisierte Produktionsstandorte andererseits zwei Seiten derselben Medaille sind, dann erhält die Aneignung von Ländereien erst durch den Freihandel ihren Sinn. Doch unterliegt dieser sogenannte Frei-Handel von Anfang an einer Asymmetrie: historisch befeuerte ab 1870 gerade die Zollpolitik die koloniale Expansionsfreude, was den Freihandel in Rosa Luxemburgs Worten «zur spezifischen Form der Schutzlosigkeit nicht-kapitalistischer Länder gegenüber dem internationalen Kapital» machte. Kurz gesagt: Ohne uneingeschränkten Verkehr von Kapital und Waren bei einer gleichzeitigen globalen Asymmetrie gäbe es keinen transnationalen Landraub. Denn wenn

«Der Welthandelsorganisation kommt international die Rolle der Handelspolizei zu.»

indische Unternehmen in Kenia Produktionsstandorte eröffnen, müssen sie sicher gehen können, dass ihnen weder der kenianische Staat mit hohen Pachtpreisen und Exportzöllen das Geschäft versaut, noch dass die EU sich ihren «fair gehandelten» Rosen verwehrt.

Die UN-Institutionen haben die ungleiche Durchsetzung des Freihandels bisher nicht verhindert. Der WTO kommt international die Rolle der Handelspolizei zu. Viele Länder des globalen Südens, die seit langem die Herauslösung der Agrarproduktion aus den laufenden WTO-Verhandlungen fordern, haben mit dem Abschluss der WTO-Runde im Dezember 2013 in Bali eine Niederlage eingefahren: Investitionsschutzabkommen sichern transnationalen Unternehmen auch zukünftig freie Fahrt. Internationale Übereinkommen wie beispielsweise die Freiwilligen Leitlinien zum verantwortlichen Umgang mit Landbesitz, Wäldern und Fischereiressourcen sind zahnlose Tiger. Vertreibung und Verdrängung verhindern sie nicht. Der international verhandelte Prozess von gemeinsamen Regeln hechelt den Landgeschäften doch immer nur hinterher und Sanktionsmöglichkeiten sind als solche gar nicht vorgesehen.

Wie lange lässt sich der Landraub noch fortsetzen, bis jede Ackerkrume im Besitz globaler Konzerne ist? Schätzungen gehen davon aus, dass bereits jetzt bis zu 30 Prozent des weltweiten Ackerlandes geraubt wurden. Die anhaltende Durchkapitalisierung natürlicher Ressourcen ist Ausdruck der unendlichen Innovationskraft des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells. Hier irrte Rosa Luxemburg, als sie schrieb, ihr erscheine «gemessen an der gewaltigen Masse des bereits akkumulierten Kapitals der alten kapitalistischen Länder, gemessen an dem bereits erreichten hohen Grad der Entfaltung der Produktivkräfte des Kapitals, das seiner Expansion noch verbleibende Feld als ein geringer Rest».

THERESE WENZEL IST TRAINEE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG UND DERZEIT IM AUSLANDSBÜRO OSTAFRIKA IN DAR ES SALAAM TÄTIG

ANKE HOFFSTADT

BRUTALE BASIS

NACH KRIEG UND NOVEMBERREVOLUTION ERSTARKTE DIE RADIKALE RECHTE

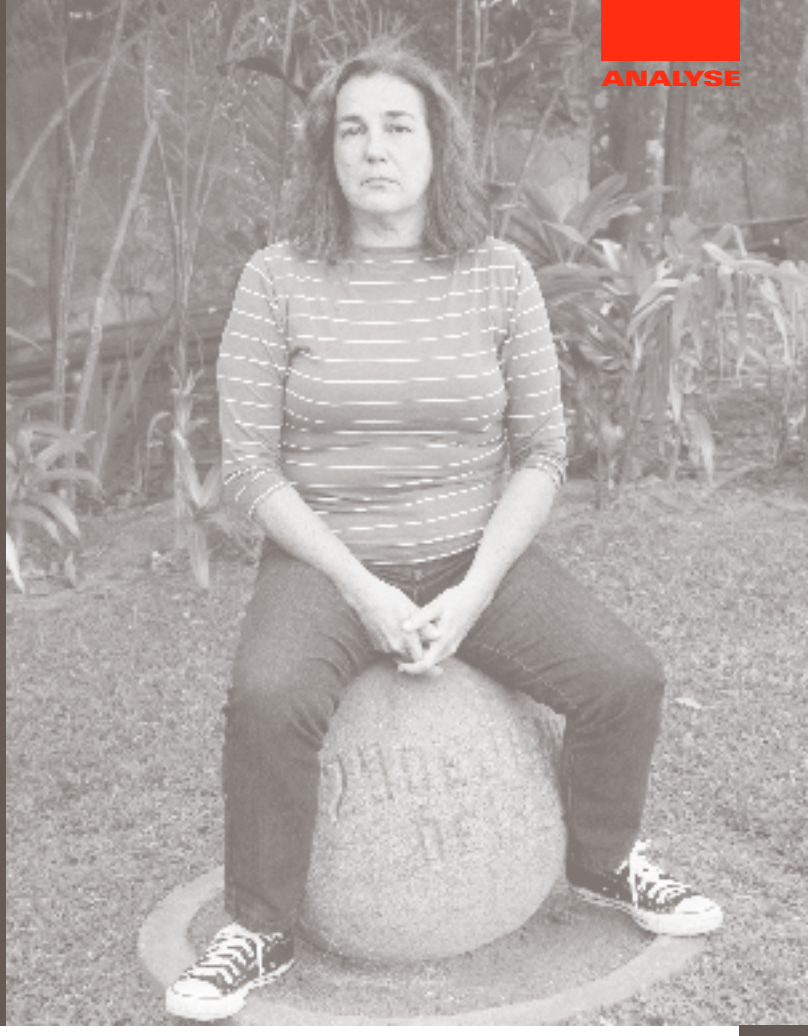
Der totalisierte Krieg von 1914 bis 1918 hinterließ Menschen, die zutiefst traumatisiert und in Teilen brutalisiert waren. Töten und Todesgefahr waren nicht länger Bestandteile eines fiktiven, abstrakten Lebens. Nahezu alle hatten sie am eigenen Leib erfahren. Wie «Schuld» und «Opfer» ist «die Ehre des deutschen Soldaten» ein Begriff, der schon nach Ende des Ersten Weltkrieges das Bild und Selbstbild vom Soldaten formte. Zu den deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges haben HistorikerInnen viel über totalisierte Gewalt, Mord auf Befehl und über Handlungsspielräume geschrieben. Krieg wurde dabei oft als Ort mit eigenen Spielregeln der Gewalt interpretiert. In der Umkehr des Tötungsverbots oder etwa auch durch die Bindungskraft der «peer group» in der soldatischen Gemeinschaft habe der Zweite Weltkrieg die Soldaten brutalisiert und «kriegsbedingte» Gewalthandlungen in Exzesse kippen lassen. Sozialpsychologische Erklärungen liegen aber nur scheinbar nahe. Fragen nach der ideologischen Grundausrüstung von Wehrmachtssoldaten auf ihrem mörderischen Weg vor allem an der Ostfront bleiben bis heute weithin ungestellt oder sind in der bürgerlichen Geschichtsschreibung die Ausnahme. Doch Ideologie fällt zumeist nicht vom Himmel. Sie hat Geschichte. Umso erstaunlicher ist, dass bislang eher selten gefragt wurde, wie denn der längerfristige Erfahrungs- und Erinnerungsrahmen eigentlich aussah, den die Kriegsteilnehmer des Zweiten Weltkrieges und ihre Angehörigen im Gepäck hatten. Denn der letzte Krieg, die «Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts» (George F. Kennan) war 1939 gerade einmal 21 Jahre her. Über dessen Ende hinaus empfanden sich vor allem die Frontsoldaten des Ersten Weltkriegs als Schicksalsgemeinschaft, die industrialisierte Schlachten und die Stellungskämpfe, Elend und Tod überwunden hatte. Sich nach Kriegsende nicht enttäuscht von diesem Gemeinschaftsmodell abzuwenden, sondern vielmehr verstärkt der «Nation» die Treue zu halten, wirkte wie Kitt und vermochte für einige Betroffene die Zeit rückwirkend mit Sinn zu füllen.

Der opferbereite, positive und nationalistische Bezug auf Deutschland – nicht: auf die Republik! – sollte sich durch den Versailler Friedensvertrag von 1919 verfestigen. In der Wahrnehmung der ZeitgenossInnen bürdete die von den Siegern diktierte vermeintliche «Schmach von Versailles» den Besiegten die Schuld am Weltkrieg auf. Ehrverlust und Demütigung waren die Schlagwörter der Stunde. Die radikal rechte, nationalistische Interpretation des verlorenen Krieges fand ihrerseits die Schuldigen für Kriegsniederlage und Novemberrevolution 1918: Sozialisten und Kommunisten. Für Konservative und Deutschnationale waren sie die Feinde, die als «vaterlandslose Gesellen» mit ihren internationalistischen Ideen der Nation endgültig den Garaus zu machen drohten. Sie hätten den Sieg der kaiserlichen Armee verhindert und die Demütigung der Kriegsverlierer ausgelöst – die Legende vom «Dolchstoß» war in der Welt. Antisozialismus und Antikommunismus erfuhren aber noch eine folgenreiche Erweiterung. Bei den «Vaterlandsverrätern» wollten die Rechten nur allzu häufig «jüdische Verschwörungen» erkannt haben. Sie weckten antisemitische Phantasien vom «Kriegsgewinnler» und «Drückeberger». Die nationalsozialistische Propaganda bediente schon bald alle diese Befindlichkeiten in Permanenz: Mit dem Versprechen, den Versailler Vertrag zu revidieren, sollten Gefühle von Schuld, Ehrverlust und Demütigung wettgemacht werden. Als höchstes Gut und Ideal galt die «Volksgemeinschaft». Die Feindbildstereotypien vom «Novemberverbrecher» und «jüdischen Bolschewisten» waren allgegenwärtig.

Die Schlaglichter zeigen, dass der Erste Weltkrieg für die Entwicklung des Nationalsozialismus eine kaum zu unterschätzende Bedeutung hatte. Noch 1943 argumentierte Heinrich Himmler mit dem Ersten Weltkrieg und dem «Stadium des Jahres 1916/17» für die Notwendigkeit der «Endlösung». In seiner Rede vor SS-Führern in Posen (heute Poznan) bezeichnete er den Mord an den Juden als ein «niemals geschriebenes und niemals zu schreibendes Ruhmesblatt» deutscher Geschichte, weil man nur so einen zweiten Dolchstoß durch «Geheimsaboteure, Agitatoren und Hetzer» verhindern könne. Mit überzeitlichen, sozialpsychologischen Motiven für die massenmörderische Gewalt der deutschen Wehrmachts-, SS- und Polizeieinheiten ist hierzu nichts hinreichend erklärt. Der Nationalsozialismus war kein Betriebsunfall, folgte auch keinem «Naturgesetz» oder betörte willenlos Verführbare. Sicher: Nicht jeder Frontsoldat des Ersten Weltkriegs wurde Nationalsozialist. Der größte Veteranenverband der 1920er Jahre war das sozialdemokratische «Reichsbanner Schwarz Rot Gold». AntifaschistInnen traten den radikalen Rechten mutig entgegen und leisteten unter Lebensgefahr Widerstand. Auch sie hatten die Kämpfe im Schützengraben erlebt, waren aber zu ganz anderen Schlüssen gekommen. Dennoch: Der Erste Weltkrieg war, diesen antimilitaristischen Gegenmodellen zum Trotz, eine starke «Maschine zur Brutalisierung der Welt» (Eric Hobsbawm). Er nutzte der radikalen Rechten als anschlussfähige Großerzählung von soldatischer «Ehre» und «Unbesiegbarkeit im Feld». Wie Hobsbawm weiter schreibt, wurde ihr «Erfolg» auch von jenen nationalistisch eingestellten Soldaten und jungen Männern getragen, «die nicht vergessen konnten, dass man sie mit dem Ende des Kriegs auch ihrer Chancen zum Heroismus beraubt hatte».

ANKE HOFFSTADT IST HISTORIKERIN UND AN DER HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT DÜSSELDORF TÄTIG

«NOTRE MÈRE LA GUERRE» So nennt sich eine Comicreihe der französischen Künstler Kris und Maël, der die Bilder zu unserem Thema entstammen. Vier Bände sind im Pariser Verlag Futuropolis erschienen (www.futuropolis.fr), im Juni kommt im Splitter Verlag eine deutsche Übersetzung heraus. Eine Ausstellung der Comics ist gegenwärtig in München, ab 11. April in Hamburg und ab 3. Mai in Hannover zu sehen. Die Exposition «Tout le monde kaputt» im dortigen Pavillon wird auch von der Landesstiftung Niedersachsen unterstützt. Konzipiert wurde sie von der Historikerin Susanne Brandt von der Uni Düsseldorf zusammen mit dem «Historial de la Grande Guerre» in Péronne. Wir danken Frau Brandt für die Bereitstellung der Motive.



1968 2012

Jana Moroni Barroso. Geboren1948 in Fortaleza. Mitglied der Jugendgruppe der PCB, für die Untergrund-Presse der Partei zuständig. Schloss sich schließlich der Guerilla an. Wahrscheinlich ist sie am 11.2.1974 gestorben, gefesselt und fast unbekleidet in einen Sack gesteckt.

STEPHAN KUHN/PEER STOLLE

UNTERSTÜTZER IM DUNKELN

EIN ZWISCHENRESÜMEE NACH 80 TAGEN PROZESS UM DIE MORDSERIE DES NSU

In dem nunmehr neun Monate andauernden NSU-Prozess dürften wesentliche Teile der Beweisaufnahme abgeschlossen sein. Die erhobenen Beweise hinsichtlich der rassistischen Morde, des Anschlags auf die Polizeibeamten in Heilbronn sowie der Brandstiftung in der Frühlingsstraße bestätigen die Anklage im Großen und Ganzen.

Angesichts der Aktenlage ist auch davon auszugehen, dass die noch nicht verhandelten Sprengstoffanschläge in Köln sowie die diversen Banküberfälle dem NSU nachgewiesen werden können. Das Ziel, Struktur und Taten des NSU umfassend aufzuklären verfehlt der Prozess demgegenüber bislang. Die Angeklagten Carsten S. und Holger G., die sich bereits im Ermittlungsverfahren eingelassen hatten und dafür mit der Aufhebung der Haftbefehle und Aufnahme im Zeugenschutzprogramm des BKA belohnt worden waren, haben auch in der Hauptverhandlung Angaben zu den gegen sie erhobenen Vorwürfen gemacht. Beide spielen dabei ihre Rolle völlig herunter, haben aber eingeräumt, im Auftrag Wohllebens für das Trio Waffen besorgt und an das Trio übergeben zu haben, wobei es sich bei der von S. beschafften Ceska um die mit einem Schalldämpfer versehene Tatwaffe der rassistischen Mordserie gehandelt hat.

Darüber hinaus hat S. auch Angaben zu einem weiteren Sprengstoffanschlag gemacht, der bisher nicht dem NSU zugerechnet worden ist. Im Jahr 2000 kam es zu einem Sprengstoffanschlag in einer von einem Migranten betriebenen Gaststätte in Nürnberg. Gegenüber Carsten S. haben sich Mundlos und Böhnhardt damals zu dieser Tat bekannt. Schultze hat auch gesagt, dass einer der beiden Uwes dem Angeklagten Wohlleben gegenüber im Rahmen eines Telefongespräches mitgeteilt hat, dass die Abgetauchten jemanden angeschossen hätten. Diese Aussage belegt nicht nur, dass Sch. und Wohlleben wussten, was die Drei vorhatten, sondern auch, dass zumindest Böhnhardt und Mundlos relativ offen über die von ihnen begangenen Anschläge geplaudert haben. Es ist daher davon auszugehen, dass noch weitere Personen aus ihrem Umfeld Kenntnis von den Straftaten des Trios hatten.Beate Zschäpe, Ralf Wohlleben und André E. verweigern erwartungsgemäß die Aussage.

Neun migrantische Kleingewerbetreibende sind dem NSU zum Opfer gefallen. Mehrere Zeugen konnten sich an jeweils zwei auffällige Radfahrer erinnern, die an den jeweiligen Tatorten gesehen wurden und auf die die Beschreibung von Mundlos und Böhnhardt passten. Die Beweisaufnahme machte deutlich, dass die Morde kaltblütige Hinrichtungen waren: Die Mörder betraten die Tatorte und schossen sofort mehrfach auf den Kopf ihrer Opfer. Die Zurechnung der Taten zum NSU erfolgt aber vor allem durch das verschickte NSU-Bekennervideo und die in der Brandruine des Hauses

«GRUNDSTEIN FÜR AUFARBEITUNG»

INITIATIVE NSU-WATCH BETREIBT UNABHÄNGIGE PROZESSBEOBACHTUNG

Im Herbst erhielt das Medienprojekt «NSU-Watch» den Otto-Brenner-Preis für kritischen Journalismus. Die von der Stiftung geförderte Initiative veröffentlicht ausführliche Berichte jedes Prozesstages (www.nsu-watch.info). Ein Gespräch mit dem Journalisten Sebastian Schneider.

Warum gibt es NSU-Watch?
Schneider: NSU-Watch ist als Initiative antifaschistischer Projekte entstanden, weil wir meinen, dass eine unabhängige antirassistische und antifaschistische Begleitung der Untersuchungsausschüsse zum NSU und des Münchner NSU-Prozesses sowie weitere Recherchen nötig sind. Es geht uns auch darum, institutionellen und gesellschaftlichen Rassismus zu thematisieren, die Rolle des Staates, etwa durch die V-Personen-Praxis, aufzuklären und das Netzwerk des NSU zu beleuchten. Das politische und ideologische Umfeld umfasst viel mehr Personen als die fünf in München Angeklagten. Der NSU war eingebettet in die militante Neonazi-Szene in Deutschland.
Wie sieht eure Arbeit aus?
Schneider: Wir sind an jedem Verhandlungstag im Münchener Gerichtssaal und veröffentlichen online möglichst umfassende Protokolle des Prozessgeschehens, die auch ins Türkische übersetzt werden. So soll das, was im Prozess geschieht, für die Zukunft erhalten bleiben, auch um es für politische Interventionen nutzen zu können. NSU-Watch arbeitet zum größten Teil ehrenamtlich. Dennoch kosten eine professionelle Prozessbeobachtung, Recherchen und Organisation auch Geld. Da wir keine andere Finanzierung haben, ist jede Spende willkommen.
Wie beurteilt ihr die Arbeit der Medien im Prozess?
Schneider: Ambivalent. Zumindest einige Medien berichten immer noch ausführlich vom Prozess, allerdings sind viele Presseplätze leer, wenn es in die Niederungen der Details geht, dagegen übervoll, wenn zum Beispiel die Eltern von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt aussagen. Viele Medien arbeiten sich zu sehr an Beate Zschäpe ab und schenken den anderen Angeklagten, vor allem Ralf Wohlleben und André Eminger, zu wenig Beachtung. Außerdem gibt es immer weniger begleitende Recherchen zum NSU-Komplex.
Welche Erwartungen habt ihr an den Prozess?
Schneider: Der Prozess kann den NSU-Komplex nicht in seiner Gesamtheit aufklären, weil er auf strafrechtlich Relevantes fokussiert ist. Dennoch kann auch im Prozess Neues ans Licht kommen, wie der so genannte «Taschenlampenanschlag» des NSU in Nürnberg zeigt.
Was kann eine unabhängige Prozessbeobachtung leisten?
Schneider: Wir hoffen, einen Grundstein zu legen für eine zukünftige, unabhängige Aufarbeitung des NSU-Komplexes. Wie diese aussehen könnte, ist offen. Liz Fekete vom Londoner Institute of Race Relations hat zum Beispiel die Möglichkeit einer unabhängigen Untersuchungskommission in den Raum gestellt.

FRAGEN: FRITZ BURSCHEL

in der Frühlingsstraße in Zwickau gesicherten Funde. Hier wurden ein Computer mit dem fertigen Bekennervideo des NSU sowie Vorversionen, Ausspähnotizen zu den Tatorten, zahlreiche Waffen und Sprengstoff, die Handschellen, die der ermordeten Polizistin Kiesewetter und ihrem Kollegen abgenommen wurden, sowie Bekleidung mit Spuren von Tatorten sichergestellt. Es wurde deutlich, dass Beate Zschäpe sich im Alltagsleben zwischen all diesen Beweismitteln bewegt hat und diese gesehen haben muss. Sie hat den Computer benutzt, auf dem das Bekennervideo bearbeitet wurde und Fingerabdrücke auf Zeitungsausschnitten, die die Anschläge betrafen, hinterlassen. Weitgehend abgeschlossen ist auch die Beweisaufnahme zu Heilbronn. Auch dort wurden in Tatortnähe zwei Radfahrer gesichtet. Ein auf den Namen von Holger G. angemietetes Wohnmobil wurde wenige Minuten nach der Tat auf einer Ausfahrtsstraße aus Heilbronn festgestellt. Offen bleibt aber weiterhin das Motiv und die Opferauswahl. Warum fand nach den Morden in Dortmund und in Kassel im April 2006 die rassistische Mordserie ihr Ende, warum wurden jetzt Polizeibeamte zur Zielscheibe und warum blieb es bei dem singulären Anschlag?
Der Prozess hat auch den durchgehend rassistischen Charakter der bisherigen Ermittlungen bestätigt. Die Polizeibehörden ermittelten fast ausschließlich im Opferumfeld und suchten nach Spuren in die Organisierte Kriminalität, zur Mafia, zum Drogenhandel. Selbst Beziehungsprobleme wurden als Tatmotiv nicht ausgeschlossen; als ob jemand eine Mordserie aus Eifersucht begehen würde. Spuren in Richtung rechte Szene und rassistisches Motiv wurden geflissentlich ignoriert. Rassistische Vorurteile wurden allerdings nicht nur im Zusammenhang mit der Ceska-Mordserie offenbar, sondern auch bei dem Anschlag in Heilbronn. Auch dort gerieten schnell Migranten ins Visier der Ermittlungen. In den Polizeiberichten werden jahrelang «Neger» und «Zigeuner», die sozialisationsbedingt zum Lügen neigen würden, erwähnt, ohne dass jemand Anstoß an dieser rassistischen Wortwahl genommen hätte. Kaum Fortschritte konnten bisher in Bezug auf die Aufklärung des Umfeld des Trios gemacht werden. In den letzten Monaten wurden zahlreiche Nazizeugen geladen. Einige von ihnen haben ganz geschwiegen, andere haben Erinnerungslücken vorgeschoben, die rechte Szene und ihre Gewaltaffinität beschönigt und/oder schlicht gelogen. Leider sind die meisten Zeugen damit durchgekommen. Zwangsmaßnahmen wurden weder von der Bundesanwaltschaft beantragt noch von dem Senat angeordnet.
Der fehlende Aufklärungswille der Bundesanwaltschaft manifestiert sich im gesamten Verfahren. Ihr Erkenntnisinteresse reduziert sich auf die fünf Angeklagten und den in der Anklageschrift behaupteten Sachverhalt. Fragen der NebenklägervertreterInnen zum Umfeld des Trios und rechten Strukturen in Tatortnähe tritt die BAW entgegen. Auch gegen die Beiziehung weiterer für die Aufklärung notwendiger Akten sperrt sie sich massiv, etwa der Akten aus dem Verfahren gegen den damaligen Mitarbeiter des Hessischen Verfassungsschutzes, Andreas T., der sich zur Tatzeit am Kasseler Tatort aufhielt. Aufklärung sieht anders aus.

STEPHAN KUHN UND PEER STOLLE SIND RECHTSANWÄLTE UND VERTRETEN BEIM NSU-VERFAHREN IN MÜNCHEN ZWEI NEBENKLÄGER

WIM ZIMMER

STREIT AUF HÖCHSTER EBENE

DIE ROLLE DER EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK IN DER FINANZKRISE

Seit die Europäische Zentralbank (EZB) im Jahr 2012 erklärte, notfalls die Staatsanleihen kriselnder Eurostaaten aufzukaufen, hat sich die Lage der europäischen Staatsfinanzen beruhigt. Doch vor allem aus Deutschland kommt Kritik an der Maßnahme. Was steckt hinter dem Streit um die EZB?

Die Eurokrise ist vorüber, heißt es. Stimmt das? Nicht ganz. 20 Millionen offiziell Arbeitslose gibt es in der Eurozone, insbesondere in Südeuropa nimmt die Armut weiter zu, ebenso die Staatsschulden. «Vorbei» ist die Krise nur in einem Sinne: Die Zinsen für Staatsanleihen sind gesunken. Länder wie Spanien können wieder Kredite aufnehmen und sind nicht akut von Pleite bedroht. Dieser Erfolg ist nicht das Verdienst der harten Spar- und Kürzungspolitik, sondern der EZB. Gegen ihre Politik wird in Deutschland jedoch geklagt. Der Fall liegt nun vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH). Er zeigt exemplarisch den Widerspruch des gesamten Euro-Konstrukts. Dieser Widerspruch lebt weiter – und kann jederzeit in eine neue Krise führen.

Ein Blick zurück: Nach dem Schuldenerlass für Griechenland 2011 flammte die Eurokrise erneut auf und griff auf Spanien über. Sie verlangten höhere Risikoprämien für Kredite an Madrid. Die spanische Regierung musste für frisches Geld immer mehr Zinsen bezahlen – was sie aus Sicht der Finanzanleger noch weniger kreditwürdig machte. So stiegen die Zinsen weiter, ein sich selbst verstärkender Zirkel. Zwar gab es inzwischen den Euro-Rettungsschirm ESM, von dem sich Madrid zur Not Geld hätte leihen können. In diesem Falle allerdings wären die Mittel des ESM weitgehend ausgeschöpft gewesen. Ein Land wie Italien mit knapp 2.000 Milliarden Euro Staatsschulden hätte er nicht mehr stützen können. Deshalb ereilte das «Misstrauen der Märkte» Rom, die Zinsen stiegen auch für Italien. Es drohte die Pleite des Landes und damit das Auseinanderbrechen der Eurozone. Dann griff die EZB ein. Am 26. Juli 2012 sprach ihr Chef Mario Draghi die magischen Worte: «Wir werden alles tun, um den Euro als stabile Währung zu erhalten – und glauben Sie mir, es wird genug sein.» Die Folge: Die Zinsen sanken, die Eurokrise war vorerst beendet.

Draghi hatte den Anlegern ein großes Versprechen gegeben: Im Notfall kauft die EZB Staatsanleihen von Euro-Krisenstaaten. Anders gesagt: Jeder Anleger kann beruhigt Rom oder Madrid Geld leihen und dafür eine Anleihe erwerben. Denn notfalls kann er diese Anleihe an die EZB verkaufen. Anfang September 2012 präsentierte die EZB offiziell ihr Programm OMT («Outright Monetary Transaction») zum Kauf der Anleihen. Damit ersetzte sie das verlorene Vertrauen in die Kreditwürdigkeit der Regierungen durch ihre Garantie. Denn die EZB kann nach eigenem Ermessen Geld produzieren, ist also immer zahlungsfähig. Kaum hatte sich die Krise beruhigt, wurde Kritik laut, vor allem in Deutschland. Sie mündete in eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG). Zu den Klägern gehört unter anderem der CSU-Politiker Peter Gauweiler. Auch die Bundesbank trat als «Zeugin» gegen die EZB auf. Im Kern argumentiert die Bundesbank

EZB-Chef Draghi und Bundeskanzlerin Merkel in einem Graffito an der Baustelle der Zentralbank in Frankfurt/Main. Foto: loop_oh/flickr, CC-BY-ND

Mehr Analysen und Kommentare zur Wirtschaftspolitik unter **www.mdb-michael-schlecht.de**

MICHAEL SCHLECHT

BILLIONENVERLUST FÜR BESCHÄFTIGTE

DEUTSCHLAND BRAUCHT HÖHERE LÖHNE STATT EXPORT-FIXIERUNG

Deutschland ist Überschussweltmeister – über 165 Milliarden Euro mehr Dienstleistungen und Waren gingen 2013 in den Export als im Gegenzug importiert wurden. Seit Einführung des Euros explodieren die Exporte.

Die Importe hielten aufgrund der schwachen Binnennachfrage dagegen nicht mit. Von 2000 bis 2014 wird Deutschland einen Exportüberschuss von 1,8 Billionen Euro erzielt haben. Er muss von den anderen Ländern finanziert werden. Ohne hinreichende eigene Exportmöglichkeit müssen sie Kredite aufnehmen, um ihre Handelsdefizite auszugleichen. Folgen: Erst massive Verschuldung in Südeuropa, dann «Euro»-Krise.

Die tiefere Ursache liegt jedoch in der deutschen Lohnentwicklung. Leiharbeit, Befristungen, Minijobs und Hartz IV haben die Beschäftigten so verunsichert, dass sie an gewerkschaftlichen Kämpfen für höhere Löhne nicht mehr teilnehmen. Die Reallöhne je Beschäftigten liegen drei Prozent unter dem Niveau des Jahres 2000 – die Profite stiegen dagegen um mehr als 30 Prozent. Anstatt eine Kehrtwende in der Lohnpolitik einzuleiten forderte Bundeskanzlerin Merkel eine brutale Austeritätspolitik in den europäischen Krisenländern. Ihr Hebel: die EU. Die Exportmöglichkeiten für deutsche Unternehmen verschlechterten sich dramatisch. Dass die deutschen Exporte insgesamt trotzdem nicht eingebrochen sind, ist dem deutlichen Anstieg in Länder außerhalb der EU geschuldet insbesondere nach China und in die USA. Die höhere Nachfrage nach deutschen Waren ist vor allem den billionenschweren Konjunkturprogrammen dort zu verdanken.

Die deutsche Exportindustrie setzt auf Ausweitung der Geschäfte mit der übrigen Welt. Deshalb ist sie interessiert am Abbau aller Barrieren wie etwa Schutzzöllen. Die WTO-Vereinbarung von Bali im Dezember 2013 und die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen der EU mit den USA und Kanada sind dabei von strategischer Bedeutung – gerade wegen der Eurokrise. Doch die Abhängigkeit von den Weltmärkten ist riskant und grenzt an Glücksspiel. Durch die massive Steigerung der Binnennachfrage könnte Deutschland seine Außenhandelsüberschüsse abbauen und gleichzeitig eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung einschlagen. Eine wachsende Binnennachfrage würde auch die Importe erhöhen, gleichzeitig könnten Produkte, die sonst in den Export gegangen wären, hierzulande verkauft werden. Sinken die Exporte auf diese Weise, wären damit keine Gefahren für Arbeitsplätze verbunden. Die Lohnentwicklung entscheidet maßgeblich darüber, ob der Binnenmarkt ein größeres Gewicht bekommen kann. Es besteht ein gewaltiger Nachholbedarf bei Lohnerhöhungen. Wären die Reallöhne seit 2000 im Rhythmus der Produktivität gestiegen, müssten sie heute um 14 Prozent höher sein. Der Verlust für die Beschäftigten in Deutschland durch die Niedriglohnpolitik: rund 1.600 Milliarden Euro!

MICHAEL SCHLECHT IST WIRTSCHAFTSPOLITISCHER SPRECHER DER LINKSFRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

so: Durch ihre Garantie senkt die EZB die Zinslast für die Krisenstaaten, spart ihnen damit Geld. Das ist eine Form der «monetären Staatsfinanzierung». Die aber ist der EZB verboten. Das Gegenargument der EZB geht so: Um die Krise zu bekämpfen, hatte die EZB zunächst die Leitzinsen für die Eurozone gesenkt. Diese Zinssenkung kam insbesondere in Südeuropa aber nicht an. Warum? Weil an den Märkten eine irrationale Angst vor dem Auseinanderbrechen der Eurozone umging, die die Zinsen in die Höhe trieb. Mit ihrer Garantie habe die EZB diese Angst beschwichtigt. So können «die Märkte» wieder richtig funktionieren, und die Leitzinssenkungen der EZB wieder wirken. Der «Transmissionsmechanismus», die Wirksamkeit der Geldpolitik der Zentralbank, sei wieder hergestellt. Dagegen erheben die EZB-KritikerInnen wiederum einen Einwand: Es sei zwar richtig, dass die Zinsen in Südeuropa sehr hoch waren – doch dies sei lediglich die Reaktion der Anleger auf die unsolide Haushaltspolitik der Krisenstaaten. Und das sei gut so. Denn über hohe Zinsen übten die Märkte Druck auf Länder aus, zu sparen und wettbewerbsfähig zu werden. Anleihekäufe im großen Umfang unterliefen die disziplinierende Wirkung der Finanzmärkte.

Vor Gericht liegt also eine Frage, die niemals beantwortet werden kann: War 2012 der Zinsanstieg wegen der unsoliden Finanzpolitik der südeuropäischen Staaten gerechtfertigt und damit rational, wie die Bundesbank meint? Oder war er einer ungerechtfertigten Panik vor dem Auseinanderbrechen der Eurozone geschuldet und daher irrational, wie die EZB argumentiert? Das BVerfG hat Anfang Februar geurteilt, dass es sich wahrscheinlich um einen Fall der verbotenen Staatsfinanzierung durch die EZB gehandelt habe. Das Urteil ist jedoch widersprüchlich. Denn zum einen stellt das Gericht fest: «Nach der überzeugenden Expertise der Bundesbank spiegeln solche Zinsaufschläge … nur die Skepsis der Marktteilnehmer wider, dass einzelne Mitgliedstaaten eine hinreichende Haushaltsdisziplin einhalten können.» Gleichzeitig widerspricht sich das BVerfG selbst, indem es konstatiert: «Jedenfalls lassen sich nach den Ausführungen der Bundesbank Zinsaufschläge in der Praxis nicht in einen rationalen und einen irrationalen Teil trennen.» Nun liegt der Fall vor dem EuGH.

Hinter dem juristischen Streit steht eine grundsätzliche politische Differenz in der Eurozone. Ein Gläubigerland beklagt sich darüber, dass mit seinem Geld und seinem Kredit die Schuldnerländer gestützt worden sind. Die zerstörerische Haltung ist: Die Gewinner finanzieren nicht die Verlierer! Die kapitalistische Konkurrenz produziert aber immer Gewinner und Verlierer. Deshalb braucht es einen Ausgleichsmechanismus, der die Verlierer geschäftsfähig hält. Da Finanztransfers zwischen Eurostaaten kaum vorhanden sind, muss die EZB diese Funktion nun übernehmen. Die EZB vertritt damit das Euro-Gesamtinteresse am Zusammenhalt einer Währungsunion, in der die einen Länder profitieren und die anderen verlieren, was dank der EZB aber nicht zum Zusammenbruch führt – was ja auch die Wirtschaft der Gewinnerstaaten schädigen würde. Die EZB schützt damit den deutschen Erfolg vor der deutschen Kritik.

WIM ZIMMER IST FREIER AUTOR IN BERLIN

DEUTSCHE PLÄNE für den Euro und die linke Kritik daran standen im Mittelpunkt der Reihe «Die Krise hat Europa gestärkt» mit den Ökonomen Stephan Kaufmann und Ingo Stützle im Januar. Die Veranstaltungen sind unter www.rosalux.de/news/40051 dokumentiert.

OHNE WORTE

WELCHE BEGRIFFE UNION UND SPD IN IHREM KOALITIONSVERTRAG NICHT KENNEN

Quelle: Eigene Recherche

THOMAS GEBAUER

HELFEREI BESSERT NICHTS

STATT WOHLTATEN IST ECHTE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT GEFRAGT. EIN PLÄDOYER

Die Konferenz «Beyond Aid» nahm im Februar in Frankfurt am Main die zunehmende Ausbreitung «philanthropischer Gesellschaften» in den Blick. Rund 600 TeilnehmerInnen diskutierten, wie alternative Unterstützungsformen jenseits wohltätiger Hilfe aussehen könnten.

Die Welt leidet nicht an zu wenig Hilfe, sondern an Verhältnissen, die immer mehr Hilfe notwendig machen. So notwendig und unbestritten es ist, Menschen in Not beizustehen, so problematisch erweist sich Hilfe, wenn sie sich nur auf die Rettung des nackten Lebens und das Abfedern ärgster Not beschränkt. Eine solche Hilfe trägt dazu bei, jene Verhältnisse zu stabilisieren, die sie eigentlich bekämpfen müsste: Verhältnisse, die systematisch Not und Elend produzieren. Mit der globalen Entfesselung des Kapitalismus, die nun seit Jahrzehnten im Gange ist, haben nicht nur die Risiken für sozialen Ausschluss dramatisch zugenommen, obendrein sind auch die Institutionen der sozialen Sicherung bis zur Unkenntlichkeit unterhöhlt worden. Bildung, Gesundheit, soziale Sicherung, Kultur und öffentlicher Transport wurden privatisiert und vom Kalkül der Renditewirtschaft durchdrungen. Dabei ist das unter Druck geraten, was in solchen Gemeingütern institutionell gefasst ist: das Solidarprinzip, das über Umverteilungsmechanismen wie etwa progressive Besteuerung einen egalitären Zugang zu essenziellen Bereichen der Daseinsfürsorge gewährleisten soll. Zu den gravierendsten Schäden, die der entfesselte Kapitalismus angerichtet hat, zählt diese Aushöhlung solidarisch verfasster Gesellschaftlichkeit: An die Stelle von Solidarität hat ist der Wettbewerb miteinander konkurrierender Individuen getreten.

Die Ideologie neoliberal überhöhter Eigenverantwortung hat sich tief ins Bewusstsein selbst derjenigen eingegraben, die am meisten unter ihr leiden. Die zunehmenden sozialen Spaltungen sind nicht unwidersprochen geblieben. Weltweit richteten sich in den letzten Jahren Aufstände gegen autoritäres «Durchregieren» und klagten die Verteidigung von Gesellschaftlichkeit ein. Überall setzen sich heute Menschen gegen die herrschende Zerstörungsdynamik zur Wehr und drängen auf eine Politik der sozialen Verantwortung – als Voraussetzung für ein gutes Leben für alle. Solidarische Hilfe, die auf eine nachhaltige Überwindung von Elend und Abhängigkeit und damit auf Gleichheit abzielt, muss an solchen Prozessen ansetzen und Menschen, die aus ihrer Marginalisierung heraustreten und sich mit alternativen Lebensentwürfen zu Wort melden, solidarisch begleiten. Dass viele Hilfsorganisationen Schwierigkeiten haben, sich mit solchen Prozessen in Beziehung zu setzen, hat viele Gründe. Von entscheidender Bedeutung aber ist, dass sich in den zurückliegenden Jahrzehnten ein eher unpolitisches Verständnis von Hilfe entwickelt hat. Dieses Verständnis basiert auf einem unkritischen, abstrakten Menschenrechtsbegriff, blendet die kapitalistische Zerstörungslogik aus und sitzt einem idealistischen Staatsverständnis auf. Um den emanzipatorischen Gehalt helfenden Handelns zu stärken, muss dieses bestehende Hilfsangebote zugleich verteidigen, kritisieren und überwinden.

«Von Wohltätigkeit zur Solidarität» bedeutet demnach zweierlei. Es beschreibt einerseits den Weg von einer an den Interessen der Geber ausgerichteten Hilfe, die auf Anpassung statt auf Veränderung zielt, hin zu einer solidarischen Förderung sozialer Bewegungen, die für alternative Lebensentwürfe streiten. Und es benennt das Ziel einer solidarisch verfassten Weltgesellschaft, in der alle Menschen an allen Orten jene Bedingungen vorfinden, die sie für die Gestaltung eines selbstbestimmten Lebens brauchen. Weil Menschenrechte auch Rechtsansprüche begründen, bedarf es dazu auch gemeinwohlorientierter Institutionen, sie müssen verteidigt, demokratisiert und ausgebaut werden. Um gegen die Instrumentalisierung von Hilfe für politische und ökonomische Zwecke gefeit zu sein, müssen Hilfsorganisationen auch die eigene Praxis kritisch unter die Lupe nehmen. Es geht darum, den latenten Botschaften nachzuspüren, die selbst noch mit wohlmeinender Hilfe transportiert werden. Wer genauer hinsieht, entdeckt in so manchen Entwicklungsvorhaben längst überwunden geglaubte post-koloniale Übergriffe, einen Pragmatismus, der die bestehenden Verhältnisse unveränderbar, alternativlos sieht und letztlich im Verbot utopischen Denkens mündet. Meist ungewollt haben auch NGOs daran Anteil, dass sich die kapitalistische Kolonisierung der Lebenswelten bis in den letzten Winkel der Erde ausbreiten konnte. Deutlich wird das am Beispiel von Mikrokrediten, die über Jahrzehnte hinweg auch von NGOs propagiert wurden, sozusagen als Kompensation für den Verlust sozialer Sicherung. Millionen von Menschen, selbst die Ärmsten, wurden durch Mikrokredite zu eigenverantwortlichen «Unternehmern» gemacht und so in das System aus Schulden und verzinsten Tilgungszahlungen einbezogen. Statt bei der Förderung gemeinwohlorientierten Daseinsfürsorge halfen auch Hilfsorganisationen bei der Entsolidarisierung von Gemeinwesen.

Um sich aus der Umklammerung von Herrschaftsstrategien zu befreien, müssen internationale Zusammenarbeit, Solidarität und Hilfe wenigstens drei Voraussetzungen schaffen. Notwendig ist erstens ein kritisches Menschenrechtsverständnis, zweitens die Entwicklung von Perspektiven, die soziales Handeln und Institutionen jenseits ihrer Kapitalisierung denken, und drittens die Entwicklung eines Begriffs von Gesellschaftlichkeit, die echte Mitsprache und Beteiligung zulässt. Ohne Frage haben die neuen Technologien die Vernetzung von Initiativen in aller Welt vorangetrieben. Aber es wird noch einige Zeit brauchen, eine gemeinsame Sprache zu finden. Die aber ist Voraussetzung für gemeinsame Analysen und schließlich die Entwicklung gemeinsamer gegenhegemonialer Strategien. Solidarisches Handeln kann und sollte sich zuallererst in diesen Prozess einklinken. Die Frankfurter Konferenz ist unter www.rosalux.de/documentation/49945 ausführlich im Netz dokumentiert.

THOMAS GEBAUER IST GESCHÄFTSFÜHRER DER MENSCHENRECHTSORGANISATION MEDICO INTERNATIONAL

«IRRWITZIGES ZEITREGIME»

FORSCHERIN FRIED ÜBER PRIVATISIERTE SORGEARBEIT UND MÖGLICHKEITEN DER GEGENWEHR

Etwa 500 Teilnehmende von rund 60 Initiativen kamen zur Aktionskonferenz «Care Revolution» Mitte März in Berlin. MitveranstalterInnen waren der AK Reprodukion und das Feministische Institut Hamburg. Ein Gespräch mit Barbara Fried vom Institut für Gesellschaftsanalyse der Stiftung. Sie ist leitende Redakteurin der Zeitschrift LuXemburg.

Was war der Auslöser für «Care Revolution»?

Fried: Sparpolitik und Privatisierungen haben die öffentlichen Institutionen ausgetrocknet. Immer mehr soziale Dienstleistungen müssen privat zugekauft werden. Gleichzeitig wird Sorgearbeit wieder in die Haushalte verschoben. Die Folgen sind gravierend: Doppel- und Dreifachbelastung, insbesondere bei Frauen, Stress und Überforderung, Burnout und hohe Krankenstände.

Welche sozialen Konflikte entstehen dadurch?

Es gibt neue soziale Spaltungen, etwa zwischen erwerbstätigen Mittelschichtsfrauen im globalen Norden und Migrantinnen, die in deren Haushalten die Sorgearbeit übernehmen. Kein Wunder, dass sich Kämpfe zunehmend um die «Reproduktionssphäre» der Gesellschaft drehen. Viele streiten für Veränderungen in Gesundheit, Pflege und Assistenz, bei der Kinderbetreuung und in der Bildung, für bezahlbaren Wohnraum, gegen Armut und für Zeitsouveränität.

Barbara Fried

Welche Ziele hatte die Konferenz?

Fried: Bisher bleiben die Kämpfe meist unverbunden. Die Aktionskonferenz war ein erster Schritt der Vernetzung, sie brachte AktivistInnen und Initiativen aus einem breiten politischen Spektrum zusammen und suchte nach einem Ausgangspunkt für politisches Handeln. Denn zunächst müssen die Care-ArbeiterInnen – ob bezahlt oder unbezahlt – beschließen, dies unter den gegebenen Bedingungen nicht weiter zu tun. Sei es im professionellen Bereich unter teils irrwitzigen Zeitregimen, einem immensen Kostendruck und mit gravierenden Folgen für Gesundheit und Wohlbefinden, oder im Haushalt, wo Sorgearbeit immer noch zusätzlich «oben drauf» kommt.

Mehr Infos zur Konferenz unter **www.rosalux.de/event/49691** und **http://care-revolution.site36.net**

Was ist zu tun?

Fried: Wir müssen Verbindungen schaffen etwa zwischen pflegenden Angehörigen und Pflegekräften, zwischen ErzieherInnen und LehrerInnen sowie Eltern und SchülerInnen. Gewerkschaftliche Kämpfe müssen mit Kämpfen um Lebensweisen, um Zeitsouveränität und gesellschaftliche Teilhabe in Austausch treten.

Eine «Revolution» ist das noch nicht…

Fried: Nein – dazu bedarf es eines Umbaus der Ökonomie. Die Reproduktionsarbeit ins Zentrum eines solchen Umbaus zu stellen, eröffnet die Möglichkeit, kleine Veränderungen im Alltag mit langfristigen Transformationsperspektiven zu verknüpfen und den falschen Gegensatz von Reform und Revolution aufzugeben.

FRAGEN: HARRY ADLER

1971 Devanir José de Carvalho. Geboren1943 in Muriaé. Gründete die Revolutionäre Bewegung Tiradentes und wurde im Untergrund in São Paulo hoch geachtet. Verstarb wahrscheinlich zwischen dem 5. und 7.4.1971 nach tagelanger Folter im Polizeirevier. 2012

MANUEL PALZ

GEWALT GEGEN NÄHERINNEN

KAMBODSCHAS REGIERUNG KÄMPFT UM IHRE MACHT

In Kambodscha führte das gewaltsame Vorgehen gegen streikende Textilarbeiterinnen um den Jahreswechsel zum Tod von fünf DemonstrantInnen. Seitdem steckt das verarmte Königreich der Khmer in einer tiefen politischen Krise.

Selten mussten der seit nunmehr 29 Jahren regierende Ministerpräsident Hun Sen und seine Kambodschanische Volkspartei (KVP) einen Machtverlust so sehr fürchten wie aktuell. Seit den fünften Wahlen zur Nationalversammlung im Juli 2013 steckt Kambodscha in einer politischen Krise, deren Ausgang weiterhin ungewiss ist. Zwar «gewann» die KVP die Wahl mit einem dünnen Vorsprung, doch war sie von Manipulationen und Fälschungen überschattet, so dass es Hun Sens Regierung an der nötigen Legitimation fehlt. Laut nationalen und internationalen WahlbeobachterInnen darf die oppositionelle (nationalistische) Partei zur Rettung der Kambodschanischen Nation (PRKN) zu Recht den Anspruch auf eine Mehrheit im kambodschanischen Parlament stellen. Sie würde somit erstmalig in Kambodschas «demokratischer» Geschichte Hun Sen als Ministerpräsident aus dem Amt verdrängen. Allerdings ist Hun Sen gewillt, seine Macht, wie schon so oft seit seinem Regierungsantritt, auch mit Gewalt zu verteidigen. Dabei schreckt er auch vor öffentlichen Einschüchterungsversuchen nicht zurück. Neu ist allerdings, dass die KambodschanerInnen ihre Angst vor Repressalien verloren zu haben scheinen und gegen die ausufernde Korruption, die leeren Versprechungen der Regierung und für mehr Demokratie und eine bessere Zukunft auf die Straße gehen. Vor einem Jahr noch wäre solch ein Aufbegehren nahezu unvorstellbar gewesen.

Als wichtige Hilfsmittel des Protests erwiesen sich einmal mehr soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter. Die Print- und Rundfunkmedien werden von der Regierung beziehungsweise regierungsnahen VertreterInnen kontrolliert. Offiziell gilt die Presse in Kambodscha zwar als frei, doch warnt die Organisation Reporter ohne Grenzen davor, dass Kambodscha sich auf dem besten Wege in eine Mediendiktatur befindet. Oppositionelle Wahlkampfspots suchte man vergeblich, und wenn sie denn doch einmal ausgestrahlt wurden, dann nur zu ungünstigen Sendezeiten. Dennoch konnte die Opposition die Massen für sich gewinnen, was auch an der plötzlichen und überraschenden Rückkehr des Oppositionsführers Sam Rainsy aus seinem französischen Exil gelegen hat.

Mehr im Internet unter **www.rosalux.de/documentation/49675**

«UMGEBRACHT NACH PROTEST»

AKTIVISTIN PALAU ÜBER DEN KAMPF GEGEN DIE AGROINDUSTRIE

Marielle Palau von der Nichtregierungsorganisation Base-IS (www.baseis.org.py) setzt sich in Paraguay für Landreformen und gegen den Anbau von Gensoja ein. Jüngst besuchte sie die Agrarkommune Bienenwerder und den Hof Apfeltraum in Brandenburg.

Worauf konzentriert sich euer Kampf in Paraguay?
Palau: Einerseits kämpfen wir für die Landreform. Rund 85 Prozent des Bodens sind in den Händen von 2,5 Prozent der Besitzenden. Andererseits gegen die Agrarindustrie. Über 85 Prozent des bewirtschafteten Landes ist mit gentechnisch verändertem Soja bedeckt, wofür mehr als 30 Millionen Liter Gift jährlich vergossen werden. In den letzten Monaten haben wir vor allem gegen das illegale Versprühen des Giftes gekämpft. Aufgrund dieser Aktionen laufen momentan mehr als hundert Verfahren gegen BauernaktivistInnen. Anfang Februar gab es sogar einen Mord: Nery Benítez von der nationalen Bauernvereinigung wurde umgebracht. Er hatte zuvor gegen das Versprühen von Gift protestiert.

Was bleibt vom Austausch mit deutschen AktivistInnen?
Palau: Wir wissen eine Menge über die Schattenseiten der Agrarindustrie weltweit, etwa die Konzentration des Reichtums auf immer weniger internationale Konzerne oder die Gesundheitsschäden, die von der Nahrungsindustrie verursacht werden. Aber wir wissen wenig vom Widerstand gegen dieses Modell, vor allem in Europa. Deshalb war es bereichernd zu erfahren, dass in einem der reichsten Länder Europas die Menschen ähnliche Probleme haben wie die im Süden. Das sind der Einsatz von Giften, der Tagebau sowie Probleme des Landbesitzes und der Landnutzung im Rahmen einer Politik des Landgrabbings. Und das Wichtigste: dass es Widerstand gegen dieses Modell gibt und Solidarität mit den Menschen im Süden.

Gibt es Gemeinsamkeiten des Widerstands?
Palau: Eine wichtige Gemeinsamkeit ist die Kritik am globalen Kapitalismus, der absolut alles als Ware betrachtet. Wir teilen auch Erfahrungen mit der agrarökologischen Produktion. Solche Projekte entstehen in kleinen Gruppen und Kollektiven, die sich trotz aller Hindernisse langsam ausbreiten und das Bewusstsein auch in der städtischen Bevölkerung verändern. Die Kämpfe selbst und der Widerstand haben andere Formen in Lateinamerika, aber sie zielen auf dasselbe ab.

Was habt ihr konkret vor?
Palau: Ein Großteil der gentechnischen Sojaproduktion in Paraguay ist für den europäischen Markt bestimmt, auch für Deutschland. Ein großartiger Erfolg wäre es, wenn wir eine gemeinsame Kampagne für den Boykott von Gensoja starten könnten.

FRAGEN: VERONA WUNDERLICH

Marielle Palau

Sam Rainsy war 2009 zu einer elfjährigen Haftstrafe verurteilt, da er nationale Interessen verraten habe. Er fiel auch immer wieder mit nationalistischen Aussagen auf, die sich gegen in Kambodscha lebende VietnamesInnen richtet, auffiel, eine traditionell Hun Sen nahestehende Gruppe. Obwohl die staatlichen Medien nicht über Rainsys Rückkehr berichteten, machte die Nachricht in den sozialen Netzwerken die Runde. Hunderttausende hießen ihn bei seiner Ankunft am Flughafen in Kambodschas Hauptstadt Phnom Penh willkommen und bereiteten ihm einen Triumphzug durch die völlig verstopften Straßen. Bis heute weigert sich die Opposition, das Wahlergebnis anzuerkennen, und boykottiert die Sitzungen des Parlaments. Ihre Forderung nach einer erneuten Auszählung der Stimmen unter internationaler Aufsicht findet bei der Regierung kein Gehör, und so sieht die PRKN ihre einzige Chance auf den Straßen. Mit Großdemonstrationen bringt sie die Regierung immer wieder in Bedrängnis. Doch nicht nur die anhaltenden Demonstrationen von OppositionsanhängerInnen sorgen für Sorgenfalten bei der herrschenden Clique. Sie selbst leistet sich schwer Fehler und heizt die Stimmung auf diese Weise weiter an.

Im Dezember beschloss die Regierung eine Erhöhung des spärlichen Mindestlohns von 80 auf 95 US-Dollar im Monat, obwohl sie noch im Wahlkampf eine Erhöhung auf bis zu 160 US-Dollar monatlich propagiert hatte. In den Augen der TextilarbeiterInnen brachte diese Ignoranz das Fass zum Überlaufen. Schnell solidarisierte sich die gewerkschaftsnahe PRKN mit den TextilarbeiterInnen, auch im Wissen, dass sie hier einen empfindlichen Punkt der Regierung treffen kann. Textilprodukte sind Kambodschas Exportschlager und machen Rund 85 Prozent des gesamten Exportvolumens des Landes aus. Die Textilindustrie ist Kambodschas größter formeller Arbeitssektor mit Rund 400.000 Beschäftigten, davon gut 90 Prozent Frauen. Geschätzte 500.000 Menschen arbeiten in der Zulieferindustrie. Zwei Wochen lang streikten die NäherInnen. Dann eskalierte die Situation, als Sicherheitskräfte eine friedliche Demonstration mit exzessiver Gewalt auflösten. Die Militärpolizei und in zivil gekleidete Sicherheitskräfte sollen mit Eisenstangen, Schlagstöcken und Holzlatten auf die meist weiblichen DemonstrantInnen eingeschlagen haben. Dieser Gewaltexzess kam für die TeilnehmerInnen vollkommen unerwartet. Er setzte sich nur einen Tag später fort, als DemonstrantInnen eine der Hauptverkehrsadern Phnom Penhs blockierten. Die Polizei rückte mit schwerem Gerät gegen an. Die Protestierenden warfen Steine, Molotowcocktails und Flaschen in Richtung der regierungstreuen Militärpolizei, die plötzlich das Feuer eröffnete. Die Bilanz dieses «Bloody Friday»: fünf Tote und fast 50 Verletzte.

Ende Januar machten Berichte die Runde, die auch ausländische Regierungen in den Vorfall verwickeln. So soll unter anderem die südkoreanische Botschaft in Phnom Penh mehrfach beim Ministerpräsidenten vorgesprochen haben, um den Schutz koreanischer BürgerInnen und ihres Eigentums anzumahnen. Viele der Textilfabriken gehören südkoreanischen Unternehmen. Um weitere Opfer zu vermeiden, setzten die Gewerkschafen und die Opposition die Demonstrationen aus und riefen die TextilarbeiterInnen auf, ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Doch die Stimmung bleibt gespenstisch, und es scheint nur eine Frage der Zeit zu sein, bis der Konflikt erneut aufflammt. Für die nächsten Wochen sind erneute Proteste gegen die Inhaftierung von 20 Gewerkschaftsführern angekündigt.

MANUEL PALZ IST PROJEKTMANAGER IM REGIONALBÜRO SÜDOSTASIEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN HANOI

Protestierende Flüchtlinge in Israel. Foto: Keren Manor/Activestills.org

HAGGAI MATAR

MARSCH DURCH DIE WÜSTE

AFRIKANISCHE FLÜCHTLINGE PROTESTIEREN IN ISRAEL GEGEN INHAFTIERUNG

Zum Jahreswechsel erlebte Israel eine Protestwelle afrikanischer Flüchtlinge. Was mit dem Ausbruch einiger Dutzend Menschen aus einem Auffanglager und ihrem Marsch durch die Wüste nach Jerusalem begann, entwickelte sich rasch zu einem massiven Aufstand Zehntausender Asylsuchender im ganzen Land.

Die Migration afrikanischer Flüchtlinge nach Israel durch die ägyptische Wüste Sinai begann schon Anfang der 1990er Jahre. Seit 2006 haben etwa 64.000 Menschen die Grenze überquert. Die große Mehrheit ist entweder der Militärdiktatur in Eritrea entkommen oder dem Krieg, den ethnischen Säuberungen und dem Genozid im Sudan. Seit der Fertigstellung des von der Regierung Ehud Olmert in Auftrag gegebenen Grenzzauns im Jahre 2012 haben sich die Nachfolgeregierungen in Israel der Forderung der sudanesischen und eritreischen BürgerInnen auf Anerkennung als Flüchtlinge verweigert. Stattdessen bezeichnet Israel sie offiziell als «Eindringlinge», steckt sie einige Zeit in eine der israelischen Haftanstalten, um sie anschließend in den Süden von Tel Aviv zu verfrachten. Die südlichen Stadtviertel entwickelten sich rasch zur zentralen Anlaufstelle aller Flüchtlinge in Israel, sehr zum Ärger der alteingesessenen BewohnerInnen. Im Januar 2012 verabschiedete das israelische Parlament eine Änderung des sogenannten Anti-Infiltrationsgesetzes, nach der Asylsuchende bis zu drei Jahre ohne Gerichtsverfahren inhaftiert werden durften. Am 10. Dezember 2013 wurde infolge einer Entscheidung des Obersten Gerichts in Israel die Haftzeit durch ein neues Einwanderungsgesetz auf ein Jahr verkürzt. Die Flüchtlinge können im Anschluss jedoch auf unbestimmte Zeit im abgelegenen Auffanglager Holot interniert werden. Die Menschen müssen im Lager schlafen und sich dreimal täglich zur Anwesenheitskontrolle melden. So will man verhindern, dass sie sich zu weit vom Lager entfernen und eine Arbeit aufnehmen.

Nur zwei Tage nach der Eröffnung der neuen «offenen Anstalt» formierte sich eine beeindruckende Bewegung zivilen Ungehorsams hinter ihren Mauern und Zäunen. Am 14. Dezember verließen mehrere Dutzend Flüchtlinge das Lager in der Absicht, nicht mehr zurückzukehren. 150 weitere schlossen sich ihnen am darauffolgenden Tag an. Sie marschierten schweigend durch die Wüste, die Hände über dem Kopf gekreuzt, als hätte man ihnen Handschellen angelegt. Am dritten Tag ihres Marsches erreichten sie das Büro von Premierminister Benjamin Netanjahu und die Knesset in Jerusalem, wo sie von den Einsatzkräften der Einwanderungsbehörde festgenommen und in das Abschiebegefängnis Saharonim gebracht wurden. Nur zwei Tage später machte sich eine weitere Gruppe aus Holot mit derselben Absicht auf den Weg durch die Wüste. Diesmal allerdings wurden sie umgehend von den Behörden gestellt, geschlagen und zurückgebracht. Aus diesem Grund gingen noch am selben Wochenende knapp 4.000 Asylsuchende in Tel Aviv auf die Straße. Sie liefen beinahe drei Stunden durch das Stadtzentrum und riefen Parolen wie «Nie wieder Gefängnis!» und «Freiheit!». Einen solchen Protest hatte man in Israel bis dahin noch nicht erlebt. Die Entschlossenheit der Flüchtlinge, eine neue politische Kraft zu werden, wurde am 4. Januar noch offensichtlicher. An diesem Tag kündigte die neue Führung der Flüchtlingsgruppen an, gemeinsam in einen «Streik für Freiheit» (Strike for Freedom) zu treten, bei dem keiner der Zehntausenden Asylsuchenden zur Arbeit gehen würde. Am folgenden Tag versammelten sich über 30.000 Flüchtlinge zu

ihrem ersten Streiktag auf dem Rabin-Platz in Tel Aviv. Am Tag darauf marschierten Tausende zu den Botschaften der westlichen und afrikanischen Staaten und kamen am Ende zu einer Massenkundgebung vor der US-Botschaft zusammen. Am 11. Januar endete der Streik offiziell, doch die Proteste gehen weiter und sollen auch in Zukunft fortgesetzt werden. Unterdessen sind die Gefangenen, die während des ersten «Friedensmarsches» inhaftiert wurden, im Saharonim-Gefängnis in den Hungerstreik getreten.

Durch den Streik haben die Flüchtlinge mehr Aufmerksamkeit in den israelischen Medien erfahren als je zuvor. Auch wenn einige JournalistInnen behaupten, die Proteste würden von antizionistischen NGOs und AktivistInnen aus Israel organisiert und finanziert, hat die Mehrheit erkannt, dass die Initiative ausschließlich von den afrikanischen Flüchtlingen ausgeht. Die Regierung hat auf den Streik vor allem dadurch reagiert, dass sie ihre Absicht erklärte, die Maßnahmen gegen die «illegalen Arbeitseindringlinge» noch zu verschärfen. Die Opposition, vor allem die linken Parteien Hadash und Meretz, unterstützt indessen die Forderungen der Streikenden und zeigte bei den verschiedenen Demonstrationen Präsenz. Lokale Geschäfte und Restaurants, die vom Streik am stärksten betroffen waren, haben ebenfalls ihre Unterstützung der Flüchtlinge bekundet.

HAGGAI MATAR IST ISRAELISCHER FREIER JOURNALIST UND GEHÖRT DEM KOLLEKTIV DES ONLINE-MAGAZINS «+972» AN

EINE LANGFASSUNG des Beitrags in englischer Sprache findet sich im Newsletter des Auslandsbüros Israel in Tel Aviv unter www.rosalux.de/publication/40161. Weitere Texte von Haggar Maitar zu Israel und Palästina sind unter www.972mag.com abrufbar.

TORGE LÖDING

NICHT MEHR MARGINAL

JEDE SECHSTE STIMME IN COSTA RICA FÜR LINKEN PRÄSIDENTSCHAFTSKANDIDATEN

San José, Anfang Februar: Frenetisch jubeln die AnhängerInnen der «Frente Amplio» (FA) in der Wahlnacht ihrem Präsidentschaftskandidaten José Maria Villalta zu – obwohl er seine Niederlage eingestehen muss. In einem Meer aus den gelben Fahnen fällt es dem 36-Jährigen schwer, die Tränen zurückzuhalten.

Das erhoffte politische Erdbeben im sehr konservativ geprägten Costa Rica ist ausgeblieben. Dennoch ist nichts mehr wie zuvor in dem Land, das seit dem kleinen Bürgerkrieg von 1948 immer von einer der beiden ehemaligen Parteien des Duopols regiert wurde: entweder der rechts-sozialdemokratischen PLN oder der christsozialen PUSC. Der Ex-Bürgermeister der Hauptstadt San José, Johnny Araya, fuhr für die PLN mit weniger als 30 Prozent ein historisch schlechtes Ergebnis ein. Luis Guillermo Solis von der moderaten PAC («Partei der Bürgeraktion») erreichte 31 Prozent. Zwischen beiden Kandidaten soll es am 6. April zur Stichwahl kommen.

Linkskandidat Villalta landete mit 17,2 Prozent nur auf Platz drei. Dennoch darf er sich als Überraschungssieger feiern lassen. Denn zum ersten Mal in der Geschichte des Landes hat es ein linker Präsidentschaftskandidat aus der Marginalität geschafft. Bei den Wahlen 2010 erreichte der FA-Kandidat Eugenio Trejos nicht einmal einen halben Prozentpunkt. Villalta kostete den Einzug in die Stichwahl sein mit zwölf Prozent vergleichsweise schwaches Ergebnis in San José und dem zentralen Hochland. In der Karibik-Provinz Limón reichte es dagegen für stolze 22 Prozent. Die Hochburgen der Linken finden sich neben den beiden Küstenregionen an Pazifik und Karibik vor allem im ländlichen Raum. In einigen entlegenen Kantonen wurde die FA sogar stärkste Kraft. Die regierende PLN und Unternehmer_innen-Verbände hatten in den Wochen vor der Abstimmung eine aggressive Kampagne gegen den Umweltaktivisten und demokratischen Sozialisten Villalta gestartet. Sie beschimpften ihn als «Kommunisten». Bei der intellektuellen Mittelschicht der Hauptstadt verfing die Kampagne. Auch deshalb dürfte die Wahlbeteiligung bei insgesamt schwachen 60 Prozent verharrt haben. Vor allem die PAC konnte von der aufgeheizten Stimmung profitieren und ihren Kandidaten Solis nach vorne bringen, nachdem er in Umfragen zuvor monatelang um die fünf Prozent herum gedümpelt war. Er punktete bei der urbanen Mittelschicht und bei gut ausgebildeten jungen Wählerlinnen, die eigentlich mit Villalta geliebäugelt hatten.Solis überzeugte sie mit seinem Auftreten als gemäßigter Elder Statesman: Einerseits steht er für den Bruch mit der aktuellen Staatsführung, andererseits verbreitet er keine Angst vor einem radikalen Kurswechsel. Die scheidenden Regierung von Präsidentin Laura Chinchilla Miranda (PLN) war zuvor von zahlreichen Korruptionsskandalen erschüttert worden. Die Quittung gab es am 2. Februar. Aber auch wenn das Ergebnis für die PLN ein Desaster ist und die Partei nach der teuren Wahlkampfschlacht kurz vor dem finanziellen Bankrott steht: Entschieden ist im Kampf um die Präsidentschaft noch nichts. PAC-Kandidat Solis braucht Stimmen aus dem linken Lager. Von dort schlägt ihm eine frostige Stimmung entgegen, vor allem da die Moderaten im Januar einen «Nichtangriffspakt» mit der FA aufkündigten und ihre Aufholjagd mit Angriffen auf Villalta eröffneten. Die Partei von Solis lehnt zudem ein offizielles Treffen mit der FA ab. Offensichtlich will sie nicht Opfer der nächsten Schmutzkampagne werden. Gleichwohl warf ein Parlamentarier der rechten PLN den Moderaten am Tag nach der Wahl vor, ein Hort verdeckter AnhängerInnen der linken Frente Amplio zu sein.

Ganz gleich aber, ob Solis oder Araya siegen wird: Über eine parlamentarische Mehrheit wird der nächste Präsident Costa Ricas nicht verfügen. Von insgesamt den 57 ParlamentarierInnen gehören nur 18 der PLN Arayas und 13 der PAC von Solis an. Ohne Absprachen mit anderen politischen Kräften wird also keine Partei eine Mehrheit finden. Die Frente Amplio stellt einen Linksblock von neun Abgeordneten – ein historisch gutes Ergebnis, das zuvor nur im Jahr 1948 erreicht wurde. In den vergangenen drei Legislaturperioden hatte es dagegen zu höchstens einem linken Parlamentarier gereicht.

TORGE LÖDING LEITET DAS AUSLANDSBÜRO MITTELAMERIKA DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN MEXIKO-CITY. ER WAR INTERNATIONALER WAHLBEOBACHTER IN COSTA RICA

Selbstbestimmte Bildung macht Spaß: AkteurInnen des Berliner Festiwalla-Theaterfestivals. Foto: JugendtheaterBüro Berlin

MARCUS HAWEL

LERNEN OHNE PÄDAGOGEN

DIE GESPRÄCHSKREISE DER STIFTUNG – FOLGE 3: «BILDUNGSPOLITIK»

Während die Politik häufig im realpolitischen Handgemenge gefangen ist und Zeit für theoretische Orientierung fehlt, kommt in der Wissenschaft oftmals der Bezug zum gesellschaftlichen Handeln zu kurz.

Deshalb sind Räume wichtig, in denen PraktikerInnen und TheoretikerInnen zum Austausch zusammenkommen. Im Gesprächskreis «Bildungspolitik» sollen AkteurInnen mit emanzipatorischem Anspruch aus Schulen, Universitäten, Parlamenten, Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen Initiativen und der Stiftung gemeinsam am Projekt einer linken Hegemonie im Bildungsbereich arbeiten. Gegründet 2012, gab es vergangenes Jahr zwei Treffen zur Selbstverständigung. Der Soziologe Athanasios Karathanassis gab einen Input zu den aktuellen kapitalistischen Umbrüchen und dem davon beeinflussten Wandel von Bildungskonzepten. Charakteristisch für alle kapitalistischen Phasen seien eine Reihe ökonomischer Funktionsweisen und Zielsetzungen, die den jeweiligen bildungspolitischen Konzepten ihren Stempel aufdrückten. Gegen diese dominanten Prinzipien könnten emanzipatorische Zwecke nur sehr schwer durchgesetzt werden. Der Philosoph Roger Behrens referierte über «Bildung in der verwalteten Welt» des integralen Kapitalismus und reflektierte die Aktualität des Bildungsbegriffs aus der Perspektive der Kritischen Theorie. Sein Fazit: Soll Bildungskritik Gesellschaftskritik leisten, lassen sich kaum realpolitische Vorschläge ableiten. GesellschaftskritikerInnen sollten auf die Kritik und ihre Kraft der Negation setzen. Michael Weingarten spann diesen Faden weiter. «Die kritische Bildungstheorie hat sich zu lange an Traditionsbestände geklammert und es versäumt, ihre Kritik auf eine neue Grundlage zu stellen», sagte er. Einen konkreten Praxisbezug müsse sie sich erst wieder erarbeiten. Die Einebnung der Bildung in der «unternehmerischen Wissensgesellschaft» ist für einen emanzipatorischen Bildungsbegriff die zentrale Negativfolie. Er muss Kritik an den vorherrschenden Bildungsdiskursen wie die «Pisa»-Debatte und Konzepten wie dem «Bologna»-Prozess üben. Als neuralgische Schnittstelle für einen realpolitisch anschlussfähigen kritischen Bildungsbegriff erwies sich der Begriff der «Kompetenz». Er ist in den Erziehungswissenschaften umstritten. Beim zweiten Treffen stand die bildungspolitische Praxis im Vordergrund. Nina Borst stellte das im Studienwerk der Stiftung angesiedelte Projekt «Lux Like Studium» vor. Es versucht, Chancengerechtigkeit für Menschen ohne akademischen Bildungshintergrund zu fördern. Auch für ausgleichende Förderpraxis dieser Art hat der Kompetenzbegriff eine besondere Relevanz. Vertrauensdozent David Salomon referierte über die Probleme der Lehrerausbildung im Spannungsfeld zwischen Verwertungsdruck und einem emanzipatorischen Verständnis von Bildung. Schulen und Hochschulen ordneten die Wissensproduktion zunehmend dem Prinzip der Kapitalverwertung unter. Auch bei der Interpretation dessen, was «Kompetenzorientierung» bedeutet, hat die neoliberale Ideologie die Deutungshoheit gewonnen. Die ehemals emanzipatorisch gedachten Schlüsselkompetenzen etwa bei Oskar Negt und Heinz-Joachim Heydorn sind völlig ins Abseits geraten. Allerdings lohne es , diesen Begriff wieder von links zu besetzen.

Aber wer spricht überhaupt über Bildung? Finden die vom Bildungssystem Ausgeschlossenen in diesem Diskurs überhaupt Gehör? Auf diese von der Literaturwissenschaftlerin Gayatri Spivak inspirierte Frage kamen Marwa Al-Radwany und Katharine Kolmans zu sprechen, die zusammen mit Aldan Sabotic und Zaira Amjad das JugendtheaterBüro Berlin als gelungenes Beispiel für selbstbestimmte Jugendbildung vorstellten. Spivaks Frage impliziert die Notwendigkeit von Selbstermächtigung der Deklassierten und Marginalisierten, wodurch bildende Prozesse besonderer Art in Gang kommen: bildende Politik statt politischer Bildung. Das Beispiel zeigt, dass gegen den ökonomischen Trend der Entmündigung der Subjekte zu KonsumentInnen und Objekten von Erziehung und «Bildung» selbstorganisierte Lernprozesse möglich sind, die keine PädagogInnen benötigen – Empowerment der feinsten Art, die Hierarchien umstürzt und vom kreativen Potenzial der Gleichheit lebt. Dieses subversive Bildungsverständnis braucht Schulen und Universitäten allenfalls noch, um sich von ihnen zu befreien.

MARCUS HAWEL IST REFERENT FÜR BILDUNGSPOLITIK IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Kritische
Gesundheitspolitik

Uta Wagenmann
INDIVIDUALISIERTE MEDIZIN
GeN Hintergrund. Mit einem Vorwort von Ulrike Baureithel
HERAUSGEGEBEN VOM GEN-ETHISCHEN NETZWERK E.V. IN KOOPERATION MIT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG NRW E.V.
SCHUTZGEBÜHR 5 EURO

Bestellmöglichkeit:
Per Telefon: 030 6857073
Per Fax: 030 6841183
Per Post: Gen-ethisches Netzwerk e.V.
Brunnenstraße 4, 10119 Berlin

«MEDIKAMENTE NACH MASS?»

AUTORIN WAGENMANN ÜBER INDIVIDUALISIERTE MEDIZIN

Uta Wagenmann gehört dem Gen-ethischen Netzwerk (GeN) an, das sich seit vielen Jahren kritisch unter anderem mit Gen- und Fortpflanzungsmedizin befasst. http://www.gen-ethisches-netzwerk.de/

Was ist «individualisierte Medizin»?
Wagenmann: Das ist ein Ansatz zur Behandlung von Krankheiten. Es geht dabei um die Identifizierung unterschiedlicher molekularer oder genetischer Subtypen einer Erkrankung, um Medikamente und Therapien zu entwickeln, die auf den jeweiligen Subtyp passen. Das wäre zum Beispiel eine Substanz, die bestimmte, das Krebswachstum vorantreibende molekulare Strukturen in einer Tumorzelle angreift oder hemmt. Das, was der «individualisierten» Medizin ihren Namen gibt, ist der Umstand, dass ein- und dieselbe Krankheit sich von Mensch zu Mensch in ihren molekularen oder auch genetischen Eigenschaften stark unterscheiden kann. Die Idee ist nun, dass nur diejenigen ein bestimmtes Medikament bekommen, deren Krankheit die spezielle molekulare Eigenschaft hat, auf die das Präparat sich richtet. Bisher gibt es allerdings nur ganz wenige zugelassene Medikamente, die nach diesem Prinzip funktionieren.

In der Studie kommt zum Ausdruck, dass hinter dem Schlagwort «individualisierte Medizin» auch biopolitische Fragen stehen. Wie ist das gemeint?
Wagenmann: Von dem Konzept geht die Aufforderung aus, die eigenen Gesundheitsrisiken zu kennen und beständig im Blick zu haben. Damit trägt die Rede von einer individualisierten Medizin zu der Vorstellung bei, jede und jeder sei letztlich für die eigene Gesundheit selbst verantwortlich. Diese Vorstellung ignoriert die gesellschaftlichen Bedingungen von Krankheit. Wieso werden Arme häufiger und heftiger krank und sterben früher als Reiche? Diese Frage wird durch die Ideologie der Eigenverantwortung unmöglich gemacht, ebenso die nach krankmachenden Arbeitsbedingungen.

Die Art, wie individualisierte Medizin angegangen wird, hat offenbar viel mit den Profitinteressen von Pharmaunternehmen zu tun.
Wagenmann: Derzeit laufen viele Patente für umsatzstarke Medikamente aus. Die großen Pharmaunternehmen haben aber nichts Neues zu bieten – kein Wunder, sie geben einen Großteil ihres Jahresumsatzes für Marketing und nicht für Forschung aus. Big Pharma baut seine Forschungsabteilungen nicht mehr aus, weil es bei der Arzneimittelentwicklung zunehmend Kooperationen mit kleinen und mittleren Biotechunternehmen gibt. Und bei denen geht es um Moleküle und Gene, deshalb werden in der Regel – wenn überhaupt – Therapien für seltene Erkrankungsformen zur «Marktreife» gebracht, also nicht gerade Blockbuster, die Umsatzmilliarden versprechen. So ist man auf den Trichter gekommen, nicht mehr Medikamente in den Mittelpunkt der Marketingstrategie zu stellen, sondern Tests. Man sucht die richtigen PatientInnen für ein Medikament, nicht umgekehrt. Darauf konzentriert Big Pharma seine Wachstumserwartungen.

Wie kam die Idee auf, gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Studie zum Thema zu machen?
Wagenmann: «Individualisierte Medizin» wird immer wieder als Synonym für eine moderne Krankenbehandlung benutzt. Kein Wunder, verspricht der Ansatz doch, PatientInnen ihren individuellen Bedürfnissen und biologischen Notwendigkeiten entsprechend zu behandeln. Gleichzeitig beobachten wir die Kommerzialisierung und zunehmende Marktförmigkeit der Gesundheitsversorgung, in der gerade nicht Bedürfnisse einzelner Kranker im Mittelpunkt stehen, sondern die ökonomischen Interessen der «Gesundheitsdienstleister». Uns schienen diese beiden Entwicklungen zusammenzugehören, und das wollten wir uns genauer anschauen.

Was muss sich gesundheitspolitisch ändern, wenn es um individualisierte Medizin geht?
Wagenmann: Medizinische Forschung und Arzneimittelentwicklung sind gesellschaftliche Aufgaben, keine unternehmerischen Angelegenheiten. Krankheiten und ihre Behandlung sind heute ein riesiger Markt, deshalb gibt es auch viel Überflüssiges. Molekulare und genetische Ansätze der Krankenbehandlung würden viel realistischer beurteilt, wenn Forschung und Versorgung weniger verwertungsorientiert wären.

FRAGEN: JONAS BENS

DRUCKFRISCH

NEUERSCHEINUNGEN

Marcus Hawel (Hrsg.)
WORK IN PROGRESS
WORK ON PROGRESS
Beiträge kritischer Wissenschaft
Doktorand_innen-Jahrbuch 2013
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Herausgeber_innenkollektiv:
Maren Kellermann, Sascha Wölck,
Antje Dietrich, Sandra Beyer,
Doreen Pöschl
256 Seiten, 19,80 Euro
ISBN 978-3-89965-583-4
Download unter
www.rosalux.de/publication/40147

Friedrich Burschel, Uwe Schubert,
Gerd Wiegel (Hrsg.)
«DER SOMMER IST VORBEI...»
Vom «Aufstand der Anständigen»
zur «Extremismus-Klausel»
Beiträge zu 13 Jahren «Bundesprogramme
gegen Rechts»
152 Seiten, 16,00 Euro, ISBN 978-3-942885-61-4
Download unter
www.rosalux.de/publication/40186

Veröffentlichungen unter den Bedingungen einer Creative Commons Lizenz

Koray Yılmaz-Günay,
Freya-Maria Klinger
REALITÄT EINWANDERUNG
Kommunale Möglichkeiten der
Teilhabe, gegen Diskriminierung
Crashkurs Kommune 9
120 Seiten, 7,50 Euro
ISBN 978-3-89965-584-1
Download unter
www.rosalux.de/publikationen

Christian Jakob
FLÜCHTLINGE WILLKOMMEN –
REFUGEES WELCOME?
Mythen und Fakten zur Migrations- und Flüchtlingspolitik
luxemburg argumente Nr. 8, April 2014, ISSN: 2193-5831
Download unter www.rosalux.de/publication/40329

IMPRESSUM **ROSALUX** — Journal der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Herausgeberin: Rosa-Luxemburg-Stiftung – Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin · **Kontakt:** Tel. 030 44310-130, journal@rosalux.de · **Vertrieb:** Tel. 030 44310-123, bestellung@rosalux.de
Redaktion: Harry Adler, Jan Ole Arps, Christine Bölian, Lutz Brangsch, Erwin Heil (Bilder), Henning Heine (V. i. S. d. P.), Ramona Hering, Axel Krumrey, Steffen Kühne, Christoph Lammers, Yannick Passeick, Dorit Riethmüller, Therese Wenzel, Verona Wunderlich · **Redaktionsschluss:** 28. März 2014 · **Titelbild:** Kris & Maël/Futuropolis, «Panzer»
Satz: Heike Schmelter · **Gesamtherstellung:** MediaService GmbH Druck und Kommunikation · **Auflage:** 4.000 Stück
Printed in Germany, März 2014 · ISSN 1864-6794 · Dieser Ausgabe liegt Material der Zeitschrift «Lettre International» bei.

REDAKTION journal@rosalux.de
GEDRUCKTE AUSGABEN
bestellung@rosalux.de
DOWNLOAD ALS PDF
http://journal.rosalux.de
ABONNEMENT UND WEITERE STIFTUNGSINFOS
https://info.rosalux.de

«Es ist einfach eine Utopie und eine gefährliche Illusion, sich einzubilden, dass irgendwelche diplomatischen Bündnisse Garantien des Friedens sein können. Alle Bündnisse haben nur den Zweck, irgendeinen Außenstehenden desto besser abmurksen zu können. Das einzige Bündnis, das den Weltfrieden sichern kann, ist die Weltverbrüderung des internationalen Proletariats.»

ROSA LUXEMBURG

WWW.ROSALUX.DE